

**Sonderthema:**  
50 Jahre Élysée-Vertrag  
Deutschland und Frankreich SEITE 1-9

**JAHRESVORSCHAU I**  
Vor der Bundestagswahl muss ein neues  
Wahlrecht verabschiedet werden **SEITE 10**

**JAHRESVORSCHAU II**  
Europa stellt die Weichen für den  
Umbau der Währungsunion **SEITE 11**

# Das Parlament

Berlin, Montag 31. Dezember 2012

www.das-parlament.de

63. Jahrgang | Nr. 1 bis 3 | Preis 1 € | A 5544

**KOPF DER WOCHE**

## Erfahrener Parlamentarier

**Claude Bartolone** Seit 1981 sitzt Claude Bartolone für die Sozialistische Partei (PS) in der französischen Nationalversammlung. Trotz einer Unterbrechung in seiner Zeit als Minister für Städtebau unter Premier Lionel Jospin ist er damit einer der dienstältesten Abgeordneten in Paris. Nach dem Wahlsieg seiner Partei wurde der 1951 im damaligen französischen Protektorat Tunesien als Sohn eines Italieners und einer Malteserin geborene Politiker im Juni 2012 zum Präsidenten der Assemblée nationale gewählt. Zusammen mit seinem deutschen Amtskollegen, Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU), wird der studierte Mathematiker Bartolone die gemeinsame Sitzung der beiden Parlamente zum 50. Jubiläum des Élysée-Vertrages am 22. Januar in Berlin leiten. *jfb*

**ZAHLE DER WOCHE**

## 8 Millionen

**Jugendliche** haben seit 1963 an den Austausch-Programmen des Deutsch-Französischen Jugendwerks teilgenommen. 2012 verfügte es über einen Haushalt von 20,8 Millionen Euro, der sich aus gleichen Beiträgen der deutschen und französischen Regierung zusammensetzt. Erstmals seit der Gründung wollen beide Seiten das Budget ab 2013 um zwei Millionen Euro erhöhen.

**ZITAT DER WOCHE**

»Wir müssen noch mehr miteinander sprechen.«

**Jean-Marc Ayrault**, französischer Premierminister, bei seinem Antrittsbesuch im November in Berlin zur Überwindung der Staatsschuldenkrise in Europa

**IN DIESER WOCHE**

- THEMA**  
**Norbert Lammert** Interview zum 50. Jubiläum des Élysée-Vertrags **Seite 2**
- Festakt** Nationalversammlung und Bundestag tagen gemeinsam in Berlin **Seite 3**
- Europa** Paris und Berlin ziehen in der Euro-Krise nicht immer an einem Strang **Seite 5**
- Begegnungen** 50 Jahre Austausch beim Deutsch-Französischen Jugendwerk **Seite 8**
- Geschichte** Frankreich und Deutschland – die ungleichen Brüder **Seite 9**

**MIT DER BEILAGE**



Das Parlament  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH  
60268 Frankfurt am Main



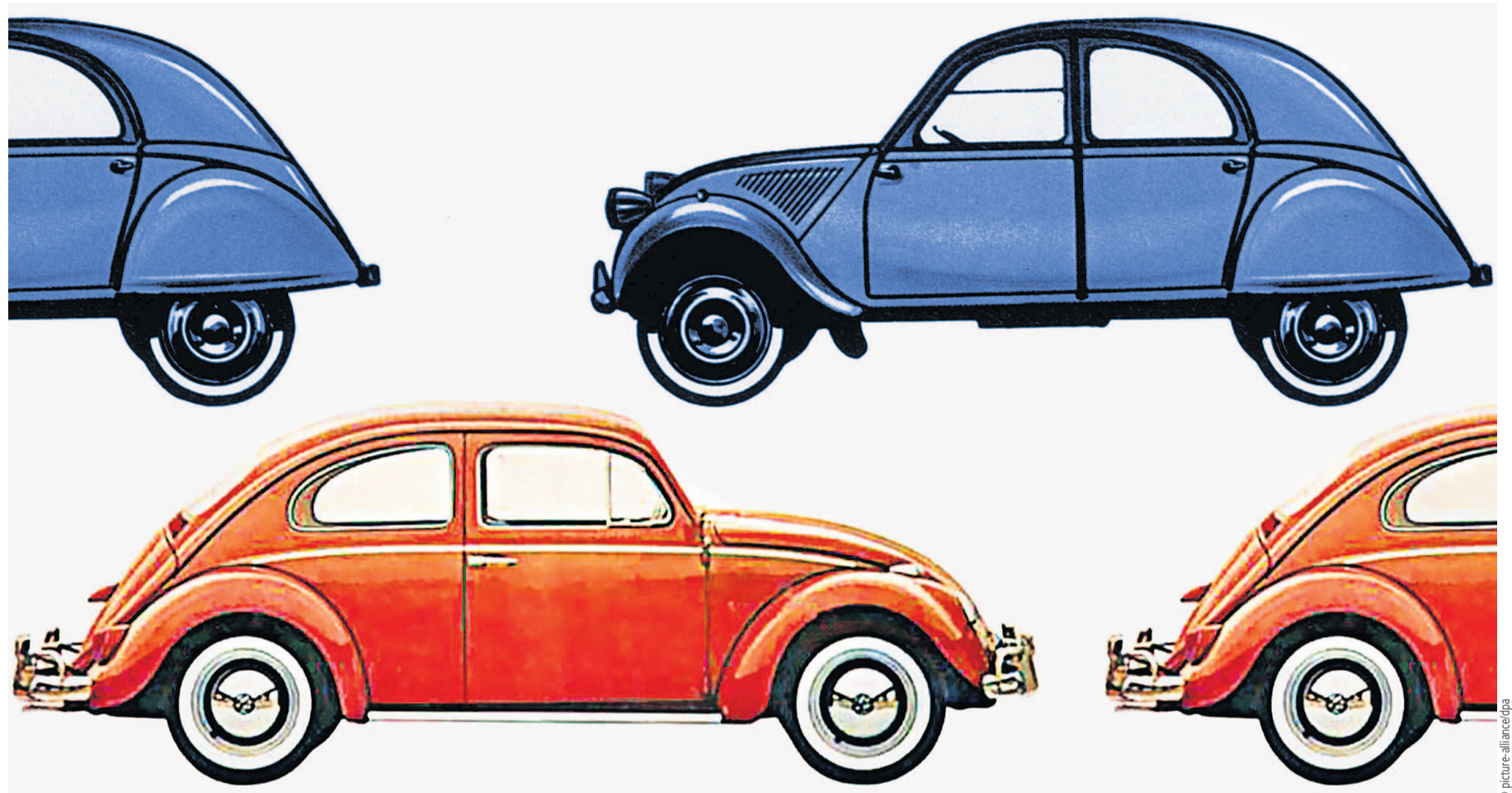
# Ein Erfolgsmodell wird 50

**ÉLYSÉE-VERTRAG** Der Kontrakt von 1963 führte Deutsche und Franzosen in Freundschaft zusammen

Die heutige Lage ist paradox. Einerseits wird groß gefeiert. Fünf Jahrzehnte Élysée-Vertrag sind Thema unzähliger Artikel, Kundgebungen und Begegnungen. Das Jahr 2013 steht im Zeichen der deutsch-französischen Freundschaft, mit ständiger Betonung des Werts und der Tiefe dieser Freundschaft. Auf der anderen Seite sind die politischen Beziehungen zwischen Berlin und Paris eher nüchtern und nicht gerade herzlich. In einem Interview wurde Frankreichs Staatspräsident François Hollande gefragt: „Was haben Sie von Angela Merkel gelernt?“ Er antwortete: „Sie spricht die Dinge klar aus. Das erspart Zeit. Ich halte es genauso. Davon ausgehend versuchen wir, das bestmögliche Ziel zu erreichen.“ Eine Liebeserklärung sieht anders aus. Allerdings dürften sich beide Politiker sagen, dass sie in europäischen Fragen mit gespaltener Zunge sprechen. Hollande ist für eine europäische Prüfung der Haushalte. Aber bitte keinen europäischen Haushaltskommissar, der das für den französischen Haushalt durchführen würde. Angela Merkel will eine Überwachung der europäischen Banken. Aber bitte nicht für die deutschen Landesbanken, obwohl dies bei der Bayerischen Landesbank manches verhindert hätte.

**Beiderseits Argwohn** In Frankreich findet man in Zeiten der Euro-Krise wieder Argwohn und Anklage. So veröffentlichte die Tageszeitung „Le Monde“ Anfang Dezember 2012 einen Leitartikel, der die Kanzlerin auffordert, zu ihrer europäischen Verantwortung zu stehen, ohne zu sagen, was sie doch tun sollte – dies zusammen mit einer Seite Merkel-kritischer Karikaturen. Dass Angela Merkel kürzlich 97,94 Prozent auf dem CDU-Parteitag erhalten hat, gibt Anlass zu leichter Ironie, aber dass der große Europäer der deutschen Regierung, Wolfgang Schäuble, 92 Prozent erreicht, wird übersehen. Die deutsche Presse ihrerseits tut wieder, als seien die Franzosen nur auf Baguette und Rotwein epicht. Was wird 2013 gefeiert? Der Titel meines Kapitels in einem französischen Buch über Zustandekommen, Inhalt und Auswirkung des Élysée-Vertrages heißt: „Die Schöpfung von 1950 und der Ruhm von 1963.“ Der Ruhm entstand schon im September 1962 bei der triumphalen Reise von Charles de Gaulle durch die Bundesrepublik. Er erweckte solche Begeisterung, dass deutsche Zeitungen schreiben konnten: „Er kam als Präsident Frankreichs und fuhr zurück als Kaiser Europas.“ Aber kurz nach de Gaulles Rückfahrt ließ Kanzler Konrad Adenauer Frankreichs früheren Außenminister Robert Schuman einen Brief zukommen: „Lieber Herr Schuman! Während des Besuchs des General de Gaulle habe ich oft ihrer gedacht, als des Mannes, der durch seinen Vorschlag der Montan-Union den Grundstein gelegt hat zu der Freundschaft, die nunmehr unsere Länder so eng miteinander verbindet. Unserer gemeinsamen Arbeit gedanke ich immer mit Dankbarkeit.“

**Ein Wagnis** Auch der jetzt verliehene Friedensnobelpreis für die EU bezog sich auf den 9. Mai 1950, als Schuman seinen Plan zur Montan-Union vorlegte. Damals musste man wirklich Mut beweisen, um den Franzosen zuzutrauen, fünf Jahre nach Kriegsende eine gleichberechtigte Partnerschaft mit der jungen, machtlosen Bundesrepublik einzugehen. Im Oktober 1956 wurde einer der größeren deutsch-französischen Konflikte der Nachkriegszeit überwunden: In Luxemburg unterschrieben der deutsche Kanzler Adenauer und der französische Regierungschef Guy Mollet einen Vertrag, der dem Saarland erlaubte, Bundesland zu werden. Und 1958, als die Vierte Republik im Sterben lag, verhandelten die Verteidigungsminister Jacques Chaban-Delmas und Franz Josef Strauß über eine gemeinsame Atom-Bomben-Kooperation. Was war dann das große Verdienst von Charles de Gaulle, als er im Juni 1958 wieder zur Macht kam? Er hat sich weitgehend zu dem bekehrt, was er von 1948 bis 1957 ständig hart verurteilt hatte, und hat Millionen Franzosen mitbekehrt. Die Begegnung mit Konrad Adenauer in Colombey-les-deux-Églises am 14. September



Erfolgssymbole zweier befreundeter Nationen: Der Citroën 2CV – bekannt als „Ente“ – und der VW Käfer (unten)

1958 war voller Herzlichkeit – allerdings mit Hintergedanken. 1950 freute sich Adenauer über das Entstehen einer Europäischen Gemeinschaft, aber ebenso sehr über den Schritt zur ersehnten Gleichberechtigung. 1962/63 empfand de Gaulle warme Hochachtung für den betagten Kanzler, aber wollte ihn und sein Land doch dazu verleiten, mit Frankreich auf Distanz zu den USA zu gehen. In diesem für ihn zentralen Punkt ist er dann bereits mit der Bundestagsprämie zur Ratifizierung des Élysée-Vertrages gescheitert, was ihn dann dazu verleitet, den Vertrag als erledigt darzustellen, auch weil er nun Adenauers Nachfolger Ludwig Erhard als verständnislosen Partner bekommen hatte. An sich war die Lage im Frühjahr 1963 erstaunlich. De Gaulle hatte Großbritannien zuvor ein hartes Nein entgegengeworfen, obwohl es wie de Gaulle jede Supranationalität für die Gemeinschaft ablehnte. Die Bonner Gegner des Vertrages wollten ihrerseits den Eintritt Großbritanniens, obwohl es das supranationale Europa ablehnte, das die Autoren der Prämie gegen de Gaulle förderten.

**Die Schöpfung Jugendwerk** Und doch hat der Élysée-Vertrag viel gebracht. Er hat eine ständige Zusammenarbeit auferlegt, nicht nur auf hoher Ebene, sondern auch zwischen den Beamten der Ministerien. Dies hat zu einer Verbindung, sogar manchmal zu einer Verquickung der Regierungsapparate geführt, die wohl im historischen wie im internationalen Vergleich einmalig ist. Die größte Leistung war jedoch die Schöpfung des Deutsch-Französischen Jugendwerks. Da de Gaulle und Adenauer die Wege der Verwaltung kannten, richteten sie ein, dass die Institution fest in den Haushalten verankert war und nicht jedes Jahr um einen Zuschuss betteln muss. Das Jugendwerk hat ungemein verbreitet, was schon bestanden hatte. Der deutsch-französische Jugend- und Städteaustausch hat nämlich bald nach Kriegsende begonnen, ganz im Sinne des Beginns der heute noch gültigen Prämie der französischen Verfassung von 1946. Der Sieg war nicht davongetragen worden über Völker oder Nationen, sondern über die Regime, die versucht hatten, die Menschen zu versklaven und zu entwürdigen.“ Zusammen mit Deutschen aus dem Widerstand fühlen sich französische Widerständler mitverantwortlich für die demokratische Zukunft Deutschlands, vor allem der deutschen Jugend. Symbole können schön, aber falsch sein. De Gaulle und Adenauer in der Kathedrale von Reims, das erregende Sich-die-Hand-geben von Kohl und Mitterrand in Verdun, Merkel und Sarkozy am Arc de Triomphe an einem 11. November: Alles Symbole des Ersten Weltkriegs. Für den Krieg gegen Hitler hätte man nach Dachau gehen sollen, wo Franzosen und Deutsche gemeinsam gequält worden waren. Ein schönes Symbol geriet leider etwas in Vergessenheit: Am 22. Januar 2003 haben beide Parlamente zur 40-Jahr-Feier des Élysée-Vertrages in Versailles zusammen getagt. Das bedeutete die Überwindung der französischen Kränkung von 1871 und der deutschen von 1919. Nun wird im Januar 2013 eine solche Zusammenkunft in Berlin wiederholt, aber sie steht unter anderen Vorzeichen. In beiden

Ländern und Parlamenten – dazu kommen in Deutschland die Urteile des Bundesverfassungsgerichts – will man die übergeordnete Stellung des Europa-Parlaments nicht anerkennen. Auf deutscher Seite ist das Hauptargument, die Zahl der Abgeordneten der verschiedenen Staaten entspreche nicht den Bevölkerungsgrößen. Es ist wahr, Deutschland hat nur 16 Mal mehr Sitze als Luxemburg mit einer über 150 Mal größeren Bevölkerung. Aber im Bundesrat wiegt jeder Bremer über zehnmal mehr als ein Nordrhein-Westfale und im US-Senat wiegt ein Bürger Alaskas 54 Mal mehr als ein Kalifornier. In Wirklichkeit ist gerade das Europa-Parlament mit immer größeren Befugnissen eine der beiden Institutionen, die das überstaatliche Europa verkörpern. Die andere ist der Europäische Gerichtshof in Luxemburg, der mehr für Europas Vereinheitlichung geleistet hat als alle die, die in Oslo den Friedenspreis entgegengenommen haben.

**Sprachprobleme** So etwas wird nicht wahrgenommen von den hunderttausenden Franzosen und Deutschen, von Jugendlichen, Berufsstände-Vertretern, Professoren oder Forschern, die ständig zusammenkommen und -arbeiten. Weitgehend, weil es den Élysée-Vertrag gegeben hat. Gewiss bleibt das Problem der immer mehr vernachlässigten Sprache des Partnerlandes. Aber die menschliche Infrastruktur der politischen Beziehungen ist seit Jahrzehnten da. Sie untermauert auch in Krisenzeiten die Beziehungen zwischen den Regierungen. Und wenn nun gefeiert wird, sollen all diese Feiern als Aufforderung an die Regierungen gelten, sich dieser Infrastruktur anzupassen und in ihrem Namen zu freundschaftlichem Einvernehmen zu gelangen. *Alfred Grosser*

Der Autor, Jahrgang 1925, gilt als Personifikation des deutsch-französischen Verhältnisses und der Versöhnung nach dem Zweiten Weltkrieg. Geboren in einer deutsch-jüdischen Familie in Frankfurt/Main, emigrierte er 1933 nach Frankreich und wurde 1937 Franzose. Der langjährige Politik-Professor war einer der geistigen Wegbereiter im Vorfeld des Élysée-Vertrages. In vielen Schriften, Reden und Interviews kämpft Grosser stets gegen Klischees und Vorurteile auf beiden Seiten.



Triumphale Reise durch Deutschland: De Gaulle und Adenauer 1962 in München

**EDITORIAL**

## Es geht um Europa

VON JÖRG BIALLAS

Eine Freundschaft, die diesen Namen verdient, bedarf nicht ständig versichernder Worte, wie eng sie von den Partnern empfunden wird. Und doch ist es von Zeit zu Zeit hilfreich, sich die Verbundenheit zu vergegenwärtigen, diese Nähe dann auch zu proklamieren und damit den Wert der Freundschaft zu erhalten. Deshalb ist es weit mehr als nur ein gemeinsamer Festakt, wenn die französische Nationalversammlung den Deutschen Bundestag zum 50-jährigen Bestehen des Élysée-Vertrages am 22. Januar besucht. Dieser Tag wird als Manifest des gemeinsamen Willens in die Geschichte eingehen. Denn das deutsch-französische Verhältnis ist ein dauerhaftes Vorbild für ein friedliches Miteinander zweier Staaten, die sich so lange vermeintlich unversöhnlich gegenüberstanden. Deutschland und Frankreich haben mit dem Prozess der gegenseitigen Annäherung ein Modell geschaffen, das für einen ganzen Kontinent Frieden und Freiheit sichert. Ohne dieses Zusammenspiel hätten die europäischen Geschicke im vergangenen halben Jahrhundert gewiss keinen so atemberaubenden Verlauf genommen. Voraussetzung für die Erfolgsgeschichte war das Kennenlernen der Menschen in beiden Nationen. Politiker in Deutschland wie in Frankreich erkannten schnell, dass dieser Prozess institutionalisiert werden muss, was im Laufe der Jahre auf vielfältige Art und Weise geschah. Schüleraustausch, Stipendiaten-Programme, Sprachförderung, Städtepartnerschaften und vieles mehr haben Aussöhnung generationenübergreifend konserviert und Freundschaften begründet. Auch bei Beziehungen zu anderen Nationen ist das von wegweisender Bedeutung. Beispielsweise gedeiht die deutsche Freundschaft zu Polen auf einem vergleichbar brüchigen Fundament wie seinerzeit das Verhältnis zu Frankreich. Und ganz ähnlich zeigt ein Blick nach Osten, dass sich dort in relativ kurzer Zeit bereits Vieles zum Positiven gewendet hat. Wenn am 22. Januar die Parlamentarier der Assemblée nationale aus Paris der Einladung nach Berlin folgen und in den Bundestag kommen, geht es nicht allein um Deutschland und Frankreich. Der Jubiläumstag des Élysée-Vertrages ist der Anlass des Treffens. Sein Grund allerdings ist die Zukunft Europas. Heute wie vor 50 Jahren.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





**Herr Präsident, Deutschland und Frankreich feiern mit dem 50. Jahrestag der Verabschiedung des Élysée-Vertrages im nächsten Jahr „Goldene Hochzeit“. Deutschland und Frankreich, ist das eher eine Liebesbeziehung oder eine Zweckhe?**  
Beides. Jedenfalls liegen dieser ganz besonderen Beziehung auf beiden Seiten handfeste Interessen zugrunde. Gleichzeitig hat sich die Beziehung zwischen den Ländern und ihren Menschen aber auch mental und emotional so weiterentwickelt, dass sie über konkrete Interessen deutlich hinausgeht.

**In drei Wochen, am 22. Januar, haben Sie die 577 Abgeordneten der Assemblée nationale nach Berlin eingeladen. Warum ist es so wichtig, dass die Abgeordneten hierher kommen?**

Es ist ein herausragendes Jubiläum. Wer ein Gespür für die Bedeutung von 50 Jahren in der jüngeren europäischen Geschichte hat, der wird das nicht nur für eine runde Zahl halten können. Dieses halbe Jahrhundert markiert eine grundlegende und gleichzeitig stabile Veränderung zwischen unseren Ländern. Das verdient eine besondere öffentliche Würdigung.

**Was Frankreich bereits vor zehn Jahren getan hat...**

Die Franzosen haben den Bundestag schon zum 40-jährigen Jubiläum in ähnlicher Weise nach Versailles eingeladen. Da lag es nahe, jetzt zum 50. Jahrestag durch eine Gegeneinladung diese Wertschätzung zu bestätigen, die es auf französischer Seite offensichtlich gibt.

**Wie wird diese Feier parlamentarisch ablaufen?**

Die Veranstaltung wird im Reichstagsgebäude unter ähnlichen räumlichen Bedingungen wie eine Bundesversammlung stattfinden. Das heißt, wir müssen, um alle Mitglieder beider Parlamente im Plenarsaal unterbringen zu können, die Bestuhlung umbauen. Wir haben uns mit den beiden Parlamentspräsidenten darüber verständigt, dass wir diesmal nicht nur Reden der beiden Regierungschefs, also des französischen Staatspräsidenten und der Bundeskanzlerin hören, sondern auch eine einstündige parlamentarische Debatte unter Beteiligung von Kolleginnen und Kollegen aus dem Bundestag wie der Assemblée nationale ermöglichen wollen.

**Die Abgeordneten werden eine gemeinsame Erklärung verabschieden. Was sind die wesentlichen Punkte, um das deutsch-französische Verhältnis weiter zu beleben?**

Wir müssen das deutsch-französische Verhältnis nicht neu erfinden. Es muss auch nicht vitalisiert werden, weil es eine stabile und verlässliche Konstruktion ist, die auch mit dem Élysée-Vertrag eine hinreichende vertragliche Grundlage hat. Aber wie bei allen Beziehungen von Institutionen und Organisationen gilt, dass man regelmäßig den gemeinsam vereinbarten Zweck hinterfragen muss. Und zwar, ob unter veränderten Bedingungen und neuen Herausforderungen nicht entweder neue Mittel zur Verfolgung der gleichen Ziele oder neue Maßnahmen und neue Initiativen möglich und nötig sind.

**Wie haben sich aus Ihrer Sicht die parlamentarischen Beziehungen entwickelt?**  
Die haben sich gerade in den letzten zehn Jahren, also seit der 40-Jahr-Feier, sehr stark weiterentwickelt. So gibt es etwa regelmäßige Treffen von Kollegen der jeweiligen Ausschüsse, um für wichtige europäische Angelegenheiten möglichst auch auf der parlamentarischen Ebene eine gemeinsame deutsch-französische Position zu finden.

**Für die jüngere Generation spielt der Versöhnungsgedanke nachvollziehbar ei-**

**ne viel geringere Rolle. Wie erklären Sie jungen Menschen, warum das deutsch-französische Verhältnis kein Relikt der Vergangenheit ist, sondern ein Garant für die Zukunft?**

Wir haben in Europa besondere Verhältnisse zwischen Nachbarstaaten, die im Laufe der jüngeren europäischen Geschichte mehrfach ihre politischen Zugehörigkeiten verändert haben – nicht freiwillig durch Verträge, sondern aufgrund von militärischen Aktionen. Für diesen jüngeren europäischen Prozess haben keine zwei Länder eine größere, einzelne Bedeutung gehabt als Deutschland und Frankreich. Diesen Teil der Vergangenheit haben wir in der Tat hinter uns gelassen und durch eine völlig neue Verbindung abgelöst. Die gelegentlich anzutreffende Vermutung, es handele sich hier doch um ein liebenswürdiges Relikt, erkennt den Umstand, dass nach wie vor Deutsche und Franzosen bei wichtigen Sachverhalten nicht regelmäßig identische, sondern regelmäßig unterschiedliche Interessen haben – von den erkennbar unterschiedlichen Mentalitäten gar nicht zu reden.

**Haben Sie dafür ein Beispiel?**

Das Staatsverständnis und das Verständnis der Rolle des Staates in und gegenüber der Wirtschaft unterscheidet sich in Frankreich und Deutschland deutlich. Das wiederum erklärt, warum für jeden weiteren Entwicklungsprozess in Europa über die bilaterale Beziehung hinaus die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich die Voraussetzung für die europäische Einigung ist.

**Die verstärkte Zusammenarbeit zwischen dem deutschen und französischen Parlament wurde vor zehn Jahren beim 40. Jahrestag des Élysée-Vertrages beschlossen. Wie ist Ihre Bilanz der vergangenen zehn Jahre?**

Ich kann ein deutlich gestiegenes und weiter zunehmendes Maß an ganz selbstverständlicher, gar nicht im einzelnen vereinbarungsbedürftiger Kooperation feststellen. Auf der politischen und persönlichen Ebene hat es in den vergangenen Jahren etwa mit den jeweiligen Parlamentspräsidenten in Frankreich ein Klima der Zusammenarbeit, auch ein Maß an persönlicher Vertrautheit gegeben, von dem manche vermuten werden, dass so etwas in der Politik gar nicht vorkommen könne.

**Sie haben mit dem früheren französischen Parlamentspräsidenten Bernard Accoyer eine Arbeitsgruppe zur deutsch-französischen Wirtschaftspolitik installiert. Hat sich dieses Modell bewährt?**

Ja, ich kann mir das nicht nur vorstellen, ich bin ziemlich sicher, dass es dafür weitere Beispiele geben wird. Ich empfehle aber dringend, das nicht unnötig zu formalisieren. Ich halte wenig von der Schaffung zusätzlicher Institutionen, sowohl auf bilateraler Ebene wie auf europäischer Ebene. Gremien gibt es genug. Wir sollten deswegen solche Fragen jeweils projekt- und themenbezogen in Angriff nehmen, aber nicht dauerhafte institutionelle Rahmen schaffen, die sich dann gewissermaßen ihre Themen suchen müssen.

**Sie haben die zahlreichen Kontakte zwischen deutschen und französischen Parlamentariern schon erwähnt. Wo sehen Sie die größten Unterschiede im politischen Geschäft zwischen beiden?**

Außer aus den unterschiedlichen politischen Verfassungen, einer Präzidentenrepublik auf der einen Seite und einer parlamentarischen Demokratie auf der anderen Seite, ergeben sich beachtliche Unterschiede in der Organisation politischer Entscheidungsprozesse. Verbunden mit der sehr unterschiedlichen historischen Entwicklung hat dies in unseren beiden Ländern zu Strukturen und auch zu Verhaltensmustern

# »Gremien gibt es genug«

NORBERT LAMMERT Zum 50. Jahrestag des Élysée-Vertrages plädiert der Bundestagspräsident für mehr Real- als Symbolpolitik



ben müsste, ist nicht mein Eindruck und schon gar nicht meine Erwartung.

**Gibt es umgekehrt so etwas wie eine deutsch-französische Leitkultur in Europa?**

Nein. Die würde auch mit dem Selbstbewusstsein der anderen europäischen Staaten und oder gar der Mitgliedstaaten in der Europäischen Gemeinschaft kollidieren. Für viele Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaft ist die faktische Schlüsselrolle von Deutschland und Frankreich ohnehin eine ziemliche Zumutung, weil sie sich immer wieder hingehalten fühlen, solange es keine deutsch-französische Verständigung gibt und präjudizierte fühlen, sobald sie zustande gekommen ist.

**Für die Zusammenarbeit ist die Sprache ein entscheidender Faktor. In beiden Ländern nimmt die Bereitschaft, die Sprache des anderen zu lernen, statistisch gesehen ab. Welche Anreize kann man setzen, und kann die Politik da überhaupt etwas tun?**

Der Zustand der Sprachinteressen und der Sprachkenntnisse in diesen beiden Nachbarländern ist sicher deutlich bescheidener als man sich das wünschen möchte. Sie bleibt sicher auch hinter den Erwartungen zurück, die vor 50 Jahren im Zusammenhang etwa mit dem Élysée-Vertrag und der neuen Etappe dieser deutsch-französischen Beziehung entstanden sind. Auf der anderen Seite muss man sehen, dass überall in Europa und weit darüber hinaus sich so etwas wie ein großer, beinahe unwiderstehlicher Trend herausgebildet hat, neben der eigenen Muttersprache Englisch als Verständigungsmittel in internationalen und globalen Zusammenhängen zu vermitteln.

**Ist das überall so?**

Man macht im deutsch-französischen Verhältnis die Erfahrung, dass es in den Grenzregionen auf beiden Seiten nach wie vor ein ausgeprägtes Interesse an der jeweils anderen Sprache gibt. Je weiter man sich aus den Grenzregionen entfernt, desto mehr dominiert dann wieder das Interesse an dem allgemeinen sprachlichen Verständigungsmittel. Das ist eine Erfahrung, die man nicht nur in Westeuropa, sondern auch in Osteuropa machen kann.

**Bei der Sprachförderung spielt das Deutsch-Französische Jugendwerk eine wichtige Rolle. Auch das DFJW ist in den letzten zehn Jahren reformiert worden...**

Es gibt wichtige Weiterentwicklungen beim Deutsch-Französischen Jugendwerk, das eine unmittelbare Folgegründung des Élysée-Vertrages war und folgerichtig deswegen auch in diesem Jahr seinen 50. Geburtstag feiert. Das DFJW hat zu unserer großen Freude in den vergangenen Jahren durch die Einladung von Jugendlichen etwa aus Polen, den baltischen Staaten oder anderen Ländern immer häufiger seinen Aktionsradius über die beiden Länder hinaus auf andere europäische Länder erweitert. Aber für das deutsch-französische Jugendwerk gilt das, was für den Élysée-Vertrag und für die deutsch-französische Beziehung im Allgemeinen gilt: Je reibungsloser es funktioniert, desto routinehafter wirkt es auch notwendigerweise. Öffentliche Aufmerksamkeit finden Pannen, Pleiten und Skandale, aber nicht Erfolgsgeschichten.

**EU-Ratspräsident Herman van Rompuy plädiert in seinem Strategiepapier für die Zukunft Europas für eine neue Rolle der nationalen Parlamente. Reichen die Rechte der nationalen Parlamente nach dem Vertrag von Lissabon aus oder sollten sie in Zukunft ausgeweitet werden?**

Wir haben in Europa nach wie vor keine gemeinsame Verfassung, sondern jeweils nationale Verfassungen in den Mitgliedstaaten, die sich deutlich voneinander unter-

scheiden. Was Deutschland angeht, sehe ich überhaupt keinen Bedarf für Klarstellungen, was die Rolle des Parlamentes im Gesetzgebungsverfahren oder in Haushaltsfragen angeht, auch nicht, was das Verhältnis von Parlament und Regierung betrifft. Über das, was die Verfassung ohnehin unmissverständlich formuliert, haben wir in den letzten Jahren die Zusammenarbeit mit der Regierung in europäischen Angelegenheiten durch ein eigenes Gesetz geregelt. Da besteht, jedenfalls für uns, weder Korrektur- noch Ergänzungsbedarf.

**Aber wie können die Parlamente in Zukunft besser zusammenarbeiten?**

Die Frage nach der Zusammenarbeit der nationalen Parlamente in EU-Angelegenheiten ist nicht abschließend geregelt, soweit es sich um den jeweiligen gesetzlichen Entscheidungsbedarf handelt – und insbesondere die Einbeziehung des Europäischen Parlamentes. Das ist nach den Vertragstexten aber ausdrücklich den Parlamenten zur Regelung überlassen. Das heißt, darüber kann kein Europäischer Rat befinden. Wir selber führen dazu Gespräche mit den Parlamentspräsidenten der Mitgliedstaaten.

**Wie könnte diese Zusammenarbeit konkret aussehen?**

Ich habe gerade gemeinsam mit meinem luxemburgischen Kollegen die Initiative ergriffen, dass wir Anfang Januar im Kreis der Gründungsstaaten der Europäischen Gemeinschaft darüber nachdenken, ob wir vielleicht einen gemeinsamen Vorschlag entwickeln können, wie wir uns, gerade was die Umsetzung der vertraglichen Verpflichtungen des Fiskalpakt für die Haushaltsdisziplin der Mitgliedsstaaten betrifft, die Einbeziehung des Europäischen Parlamentes vorstellen können.

**Es kursieren auch andere Szenarien wie eine Art gemeinsame Kammer zwischen den nationalen Parlamenten und dem Europaparlament?**

Auch für diesen Vorschlag gilt: Europa leidet nicht unter fehlenden Gremien. Deswegen sehe ich den Bedarf für weitere Institutionen weder auf der Ebene der Exekutive noch auf der Ebene der Legislative. Zumal gelegentlich übersehen oder verdrängt wird, dass es Entscheidungskompetenzen nur auf zwei Ebenen gibt – nämlich auf der Ebene der Mitgliedstaaten und auf der Ebene der Europäischen Gemeinschaft, aber nicht dazwischen. Daher sollte das, was vielleicht an Koordinationsinteresse und Informationsaustausch für wünschenswert gehalten wird, eher durch informelle Begegnungen ermöglicht werden. Neue Gremien und Organe sind dafür schon deswegen nicht erforderlich, weil sie offenkundig nichts zu entscheiden hätten.

**Dahinter steht die Hoffnung, durch die Einbeziehung der nationalen Parlamente eine größere Akzeptanz für die Union in den Mitgliedstaaten zu finden...**

Wir haben doch die bemerkenswerte Situation, dass nirgendwo die Sorge um eine mögliche Marginalisierung der Parlamente ausgeprägter ist als in Deutschland, also genau in dem Land, in dem der Einfluss des Parlamentes größer ist als in jedem anderen europäischen Land.

Das Interview führten Jörg Biallas und Annette Sach.

Norbert Lammert (CDU), Jahrgang 1948, gehört dem Parlament seit 1980 an und ist seit 2005 Präsident des Deutschen Bundestages.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

## PARLAMENTARISCHES PROFIL

# Rastloser Europäer: Pierre-Yves Le Borgn'

Es gibt Menschen, die sind einem vertraut, obwohl man sie noch nie gesehen hat. So ging es auch Pierre-Yves Le Borgn' mit den Schmitz – einer deutschen Familie aus Köln. Seit der junge Pierre-Yves mit zehn Jahren begann, Deutsch zu lernen, begleitete ihn die rheinische Familie aus seinem Französischbuch durchs Jahr und brachte ihm die deutsche Kultur, Mentalität und Sprache bei: „Ich hatte das Gefühl die Loreley Fünfzig mal besucht zu haben, bevor ich sie das erste Mal gesehen habe“, erinnert sich Le Borgn'. Der heutige sozialistische Abgeordnete der französischen Nationalversammlung lebte damals in einem kleinen Ort in der Bretagne – 1.000 Kilometer entfernt von der deutschen Grenze. Auch wenn Deutschland geographisch weit weg war, hatte der Krieg zwischen beiden Ländern das Leben seiner Familie stark geprägt: „Einer meiner Großväter wurde im Krieg getötet, mein anderer war fünf Jahre lang Kriegsgefangener in der Nähe von Lüneburg“, erzählt er. Es waren seine Großmütter, die sich schon früh für die deutsch-französische Versöhnung einsetzten, „weil sie nicht wollten, dass sich so etwas noch einmal wiederholt“, sagt er.

er für einen Wahlkreis, der in Deutschland so gar nicht existiert. Denn wenn Pierre Yves Le Borgn' seine Wähler besuchen möchte, muss er immer das Flugzeug benutzen. Sein Wahlkreis umfasst 16 Länder von Deutschland bis an die Grenze von Bulgarien – eine Fläche von rund 40 Prozent des europäischen Kontinents. Die dort lebenden Auslandsfranzosen sind mit einem eigenen Abgeordneten im französischen Parlament vertreten.



»Beide Länder haben Probleme, sich vom Gedanken der Erinnerung zu lösen.«

Neben seiner Abgeordnetentätigkeit in Paris, wo er dienstags, mittwochs und donnerstags arbeitet, hat er ein Standbein in Köln. Mit seiner Familie wohnt Le Borgn' in Brüssel. Von dort aus besucht er einmal im Moment seine Wähler in Europa, um ihre Interessen in der Nationalversammlung zu vertreten. Zum anderen widmet sich der Jurist und Politikwissenschaftler in der Assemblée nationale mit großer Leidenschaft einem anderen Schwerpunkt: der Fortentwicklung der deutsch-französischen Beziehungen. Gleich zu Beginn der Wahlperiode wurde er auf den renommierten Posten des Vorsitzenden der französisch-

deutschen Parlamentariergruppe gewählt. „Deutschland ist mir intellektuell und emotional nahe“, sagt er von sich selbst. Dafür spricht auch sein beruflicher Werdegang. Nach seinem Studium am Institut d'Etudes Politiques in Paris und dem Europakolleg in Brügge, war er als leitender Angestellter in einer Firma für Solarzellenpaneel tätig und hat sowohl in Mainz als auch in Frankfurt/Oder gelebt. Nicht nur im Wirtschaftsleben, sondern auch bei den deutsch-französischen Beziehungen ist es ihm wichtig, Neues zu entwickeln. „Beide Länder haben Probleme, sich vom Gedanken der Erinnerung zu lösen“, stellt er fest und spricht sich dafür aus, „dass wir die deutsch-französischen Beziehungen neu überdenken müssen“. Dafür hat er ganz konkrete Ideen: Neben der Verbesserung der deutsch-französischen Berufsausbildung macht sich Le Borgn' vor allem für eine Harmonisierung des deutsch-französischen Familienrechts stark. Er schätzt, dass in Europa rund 300.000 Menschen in einem deutsch-französischen Umfeld leben. Die unterschiedlichen Rechtssysteme, ob bei der Heirat, der Scheidung oder in Sorgerechtsfragen, bringen viele Probleme. Über all das will der Franzose im Januar in Berlin mit seinen deutschen und französischen Kollegen anlässlich der Feierlichkeiten zum Élysée-Vertrag sprechen. „Es ist nicht nur ein Fest, um sich der bisherigen 50 Jahre zu erinnern, sondern auch darüber nachzudenken, was in den nächsten 50 Jahren kommen soll“, sagte er. Eine solche Geschichte hätte er sich bei der Lektüre über die Familie Schmitz wohl nicht träumen lassen.

## DasParlament

Herausgeber **Deutscher Bundestag**  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage  
**Aus Politik und Zeitgeschichte**  
ISSN 0479-611 X  
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

**Anschrift der Redaktion**  
(äußer Beilage)  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15,  
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24  
Internet:  
<http://www.das-parlament.de>  
E-Mail:  
[redaktion.das-parlament@bundestag.de](mailto:redaktion.das-parlament@bundestag.de)

**Chefredakteur**  
Jörg Biallas (jbi)

**Verantwortliche Redakteure**  
Dr. Bernard Bode (bob)  
Alexander Heinrich (ahe), stellv. CvD  
Michael Klein (mik)  
Hans Krump (kru), CvD  
Hans-Jürgen Leersch (hle)  
Dr. Verena Renneberg (ver)  
Annette Sach (as)  
Helmut Stoltenberg (sto)  
Alexander Weinlein (aw)  
Dr. Thomas von Winter (twv)

**Fotos**  
Stephan Roters

**Redaktionsschluss**  
28. Dezember 2012

**Druck und Layout**  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH  
Kuhhessenstraße 4-6  
64546 Mörfelden-Walldorf

**Anzeigen-/Vertriebsleitung**  
Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Klaus Hofmann (verantw.)  
Frankenallee 71-81  
60327 Frankfurt am Main

**Leserservice/Abonnement**  
Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Vertriebsabteilung Das Parlament  
Frankenallee 71-81  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon (0 69) 75 01-42 53  
Telefax (0 69) 75 01-45 02  
E-Mail: [parlament@fs-medien.de](mailto:parlament@fs-medien.de)

**Anzeigenverkauf**  
Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Karin Kortmann  
Frankenallee 71-81  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon (0 69) 75 01-43 75  
Telefax (0 69) 75 01-45 02  
E-Mail: [karin.kortmann@fs-medien.de](mailto:karin.kortmann@fs-medien.de)

**Anzeigenverwaltung, Disposition**  
Zeitungsanzeigengesellschaft  
RheinMainMedia mbH  
Andreas Schröder  
Frankenallee 71-81  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon (0 69) 75 01-41 33  
Telefax (0 69) 75 01-41 34  
E-Mail: [parlament@rheinmainmedia.de](mailto:parlament@rheinmainmedia.de)

**Abonnement**  
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)  
Alle Preise inkl. 7% MwSt.  
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.  
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

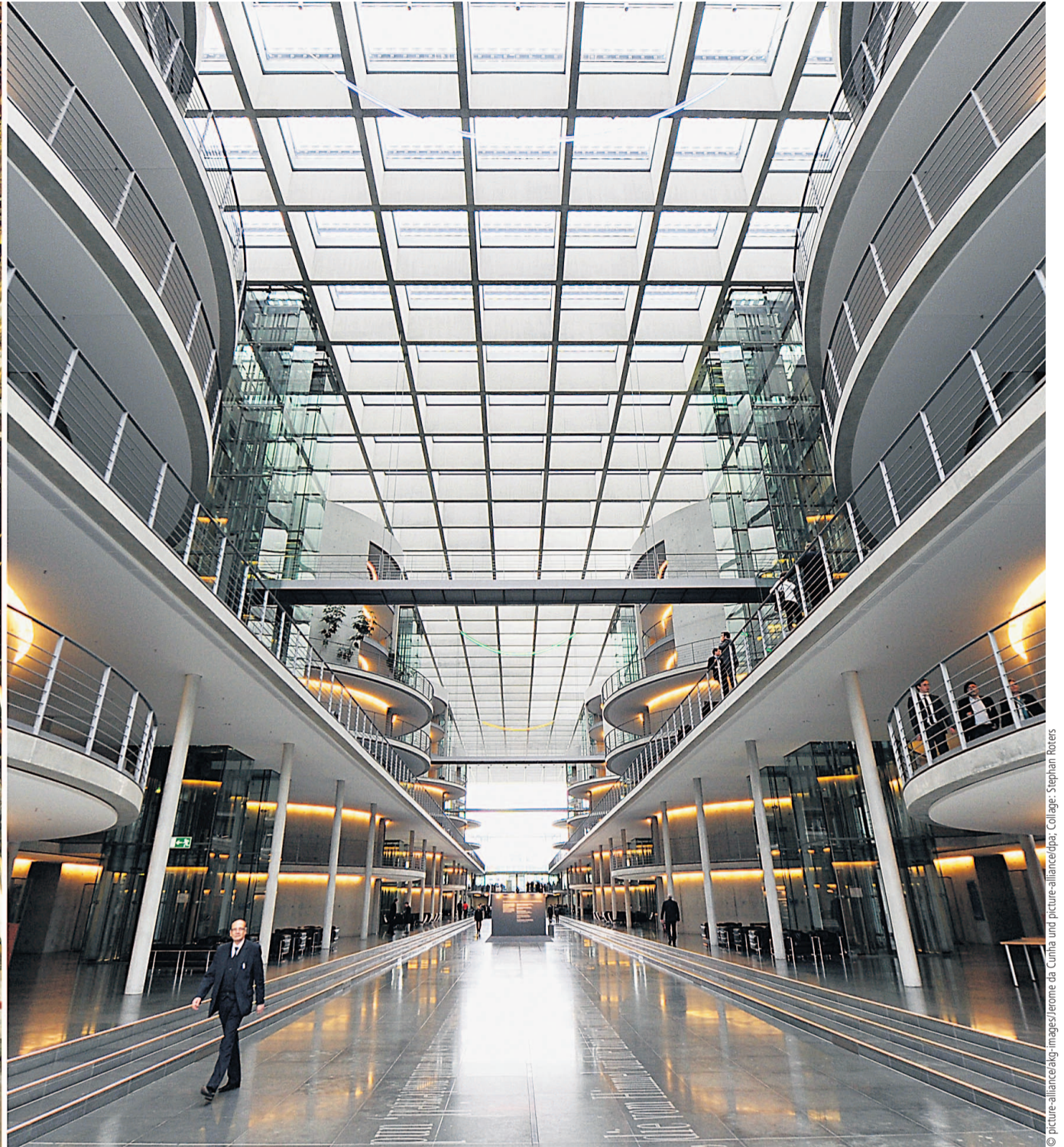
„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)

Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.





Orte der deutsch-französischen Verständigung: Der Spiegelsaal im Schloss von Versailles und das Foyer des Paul-Löbe-Hauses



© Paul-Löbe-Haus, Bundestag, www.bundestag.de

# Wiedersehen in Berlin

**FESTAKT** Bundestag und französische Nationalversammlung tagen gemeinsam im Reichstagsgebäude

**W**enn am Dienstag, dem 22. Januar 2013, im Bundestag die Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Unterzeichnung des Élysée-Vertrages stattfinden, dann kommen damit Monate der Planung der Bundestagsverwaltung, des Auswärtigen Amtes und des Kanzleramtes zu einem Ende. Immerhin sind das gesamte französische Parlament und die französische Regierung zu Gast. An alles muss dabei gedacht werden: Die Hin- und Rückreise der Gäste, der Transport per Bus vom Flughafen Tegel zum Reichstagsgebäude und die Betreuung vor Ort. Da nicht alle Parlamentarier die jeweils andere Sprache sprechen, werden französischsprachige Verbindungsbeamte und Dolmetscher eingesetzt, die die Gäste begleiten. Zwischen Paris und Berlin muss der Text der Gemeinsamen Erklärung, die am 22. Januar verabschiedet werden soll, abgestimmt werden. Das Catering muss ausgedacht, das festliche Mittagessen für die etwa 1.000 Gäste geplant werden. Tischanordnung, Stühle, Beleuchtung, auch das Menü sind sorgfältig zu bedenken. Selbst Kleinigkeiten wie ausreichend Kleiderhaken für die Garderobe und Blumengestecke für die Tische müssen eingeplant werden, ebenso wie ein Programmheft, damit die Teilnehmer vor und während der Veranstaltung alles Wichtige noch einmal nachlesen können, natürlich in zwei Sprachen. Verkehrswege, Zugangskonzepte, Ausweis- und Sicherheitsfragen müssen abgestimmt werden. Alles ist geplant – bis auf das Wetter.

Obwohl die eigentlichen Feierlichkeiten erst am Dienstag beginnen, werden einige französische Abgeordnete bereits am Vortag in der deutschen Hauptstadt erwartet. „Wir haben schon am Abend vorher ein Treffen der Präsidien der beiden Parlamente“, erklärt Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau (Die Linke). Ebenso ist ein Treffen der jeweiligen Spitzen der Parlaments-Frakturen am Vorabend in Berlin geplant.

le Tragweite der Beziehungen unserer beiden Länder zu verstehen“. Dass der Vertrag 1963 geschlossen worden ist, sei „nicht selbstverständlich“ gewesen, genauso wenig, dass sich die Beziehungen zwischen den beiden Ländern „auch über alle politische Verhältnisse hinweg“ so gut entwickelt hätten, sagt Pau. Die Feierlichkeiten zeigten nun, dass „der Geist des Vertrages gelebt wird“.

Nach dem Mittagessen ist die gemeinsame Sitzung der beiden Parlamente im Plenarsaal des Deutschen Bundestages vorgesehen. Die beiden Parlamentspräsidenten Norbert Lammert (CDU) und Claude Bartolone (PS) werden die Sitzung gemeinsam leiten, der französische Staatspräsident François Hollande (PS) und Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) halten eine einstündige Aussprache der Abgeordneten geben, wobei die Reihenfolge der Redner noch unter den Fraktionen abgesprochen werde, sagt Jacqueline Billa von Protokoll des Bundestages. Diese parlamentarische Aussprache war ein wichtiges Anliegen beider Parlamentspräsidenten.

Um alle Gäste im Plenarsaal unterzubringen, muss – ähnlich wie bei der Bundesversammlung auch – die Bestuhlung erweitert und neu arrangiert werden. Für die Spitze der beiden Staaten wird es eine Sonderstuhlleihe geben, dahinter werden die Vizepräsidenten und die Fraktionspräsidenten platziert, ansonsten aber gilt freie Platzwahl.

Angesichts der historischen Bedeutung des Élysée-Vertrages für beide Länder verdient der Vertrag für Günther Gloser (SPD), stellvertretender Vorsitzender der deutsch-französischen Parlamentariergruppe und ehemaliger Beauftragter für die deutsch-französischen Beziehungen, einen „schönen und würdigen Festakt“. Denn „der Vertrag ist etwas Einmaliges zwischen den beiden Ländern“, sagt Gloser. Sein Kollege Markus Tresselt (Bündnis 90/Die Grünen) pflichtet bei: „Die Feierlichkeiten führen vor Augen, wie wichtig die deutsch-französische Freundschaft ist. Eine gemeinsame Sitzung der Parlamente ist dabei ein starkes Zeichen dafür, dass die Freundschaft lebt.“

**Parlamännchen**  
Politik für Kinder

**Élysée-Vertrag**

Zwischen Deutschland und Frankreich hat es früher viel Krieg gegeben. Vor 50 Jahren haben sich beide Länder vertragen. In einem Vertrag haben sie damals abgemacht, künftig Freunde zu sein. Dieser Vertrag heißt Élysée-Vertrag (sprich: Elüseh-Vertrag). Der Vertrag heißt so, weil er im Élysée-Palast in Paris unterschrieben wurde. Paris ist die Hauptstadt von Frankreich. Weil es mit der Freundschaft so lange so gut geklappt hat, treffen sich Politiker aus Deutschland und Frankreich am 22. Januar in Berlin. Sie wollen gemeinsam feiern. Und sich freuen, dass es zum Beispiel viele Besuche von deutschen Schülern in Frankreich und von französischen Schülern in Deutschland gibt.

**Festessen** Der eigentliche Festtag beginnt mit einer erweiterten Präsidiumssitzung und einem Empfang der französischen und deutschen Abgeordneten auf der Fraktionsebene des Reichstagsgebäudes. Hier haben die Parlamentarier die Möglichkeit, sich zu begrüßen und kennenzulernen. Gleichzeitig tagt der deutsch-französische Ministerrat im Bundeskanzleramt. Mittags wird es im Paul-Löbe-Haus des Bundestages ein Festessen geben. Da insgesamt mehr als 1.000 Gäste erwartet werden, muss die Halle des Hauses umgebaut werden, um Platz für Tische und Stühle zu schaffen. Während des Mittagessens wird es keine Sitzordnung geben, um den persönlichen sowie fraktions- und parteiübergreifenden Kontakt zwischen den Abgeordneten zu fördern. „Wir wollen den Abgeordneten die Möglichkeit geben, sich nach Wunsch zu mischen und sich auszutauschen, eine gewisse Ungeplantheit hilft dabei“, erklärt Sybille Koch, Leiterin des Protokolls des Bundestages, das Arrangement. Einzig das Präsidium und die Fraktionspräsidenten werden an einem Tisch namentlich platziert. Das war bereits in Versailles so gewesen und hatte sich bewährt. „Insgesamt herrschte eine sehr familiäre und persönliche Atmosphäre“, erinnert sich Sibylle Laurischk. Die FDP-Abgeordnete war damals gerade frisch in den Bundestag gewählt. „Das lag auch daran, dass die Sitzteilung frei war und man sich miteinander unterhalten konnte. Ich denke, dass das dieses Mal auch wieder der Fall sein wird.“ Besonders in Erinnerung geblieben ist ihr das Festessen im Spiegelsaal von Versailles, da der Raum eine große historische Bedeutung für beide Länder hat: „Eine eindrucksvolle Erfahrung.“ In Berlin finde die Feier natürlich in einem ganz anderen Rahmen statt, sowohl architektonisch als auch repräsentativ. Die zwei Austragungsorte zeigten die Spannungsbogen der deutsch-französischen Freundschaft. Auch Petra Pau verbindet mit Berlin eine andere Symbolik. Anstatt einer „barockfeudalen“ Umgebung gebe es hier ein Festessen in der „Werkhalle des Parlamentarismus“.

Neben Gesine Lötzsich war Pau als einzige Volksvertreterin ihrer Partei (damals noch PDS) schon im Jahre 2003 bei den Feiern zum 40. Jahrestag in Frankreich dabei. Die Veranstaltung war für sie ein „Schlüsselereignis, um die volle

## Meilenstein der Aussöhnung

**ÉLYSÉE-VERTRAG** Freundschaftsabkommen statt »Erbfeindschaft«

**E**r gilt als wichtiger Grundstein für die europäische Einigung und als Signal der Versöhnung zwischen Frankreich und Deutschland: 17 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges unterzeichneten der damalige Bundeskanzler Konrad Adenauer und der französische Staatspräsident Charles de Gaulle am 22. Januar 1963 den „Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit“. Nach dem Ort seiner Unterzeichnung, dem Pariser Élysée-Palast, wird der Vertrag auch „Élysée-Vertrag“ genannt. Der Bundestag und die französische Nationalversammlung werden die Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag in einer gemeinsamen Sitzung begehen. Der Jahrestag ist der Höhepunkt des deutsch-französischen Jahres 2012/2013.



Konrad Adenauer und Charles de Gaulle unterzeichnen den Vertrag.

**Freundschaftsvertrag** Der Kontrakt zog einen Schlussstrich unter die jahrhundertalte „Erbfeindschaft“ zwischen beiden Ländern. Deutschland und Frankreich versicherten sich darin ihrer Freundschaft, in der Überzeugung, „dass die Versöhnung zwischen dem deutschen und französischen Volk, die eine Jahrhunderte alte Rivalität beendet, ein geschichtliches Ereignis darstellt, das das Verhältnis der beiden Völker zueinander von Grund auf neu gestaltet.“ Der Vertrag sollte zudem neue Impulse für die europäische Einigung geben. Die Politiker handelten „in der Erkenntnis, daß die Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern einen unerlässlichen Schritt auf dem Weg zu dem vereinigten Europa bedeutet, welches Ziel beider Völker ist.“ In dem Vertrag verpflichteten sich beide Staaten zu regelmäßigen Treffen auf allen Ebenen der Regierung und Verwaltung.

Gleichzeitig vereinbarten beide Länder wechselseitige Konsultationen in allen wichtigen Fragen der Politik. Das beinhaltete auch so sensible Politikbereiche wie Außen-, Europa- und Sicherheitspolitik. Zudem sollte im Kultur- und Bildungsbereich ein intensiver Austausch stattfinden. Denn der Jugend komme „eine entscheidende Rolle bei der Festigung der deutsch-französischen Freundschaft zu“. Um diese Kontakte zu fördern, wurde im Juli 1963 das Deutsch-Französische Jugendwerk (DFJW) gegründet, das sich seitdem mit Schüleraustauschen für die gegenseitige Vermittlung der Sprache und Kultur einsetzt.

der und Jacques Chirac, der damalige französische Staatspräsident, den Vertrag und bekräftigten dessen Botschaft. Der Élysée-Vertrag habe „die Aussöhnung zwischen unseren beiden Völkern besiegelt und die Grundlagen für einen dauerhaften Frieden auf dem Kontinent geschaffen“. Zudem beschlossen sie die Schaffung zweier „Beauftragten für die deutsch-französische Zusammenarbeit“ und erklärten den 22. Januar zum „Deutsch-Französischen Tag“.

**Gemeinsame Sitzung** Der Deutsche Bundestag und die französische Nationalversammlung begehen die Feierlichkeiten mit einer gemeinsamen Sitzung der beiden Parlamente im Reichstagsgebäude. Der Festakt zum 40. Jahrestag wurde 2003 mit einer gemeinsamen Sitzung in Versailles zelebriert. Wie vor zehn Jahren wird es eine gemeinsame Erklärung der beiden Volksvertretungen geben. Abgeschlossen werden die Feierlichkeiten mit einem Konzert in der Berliner Philharmonie, zu dem Bundespräsident Joachim Gauck einlädt. Für Andreas Schockenhoff (CDU), den Vorsitzenden der deutsch-französischen Parlamentariergruppe, ist die gemeinsame Sitzung der beiden Parlamente einzigartig: „Ich kenne weltweit kein anderes Beispiel dafür.“ Die Sitzung sei weit mehr als ein förmlicher Akt. Sie zeige, „dass die deutsch-französische Zusammenarbeit eine ganz andere, ganz eigene Qualität hat“.



Der Élysée-Vertrag von 1963

➔ Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Am 22. Januar 2013 wird im Reichstagsgebäude viel Französisch gesprochen werden. Anlässlich des 50. Jahrestages der Unterzeichnung des Élysée-Vertrages treffen sich deutsche und französische Parlamentarier in Berlin zu einer gemeinsamen Plenarsitzung. Letztmals kam man in dieser Konstellation vor zehn Jahren zusammen, als Bundestag und Nationalversammlung gemeinsam in Versailles tagten.

Auch wenn diese Veranstaltungen sicherlich Höhepunkte für Assemblée nationale wie für den Deutschen Bundestag darstellen: Die parlamentarische Zusammenarbeit geht weit darüber hinaus – auch abseits von Jahrestagen. Das gilt für die Präsidien beider Parlamente, die jährlich einmal gemeinsam tagen. Das gilt aber ebenso für die Ausschüsse, die sich allein in der laufenden Legislaturperiode bislang 23 Mal getroffen haben. Dazu kommen noch die vielen persönlichen Kontakte, die Bundestagsabgeordnete mit ihren französischen Kollegen haben. Letzteres hat viel mit Andreas Schockenhoff zu tun.

**Parlamentariergruppe** Der Unionsabgeordnete ist Vorsitzender der deutsch-französischen Parlamentariergruppe. Einer Parlamentariergruppe, die „sehr viel intensiver zusammenarbeitet, als dies andere tun“, wie der 55-Jährige sagt. „Das kommt insbesondere durch das Hospitanten-Programm zum Ausdruck“, fügt er hinzu. Innerhalb dieses Programms besuchen Abgeordnete ihre französischen beziehungsweise deutschen Kollegen in den Wahlkreisen und begleiten sie in die Ausschüsse. „Dabei bilden sich persönliche Kontakte heraus, die der Arbeit zugutekommen“, sagt Schockenhoff. Der CDU-Politiker aus dem Allgäu ist seit 1994 Vorsitzender der Parlamentariergruppe. „Als Romanist und Französisch-Lehrer hatte ich schon vor meiner Tätigkeit als Bundestagsabgeordneter eine besondere Affinität zu Frankreich“, sagt er. „Insofern war es eine logische Konsequenz, dass ich mich in der deutsch-französischen Parlamentariergruppe engagiere.“

Zu den Höhepunkten seines 18-jährigen Vorsitzes zählt er die gemeinsame Evaluierung des Deutsch-Französischen Jugendwerkes (DFJW). Dadurch sei es gelungen, die Beteiligung deutlich zu steigern. „Das DFJW ist inzwischen wieder zu einer Erfolgsgeschichte geworden“, freut er sich. Die Anzahl der Teilnehmer an den deutsch-französischen Austauschprojekten sei seit 2005 kontinuierlich gestiegen. „In den letzten beiden Jahren lag sie deutlich über 200.000 jungen Deutschen und Franzosen.“ Aber auch die „intensiven Beratungen über die Zukunft der Energiepolitik“ sind Schockenhoff in guter Erinnerung geblieben. Hier habe sich gezeigt, „dass wir über Parteigrenzen hinweg jeweils einen unterschiedlichen Grundkonsens haben – einerseits für den Erhalt der Kernkraft, andererseits für die Energiewende“. Gerade weil es solche unterschiedlichen Kulturen gebe, sei der Austausch wichtig. Mehr als in Bereichen, in denen man von vornherein weitgehend einer Meinung ist, findet der Unionspolitiker.

Schockenhoff kennt natürlich auch die Unterschiede zwischen den beiden Parlamenten. „Die Assemblée nationale hat kein Initiativrecht“, sagt er. Und er weiß auch, dass der Bundestag nach dem Grundgesetz in europapolitischen Fragen eine sehr viel stärkere Stellung gegenüber der Bundesregierung hat, als dies für die Assemblée nationale nach der französischen Verfassung gegenüber Präsident und Regierung gilt. Besonders wichtig findet der Vorsitzende der deutsch-französischen Parlamentariergruppe, dass durch deren Zusammenarbeit „die meisten Bundestagsausschüsse vertreten sind“. So komme der Kontakt zu

# Unter Freunden

**ZUSAMMENARBEIT** Bundestag und Nationalversammlung pflegen enge Beziehungen



Der Plenarsaal im Reichstagsgebäude und der Plenarsaal der Assemblée nationale im Palais Bourbon

den Fachausschüssen in der französischen Nationalversammlung „auf direktem Weg zu Stande“.

**Fachausschüsse** Zu den Fachausschüssen, die den Kontakt nach Frankreich am stärksten pflegen, zählt der Europausschuss. Fünf seiner elf Treffen hat der von Gunther Krichbaum (CDU) geleitete Ausschuss in dem Format „Weimarer Dreieck“ stattfinden lassen. Neben Deutschen und Franzosen nehmen daran auch Abgeordnete des polnischen Senats und des Sejms teil. Bei den Diskussionen ging es unter anderem um die Stellung der nationalen Parlamente nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon. Daneben spielten aber auch die europäische Nachbarschaftspolitik oder die Wirtschafts- und Finanzkrise eine Rolle.

Der EU-Ausschuss steht mit seinem Frankreich-Interesse nicht allein. Erst Anfang Dezember hat sich der Verteidigungsausschuss unter Leitung von Susanne Kastner (SPD) in Paris mit den beiden französischen Partnerausschüssen, dem Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten, Verteidigung und Streitkräfte des Senats und dem Ausschuss für nationale Verteidigung und Streitkräfte der Nationalversammlung, getroffen. Themen waren die strategische Lage in Afghanistan und Syrien sowie die Perspektiven für eine vertiefte Zusammenarbeit in der Verteidigungspolitik mit dem Schwerpunkt der parlamentarischen Kontrolle. Für Anfang 2013 planen die Landwirtschaftsausschüsse beider Parlamente eine gemeinsame Sitzung zum Thema „Gemeinsame Agrarpolitik nach 2013“, wie der Vorsitzende des Bun-

destagsausschusses, Hans-Michael Goldmann (FDP), mitteilt. Im Februar 2011 hatte es in Paris schon eine Sitzung zum gleichen Thema gegeben.

**Breites Themenspektrum** Auch der Finanzausschuss unter Vorsitz von Volker Wissing (FDP) hat in den vergangenen drei Jahren – angesichts der aktuellen Euro-Krise wenig verwunderlich – den verstärkten Kontakt zu seinen Kollegen in Frankreich gesucht. Finanzmarktregulierung, Eindämmung missbräuchlicher Steuerergänzungen und Schuldenbremsen waren einige der Beratungsthemen bei den fünf Treffen. Mit der Euro-Stabilisierung und der Energiewende beschäftigte sich der Haushaltsausschuss in seinen zwei gemeinsamen Sitzungen. Der Familienausschuss hatte sich ebenfalls auf

den Weg nach Paris gemacht. Bei dem Treffen im Herbst 2012 ging es vor allem um Frauenrechte und Chancengleichheit. Per Videoübertragung traten die Mitglieder der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ Anfang 2011 mit ihren französischen Partnern in Kontakt. Zu Beginn wackelte das Bild noch etwas, aber am Ende der Videokonferenz stand eine gemeinsame Erklärung, in der übereinstimmende Positionen zum Thema Persönlichkeitsrechte und Datenschutz festgehalten wurden. In die Aufzählung gehört auch noch der von Siegfried Kauder (CDU) geleitete Rechtsausschuss, der zu seiner Konferenz zum geplanten EU-Kaufrecht die Abgeordnete Marietta Karamanli (Parti Socialiste/PS), ein Mitglied des Rechtsausschusses der Assemblée nationale, begrüßen konnte.

Dies alles verdeutlicht: Auch wenn in der öffentlichen Wahrnehmung häufig noch immer die Arbeit der Regierungen im Vordergrund steht, sind eben auch die Parlamente bedeutende Akteure des „deutsch-französischen Tandems“. Ganz besonders seit dem Treffen von Versailles im Jahr 2003. Die gemeinsame Plenarsitzung von Abgeordneten der Französischen Nationalversammlung und des Deutschen Bundestages anlässlich des 40. Jahrestages der Unterzeichnung des Élysée-Vertrages war eben nicht nur ein symbolträchtiges Ereignis. Die damals verabredete gemeinsame Erklärung über die interparlamentarische Kooperation ist heute Grundlage vieler deutsch-französischer Parlamentsveranstaltungen. Und sie hatte zu Folge, dass seit 2003 auch die Vorsitzenden der beiden Parlamentariergruppen an den alljährlichen deutsch-französischen Präsidien-Treffen teilnehmen. Neben Andreas Schockenhoff auf deutscher Seite war dies bis Mitte 2012 der französische Abgeordnete Yves Bur (Union pour un mouvement populaire/UMP), der die „Group d'Amitié France-Allemagne“ geleitet hat. Nach der Parlamentswahl im Sommer 2012 übernahm Pierre-Yves Le Borgn' (PS) das Amt.

**Parlamentspräsident** Einen Wechsel gab es auch auf dem Präsidentenstuhl der Nationalversammlung. Dem Abgeordneten der konservativen UMP, Bernard Accoyer, folgte der Sozialist Claude Bartolone (PS). Bei dessen Antrittsbesuch im Juli 2012 betonte Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU): „Wir befinden uns in der eindrucksvollen Situation, dass der Rest Europas fest damit rechnet, dass es eine deutsch-französische Verständigung gibt. Denn es ist allen bewusst, dass es ohne deutsch-französische Verständigung keine europäische Einigung geben würde.“ Dieses verleihe der Beziehung beider Länder eine kaum zu unterschätzende Bedeutung, betonte Lammert.

Noch mit Bernard Accoyer als französischem Parlamentspräsident traf man sich im Mai 2010 in Deutschland in „trilateralen Rahmen“ mit dem Präsidium des polnischen Sejms. Alle drei Jahre – so ist es geplant – will man in dieser Konstellation zusammenfinden. Auf eine Idee des ehemaligen französischen Premierministers François Fillon geht die im Oktober 2011 erfolgte Gründung einer deutsch-französischen Arbeitsgruppe zu EU-Fragen zurück. Hochrangig besetzt durch Abgeordnete von Koalition und Opposition, sollte die Gruppe das Ziel verfolgen, „aus den Erfahrungen der letzten Monate gemeinsame Schlussfolgerungen für mögliche Weiterentwicklungen des europäischen Vertragssystems zu ziehen“, wie Bundestagspräsident Lammert anlässlich der Konstituierung erläuterte. Bei der vorläufig letzten Sitzung der Gruppe Anfang 2012 sprachen sich die Parlamentarier beider Länder für eine schnelle Ratifizierung des Fiskalpakts aus.

Nun steht die gemeinsame Sitzung von Bundestag und Nationalversammlung zum 50. Jahrestag des Élysée-Vertrages an. Ob sie eine ähnliche Wirkung wie das Treffen vor zehn Jahren hat, wird sich zeigen. Die Erwartungen sind hoch. Bei dem Vorbereitungstreffen in Paris Ende November 2012 betonte Bundestagspräsident Lammert, die geplante gemeinsame Erklärung dürfe nicht nur „Charakter“ haben. Es gelte, die deutsch-französische Versöhnung als ein Vermächtnis darzustellen, aus dem die nachfolgenden Generationen Positives gestalten sollten, sagte Lammert. Aus Sicht des französischen Parlamentspräsidenten ist es wichtig, dass auch alle anderen Länder in Europa die Versammlung beider Parlamente im Januar als positiv empfinden. Es gehe darum, „der europäischen Seele mehr Kraft einzuhäuten“, indem „eine Botschaft der Hoffnung“ ausgesandt werde, betonte Claude Bartolone. **Goetz Hausding**

## Von Berlin nach Paris und umgekehrt

**MITARBEITERAUSTAUSCH** Ein Kooperationsprojekt der Verwaltungen des Bundestages und der Assemblée nationale

Die Latte liegt hoch. Das sagt Caroline Maß, die Juristin, die in der Bundestagsverwaltung arbeitet, nicht direkt. Aber man hört es heraus, wenn sie erzählt, was man können muss, um für den Mitarbeiteraustausch zwischen den Verwaltungen des Bundestages und der Assemblée nationale in Frankreich in Betracht zu kommen. Das Programm, das es seit 2003 gibt, dient dazu, die Arbeitsweisen der jeweils anderen Verwaltung kennenzulernen und die Zusammenarbeit der beiden Verwaltungen zu erleichtern. Ausgetauscht wird jeweils ein Mitarbeiter mit akademischer Ausbildung, also ein Angehöriger des sogenannten Höheren Dienstes. „Natürlich wird erwartet, dass man mitarbeiten kann“, sagt Maß. Das geht nur mit ausgezeichneten Sprachkenntnissen. Caroline Maß, die von Juni 2008 bis Mai 2009 in Paris war, ist als Schülerin ein halbes Jahr in Frankreich gewesen und hat einen französischen Hochschulabschluss. Auch ihr Gegenpart, Edouard Michel, heute Verbindungsbeamter der französischen National-

versammlung bei der Europäischen Union, konnte schon sehr gut Deutsch. Er stammt aus dem grenznahen Lothringen und hatte in der Schule Deutsch als erste Fremdsprache. In der Bundestagsverwaltung arbeitete er von Oktober 2007 bis Juni 2009.

**Du und Sie** Wie unterschiedlich die beiden Verwaltungen „ticken“, ist Maß ebenso wie Michel nach kurzer Zeit aufgefallen. „Ich bin sofort in meinem engeren Umfeld mit dem Vornamen und auch gleich mit ‚Du‘ angesprochen worden“, berichtet die Deutsche, „selbst meine direkten Vorgesetzten habe ich geduzt.“ Sie fand das erstaunlich, weil doch „in Frankreich allgemein sehr viel mehr gesiezt wird als in Deutschland“. Der Franzose empfand umgekehrt die Umgangsformen in der Bundestagsverwaltung als recht förmlich. Für ihn war es ungewohnt, dass hier nicht nur die Vorgesetzten mit Sie angesprochen werden, sondern dass sich teilweise auch die Mitarbeiter siezen. Im Allgemeinen gingen die Deutschen doch sehr viel unkomplizierter und „moderner“ miteinander um als die Franzosen, stellt Michel immer noch mit Verwunderung fest. Schaut man näher hin, erkennt man mögliche Ursachen für solche Unterschiede. Die Verwaltung der Assemblée ist eher klein. Sie hat gemäß eigenem Statut höchstens 1.349



Arbeiten in der anderen Verwaltung: Ungewohnt sind nicht nur die Wege

Mitarbeiter, davon gehören zurzeit 174 zum Höheren Dienst. Viele von ihnen kennen sich seit dem Studium. Denn die Mehrzahl von ihnen hat einen Uni-Abschluss des renommierten Institut d'Etudes Politiques in Paris. Am Ende führt der Weg in die Verwaltung über den sogenannten Concours, eine schwierige Aufnahmeprüfung. In der Verwaltung herrscht daher ein gewisser Korps-

geist. Das schafft eine Nähe, die sich auch in den Umgangsformen ausdrückt. Im Vergleich zur Verwaltung der Assemblée nationale hat der Bundestag einen sehr großen Verwaltungsapparat mit insgesamt 2.900 Mitarbeitern, davon allein rund 500 im Höheren Dienst. Letztere haben auch ganz unterschiedliche Uni-Abschlüsse. Neben vielen Juristen gibt es auch Politologen,

Natur- und Wirtschaftswissenschaftler oder Historiker.

**Andere Arbeitsweise** Die Unterschiede zwischen den Verwaltungen beschränken sich nicht auf die Umgangsformen. Caroline Maß musste sich auch in die Arbeitsweise der französischen Parlamentsverwaltung erst einfinden. „Es gibt natürlich Zuständigkeiten, die zu beachten sind, aber insgesamt geht es informeller zu als bei uns“, sagt Maß. Wenn man ein fachliches Anliegen habe, dann könne man auch beim Unterabteilungsleiter mal ins Zimmer „reinschleichen“. „In der Bundestagsverwaltung würde ich das nicht machen“, ist sich Maß sicher. Zum Selbstverständnis der Parlamentsbeamten gehört auch, immer verfügbar zu sein. Es ist nicht ungewöhnlich, auch nachts oder am Wochenende im Büro zu sein. „Es gibt keine vorgegebene Wochenarbeitszeit, nicht einmal einen geregelten Urlaub“, berichtet Maß. Dafür ist man in der Assemblée bei der Gestaltung der Arbeitszeit flexibler als im Bundestag. Wenn wenig Arbeit anfalle, könne an einem Freitag auch mal fast das gesamte Referat spontan freimachen. Auch in die Arbeitsabläufe der jeweils anderen Verwaltung mussten Maß und Michel sich erst einfinden. „Die Franzosen sind so ein bisschen ‚Last-Minute-Menschen‘“, sagt

Maß. Gewöhnlich dauere es recht lange, bis ein Vorhaben besprochen sei. Wenn der Termin nahe, müsse dann alles ganz schnell gehen. Dann werde auch mal ein Wochenende durchgearbeitet, um das Projekt zu realisieren. „Am Ende hat aber immer alles geklappt“, erinnert sich Maß. Michel sieht diese Arbeitsweise in einem etwas anderen Licht. In der Bundestagsverwaltung gebe es für alles „Gebrauchsanweisungen“, und es gehe ziemlich formell zu. Das sei zunächst befremdlich für ihn gewesen. „Dafür sind die Abläufe viel zuverlässiger“, meint Michel mit Blick auf die eigene Verwaltung. Bei der Vorbereitung einer Veranstaltung im Bundestag habe sein Referat schon Wochen im voraus jedes Detail geplant. „Das war für mich erst einmal ziemlich überraschend, aber nach meiner Rückkehr nach Paris habe ich das vermisst“, sagt Michel. Und was hat Caroline Maß aus Frankreich mitgenommen? Sie schwärmt von der Offenheit der Franzosen. Als ein deutsch-französisches Parlamentariertreffen in Annecy in den französischen Alpen stattfand, durfte sie die Veranstaltung mit vorbereiten und begleiten. „Sie haben mich eigentlich gar nicht gebraucht“, sagt Maß. Aber die französischen Kollegen wollten ihr als Deutscher einfach die Chance geben, dabei zu sein. **Thomas von Winter**





# Ob sie wollen oder nicht

**EUROPA** Paris und Berlin ziehen in der Euro-Krise nicht immer an einem Strang. Das ist aber kein Grund zur Beunruhigung: Bisher stand am Anfang jeder deutsch-französischen Initiative für ein geeintes Europa ein Gegensatz



Bundeskanzlerin Angela Merkel und Präsident François Hollande bei der Gedenkfeier zum 50. Jahrestag der deutsch-französischen Versöhnung in Reims

Unsere gemeinsame Zukunft“, so hieß es vor zehn Jahren am 40. Jahrestag des Élysée-Vertrages in der deutsch-französischen Erklärung: „ist von der einer vertieften und erweiterten Europäischen Union nicht zu trennen.“ Heute stellt sich das etwas anders dar. Die Vertiefung der Union konzentriert sich auf die Mitglieder der gemeinsamen Währung; und die Erweiterung ist so sehr in den Hintergrund getreten, dass die Verkleinerung auf eine Euro-Union als bedeutsamer und zukunftsträchtiger gilt.

**Stabilität und Wachstum** Noch sind sich der Sozialist François Hollande und die Christdemokratin Angela Merkel nicht einig, wie die EU aus dieser Krise gestärkt hervorgehen soll. Gewiss, alle Euro-Mitglieder müssen unter dem Druck der Märkte ihre öffentlichen Haushalte entschulden: Diese deutsche Einsicht hat sich sechs Monate nach seinem Wahlsieg auch bei Präsident Hollande durchgesetzt. Sicherlich, nur mit Sparen und Schuldenabbau allein wird Europas Wirtschaft nicht wieder auf die Beine kommen und wachsen. Diese französische Warnung trifft inzwischen auch bei Bundeskanzlerin Angela Merkel auf offene Ohren. Beide Seiten würden sich also vorzüglich ergänzen: Stabilität und Wachstum, Disziplin und Ver-

antwortung, das Ökonomische und das Soziale sind gleichermaßen nötig, wollen Paris und Berlin gemeinsam sich und ihre europäischen Partner aus der Krise führen. Allein, ein gemeinsames Projekt oder auch nur ein Rezept für ein stärkeres Europa ergibt diese doppelte Erkenntnis noch nicht, wie das Ergebnis des Dezember-Gipfels der EU zeigt. Das sollte aber niemanden gleich verzweifeln lassen. Denn seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges stand am Anfang einer deutsch-französischen Initiative für ein geeintes Europa meist nicht die Einigkeit, sondern der Gegensatz. Vive la différence, diese französische Devise begleitete Franzosen und Deutsche auf ihrem Weg nach Europa. „Bunt zusammengewürfelt“, so die angemessene deutsche Übertragung, waren die Partner dabei oft: Phasen des Vortriebs wechselten sich dabei mit solchen des Verzögerns ab, wie die französische Politikwissenschaftlerin Hélène Miard-Delacroix in ihrer gründlichen „Deutsch-französischen Geschichte“ unlängst feststellte.

**Europaskepsis** Zur Illustration nur zwei Beispiele. Bis heute eint die deutschen Eliten ein klares Ja zur europäischen Integration. In Frankreich war das nie der Fall. Seit der Nachkriegszeit und bis weit in die 1980er Jahre hinein entfielen ein Drittel, später fast ein Viertel aller Stimmen auf die Kommunistische Partei, und diese ver-

dammte die europäische Integration ebenso wie die Fünfte Republik Frankreichs. Bis heute versammeln die extreme Rechte und die extreme Linke im Nachbarland gut ein Fünftel der Wähler hinter sich und ihrer Ablehnung der EU.

Spätestens seit dem französischen Non zum Verfassungsvertrag 2005 drangen Euroskeptiker und Antieuropäer bis in die regierende Rechte und jetzt in die regierende Linke vor, wenngleich nur als kleine, lautstarke Minderheit. Kein Vergleich mit deutschen Regierungen in ihrer proeuropä-



Französische Karikatur von 1911

schen Geschlossenheit. Das prägt die öffentliche Meinung in beiden Ländern auf höchst unterschiedliche Weise. Zweites Beispiel: Bis in jüngste Zeit galt die Kombination aus deutscher Wirtschaftskraft und französischer Führungsmacht als Motor der europäischen Einigung. Helmut Kohls Wort von der Trikolore, vor der man als Kanzler sich dreimal verneigen sollte, klingt noch im Ohr. Heute verneigen sich manche Franzosen diskret vor einer schwarz-rot-goldenen Trikolore, weil diese für einen wirtschaftlichen Erfolg und einen noch stabilen sozialen Ausgleich steht, den man sich fürs eigene Land wünscht; andere hingegen warnen vor deutscher Dominanz und Arroganz.

Vielleicht sollten deutsche Beobachter hier genau sein: Wo von „Frankreich“ die Rede ist, sind seine politischen, medialen und intellektuellen Eliten gemeint. Das Volk sieht sein Land oft kritischer, darum mitunter realistischer, gelegentlich aber auch katastrophaler, als es die da oben in Paris tun.

Die französischen Schwächen werden derzeit zu einem Hindernis auch für die europäische Integration. Die Staatsquote ist mit 57 Prozent die höchste in Europa: Das Karriereideal des jungen Franzosen ist nicht das freie Unternehmer- oder Erfindertum, sondern weiterhin die ENA, die Elitehochschule für Staat, Verwaltung und Wirtschaft. Die traditionelle Haushaltspo-

litik zur Wachstumsstimulierung durch (Sozial-) Staatsinvestitionen stößt wegen der Verschuldung an Grenzen – gewiss ein europäisches Phänomen, aber in Frankreich eben ausgeprägter als anderswo. Die Industrie verliert an Bedeutung, über 700.000 Arbeitsplätze gingen im vergangenen Jahrzehnt verloren. Die Handelsbilanz nutschte in die roten Zahlen, die Arbeitslosigkeit besonders unter Jugendlichen hingegen stieg. Frankreichs Stärken geraten darüber aus dem Blick: Lange schnitt das Land im Direktvergleich mit Deutschland besser ab; unter den 500 größten Unternehmen der Welt finden sich so viele französische wie deutsche. Und im Vergleich mit allen übrigen europäischen Partnern steht Frankreich gut da, der fixe Blick nur auf das deutsche Maß verzerrt die Proportionen.

**Stärken und Schwächen** Hollande hatte den Schuldenabbau schon im Wahlkampf zum obersten Ziel erklärt. Den europäischen Fiskalpakt hätte der Präsident gerne neu verhandelt, noch im Herbst versuchten etliche seiner Parteigänger den Pakt zu Fall zu bringen. Ein europäischer Wachstumspakt ist Hollandes Beitrag zur europäischen Reformdebatte: Doch noch ist nichts davon reif für eine Umsetzung in der gesamten EU. Selbst die mit Berlin vereinbarte Finanztransaktionssteuer harrt ihrer Europäisierung; die im Dezember be-

schlossene Bankenaufsicht, ein deutsch-französischer Kompromiss par excellence, stimmt da schon zuversichtlicher. Deutschlands derzeitige Stärke ist Frankreichs Problem; Frankreichs derzeitige Schwäche ist Deutschlands Problem. So sieht die Lage aus. Auch das ist nicht neu, Anfang der achtziger Jahre gab es ähnlich asymmetrische Bilder, erst recht dann nach der deutschen Einheit in den 1990er Jahren.

In einer Union der 27 Partner ist die traditionelle deutsch-französische Initiative nur noch notwendige und nicht mehr hinreichende Bedingung einer besseren europäischen Politik. Derzeit jedoch fällt schon das Notwendige schwer und erarbeitet sich das Hinreichende noch schwieriger. Das ist so: Warum gleich verzweifeln? Was werden Paris und Berlin ihren Bürgern und ihren Partnern zum 50. Geburtstag des Élysée-Vertrages präsentieren, und wie gedenken sie ihre gemeinsame Erfolgsgeschichte aus dem späten 20. Jahrhundert im längst angebrochenen 21. Jahrhundert fortzuschreiben? Die Story muss europäisch klingen, sonst wird ihr niemand großes Interesse schenken. Und sie muss die Welt nehmen, wie sie ist: als tägliche Herausforderung und nicht als Quell der Angst.

Joachim Fritz-Vannahme

Der Autor ist Direktor des Programms „Europas Zukunft“ der Bertelsmann Stiftung.

## Wunsch und Wirklichkeit

**AUSSENPOLITIK** Deutschland und Frankreich arbeiten zusammen, setzen aber traditionell unterschiedliche Schwerpunkte

Nicht verkörpert die wachsende außenpolitische Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich besser als die zunehmende Zahl diplomatischer „Wohngemeinschaften“. Nicht bloß aus Ersparnisgründen sind an einigen Orten rund um die Welt die Vertretungen der beiden EU-Staaten unter einem Dach untergebracht. In Liberia und Malawi sind die französischen Diplomaten Untermieter in der deutschen Botschaft, in Banja Luka (Bosnien und Herzegowina) haben Paris und Berlin bei den Behörden der Republik Srpska eine gemeinsame Vertretung eröffnet. Wer darin bereits Vorboten deutsch-französischer Auslandsvertretungen weltweit sieht, greift freilich der Geschichte vor. Reibungslos funktioniert die Zusammenarbeit im Bereich der Kulturinstitute. So haben in Ramallah das Goethe-Institut und das Centre Culturel Français 2004 ein deutsch-französisches Kulturzentrum gegründet. Ähnliche Initiativen gibt es in Palermo und Luxemburg. In Pakistan, Uganda und Bolivien arbeitet die Alliance Française mit dem Goethe-Zentrum unter einem Dach.

**Atomkraft** So einvernehmlich war die internationale Zusammenarbeit freilich nicht immer – und sie ist es auch heute bei weitem nicht in allen außenpolitischen Belangen. Die Ausgangslage nach dem Zweiten Weltkrieg war zu unterschiedlich. Musste das besetzte und geteilte Deutschland zuerst

seine Souveränität und seinen Platz als demokratische Nation in der europäischen Völkergemeinschaft finden, trumpfte Frankreich international als Siegesnation, wenig später als Atommacht und ständiges UN-Sicherheitsratsmitglied auf. Konstant war Paris dabei darauf bedacht, Distanz zu den USA zu wahren.

**Bündnistreue** Dieses von Präsident Charles de Gaulle verkörperte Autonomiestreben in der Zeit des Kalten Kriegs verhinderte eine gemeinsame Außenpolitik mit der Bundesrepublik, für die der amerikanische Schutzschirm nie diskutabel war. Frankreich unterstrich seine Sonderrolle 1966 mit dem Austritt aus der integrierten militärischen Führungsstruktur der Nato. Bis heute gilt dagegen für die deutsche Diplomatie, was Bundeskanzlerin Angela Merkel 2009 vor dem Bundestag als Prinzip formuliert hat: „Deutsche Sonderwege sind grundsätzlich keine Alternative deutscher Außenpolitik.“ Diese unterschiedliche Startposition der frühen Jahre der deutsch-französischen Freundschaft wirkt sich, weniger in den Grundsätzen als im Auftreten, bis heute aus. Historisch bedingt ist auch die Tatsache, dass man aus Berlin nicht nur aus Treue zum at-

lantischen Bündnis vor allem Richtung Großbritannien und USA schaut, sondern auch zu bedeutenden Handelspartnern wie Russland oder Polen. Frankreich verteidigt dagegen immer noch seinen Einfluss als ehemalige Kolonialmacht in den Maghrebstaaten und im frankophonen Afrika und betont darüber hinaus eine Führungsrolle im Mittelmeerraum.

Zwar sind die Zeiten der neokolonialistisch wirkenden, unter dem Begriff „Françafrique“ bekannten Hinterhofpolitik auf dem Schwarzen Kontinent vorbei. Früher griff Frankreich direkt mit Truppen im Tschad oder in der Elfenbeinküste ein oder setzte sich mit einer Parteinahme in Ruanda sogar dem Vorwurf der Beihilfe zum Völkermord aus. In den letzten Jahren beschränkt man sich auf die Unterstützung von UN-Missionen oder wünscht – wie derzeit im Fall Mali – Aktionen der afrikanischen Partner. Dennoch verteidigt Frankreich im Namen universeller Werte sowie der geschichtlichen Bande seine wirtschaftliche, kulturelle und militärische Präsenz auf diesem Kontinent.

Wie das zu Spannungen führen kann, belegte 2008 Staatspräsident Nicolas Sarkozy ursprüngliche Absicht, ohne Deutschland

eine Mittelmeerunion zu gründen. Ein Beispiel für Gemeinsamkeit hingegen war die Ablehnung des Irak-Kriegs durch Präsident Jacques Chirac und Bundeskanzler Gerhard Schröder.

**Mit mehreren Stimmen** Der Riss, der in der Frage der Beteiligung an diesem Krieg quer durch Europa ging, führte zu der Einsicht, dass die EU in außenpolitischen Fragen mit einer Stimme sprechen müsse. So wurde die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP) mit dem Vertrag von Lissabon 2009 gestärkt, das Amt der Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik wurde aufgewertet, ein Europäischer Auswärtiger Dienst aufgebaut. Dass Anspruch und Wirklichkeit trotzdem auseinanderfallen und die Mitgliedstaaten nach wie vor ihre eigenen außenpolitischen Agenden verfolgen, zeigt das Beispiel Libyen: Die von Frankreich mit initiierte und getragene militärische Intervention 2011 in Libyen, die zu Gaddafis Sturz führte, wollte Deutschland in dieser Form nicht mittragen.

Rudolf Balmer

Der Autor ist freier Korrespondent in Paris.

Anzeige

### Ist der souveräne Staat am Ende?



**Der entmachtete Leviathan**  
Löst sich der souveräne Staat auf?  
ZfP-Sonderband 5  
Herausgegeben von Maurizio Bach  
2013, 342 S., brosch., 44,- €, Vorzugspreis für Abonnenten der Zeitschrift 35,- €  
ISBN 978-3-8329-7985-0

Ist der Staat unter den Rahmenbedingungen unserer Gegenwartsgesellschaft an das Ende seiner Geschichte gelangt? Wurde der über Jahrhunderte omnipotente Leviathan entmachteter? Löst sich der Staat auf? Die Autoren dieses Bandes – Politologen, Soziologen, Rechtswissenschaftler und Ökonomen – geben fundierte Antworten auf die Frage nach der Zukunft des Nationalstaates und der Demokratie in Europa und der Weltgesellschaft.

Weitere Informationen:  
[www.nomos-shop.de/19976](http://www.nomos-shop.de/19976)



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Die Worte Wirtschaft oder wirtschaftlich kommen im Élysée-Vertrag nur beiläufig vor und zwar als letzte Nebensache unter dem Titel „Auswärtige Angelegenheiten“. Da heißt es unter Punkt vier: „Die beiden Regierungen prüfen gemeinsam die Mittel und Wege dazu, ihre Zusammenarbeit im Rahmen des Gemeinsamen Marktes in anderen wichtigen Bereichen der Wirtschaftspolitik, zum Beispiel der Land- und Forstwirtschaftspolitik, der Energiepolitik, der Verkehrs- und Transportfragen, der industriellen Entwicklung ebenso wie der Ausfuhrkreditpolitik, zu verstärken.“ Das war nicht mehr als ein Auftrag für die Zukunft, sozusagen ausgelagert in die Verträge zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Montanunion.

**Primat der Politik** Viel wichtiger war den Vätern des Vertragswerks der permanente und institutionalisierte politische Dialog. Das lag zum einen daran, dass Wirtschaft und Finanzen vor 50 Jahren nicht so viel Raum im Denken einnahmen wie heute. Es liegt zum anderen aber auch an der unterschiedlichen Sicht auf Geld, Industrie, Export und Wirtschaft. In Frankreich gilt hier der Primat der Politik. Ihm sind die wirtschaftlichen und finanziellen Bereiche untergeordnet, in einem fast instrumentellen Sinn. Der politische Wille gehört zum Erbe der Großen Revolution, sei es als „volonté générale“, also als Gemeininteresse, oder als tägliches Plebiszit oder schlicht als Wille der jeweiligen Macht. Das erzeugt ein Staatsdenken, das einerseits vom Staat alles erwartet und dennoch ein tiefes Misstrauen in „die da oben“ hegt. Kompromiss- und Konsensdenken kommen im Zweifelsfall nach der politischen Konfrontation.

In Deutschland ist die politische Kultur anders. Hier gibt es eine Diskussion darüber, ob die Politik einen Primat überhaupt beanspruchen darf und ob nicht eher der Markt und die soziale Marktwirtschaft, in der Politik allenfalls einen Rahmen setzt, mehr oder weniger autonom wirken sollen. Dieser tief in den Mentalitäten der beiden Völker verankerte, strukturelle Unterschied zieht sich wie ein roter Faden durch die Debatten, Projekte und Konferenzen. Dafür stehen einige wenige Zahlen: Frankreichs Staatsquote beträgt 56 Prozent, in Deutschland sind es 45 Prozent. Auf 1.000 Einwohner kommen 90 Angestellte des öffentlichen Dienstes (jeder fünfte Arbeitnehmer), in Deutschland sind es 50. Um Arbeitslosigkeit abzubauen, vor allem bei der Jugend, werden 60.000 Stellen im öffentlichen Dienst geschaffen, in Deutschland wird ein Lehrstellenangebot unterbreitet. Der Glaube an die Allmacht des Staates treibt seltsame Blüten. Wenn Minister in Paris von Deutschland verlangen, nicht so viel zu exportieren oder den Binnenkonsum zu steigern, dann schauen ihre Amtskollegen in Berlin verständnislos und verweisen auf den Markt, der das regelt.

**Weg umstritten** Es gibt wohl heute keinen ernst zu nehmenden Politiker in Deutschland, der nicht die Einheit Europas wollte. Strittig ist nur das Procedere, der Weg zu diesem Ziel. Jean Monnet und Robert Schuman sahen ihn in der engen wirtschaftlichen Verflechtung, Konrad Adenauer und Charles de Gaulle hatten eine Kooperation im Sinn. Die gemeinsame Zukunft war für sie eine Frage des gemeinsamen Schicksals. In den 1970er Jahren war das schon eine Selbstverständlichkeit, die wirtschaftlichen und finanzpolitischen Fragen schoben sich in den Vordergrund. Helmut Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing erfinden den Europäischen Wechselkursverbund, für François Mitterrand, Jacques Chirac, Helmut Kohl und Gerhard Schröder wurde der Euro „die bedeutendste Entscheidung seit der Wieder-



Ob klein wie Feuerzeuge oder groß wie Autos: Die Bedeutung der französischen Industrie ist stark gesunken.

# Ungleiches Doppel

**WIRTSCHAFT** In Frankreich und Deutschland unterscheidet sich die Sicht auf Industrie und Finanzen grundlegend

vereinigung“. Man hat sich angenähert, aber der absolute Primat der Politik vor der Wirtschaft, den die Franzosen leben und einfördern, gilt in Paris noch immer. Der Glaube an Staat und Planbarkeit der Wirtschaft hat auch Vorteile. Mit staatlicher Hilfe lassen sich leichter Großkonzernne schmieden. Aus Frankreich stammen 35 der 500 größten Unternehmen der Welt (aus Deutschland 34). Frankreich hat in der Luft- und Raumfahrt mehr zu bieten als Deutschland, und das Netz der Hochgeschwindigkeitszüge ist elementarer Bestandteil der guten Infrastruktur, die zusammen mit den allerdings privaten Autobahnen die Attraktivität des Standortes Frankreich erhöhen. Auch die großen Eliteschulen kann man durchaus zu den Stärken Frankreichs zählen. Aus ihnen rekrutieren nicht nur die

Ministerien sondern auch viele Unternehmen ihren Managernachwuchs. Die Managementschulen selbst gehören zu den besten Europas.

**Hohe Lohnstückkosten** Aber diese Stärken werden von den Schwächen in Krisenzeiten zunehmend neutralisiert. Viele Großunternehmen gehören dann doch den Gesetzen des Marktes, wenn sie ins Ausland gehen, um dort preiswerter zu produzieren. Denn die Lohnstückkosten in Frankreich sind erdrückend. Sie sind seit der Einführung des Euro um rund 27 Prozent gestiegen (in Deutschland um sechs Prozent) und die Löhne tragen daran einen großen Anteil. Diese sind im selben Zeitraum um knapp 42 Prozent gestiegen (Deutschland 19 Prozent) und liegen damit weit über dem

Durchschnitt in der Eurozone (28 Prozent). Zugleich sank die Besteuerung von Unternehmensgewinnen im EU-Durchschnitt um elf Prozentpunkte, in Frankreich dagegen nur um fünf Punkte. Weniger Gewinne bedeuten weniger Investitionen, vor allem für die kleinen und mittleren Betriebe, die nicht ins Ausland gehen und dort billiger produzieren können. Die Verteuerung der Produktion und damit der Ware schadet der Wettbewerbsfähigkeit und schlägt sich im Export nieder. Die Überschüsse in der Handelsbilanz sind Geschichte. Im vergangenen Jahr betrug das Defizit 71 Milliarden Euro, allein im deutsch-französischen Handel lag es bei 35 Milliarden. Frankreich und Deutschland sind einander der größte Handelspartner, 2011 exportierte Deutschland Waren im

Wert von 101 Milliarden ins Nachbarland, Frankreich lieferte umgekehrt Waren im Wert von 66 Milliarden Euro. Der Vorwurf, Deutschland profitiere ungebührlich vom Euro durch seinen Export, ist ein Bumerang. Gute Ware zu guten Preisen findet eher Absatz – egal wo – als weniger gute Ware zu gleichen oder gar höheren Preisen. Das sind einfache Marktgesetze, die man mit Subventionen zwar aushebeln kann, aber steigende Staatsschulden machen die strukturellen Schwächen bei der Wettbewerbsfähigkeit nicht wett. Und einer Abwertung der Währung, womit man fast ein halbes Jahrhundert die Exporte subventionierte, ist mit der Einführung des Euro ein Riegel vorgeschoben worden. 1953 etwa war ein Franc noch 1,19 D-Mark wert, bei der Einführung des Euro war der Wert auf 0,30 DM gesunken.

**Lohnnebenkosten senken** Es gibt eigentlich keine andere nachhaltige Lösung, als die Lohnnebenkosten zu senken. Aber auch hier steht die Politik der wirtschaftlichen Vernunft im Weg. Denn eine Senkung und selbst nur Stagnation der Löhne würde die Gewerkschaften auf die Straße treiben. In Frankreich sind die Gewerkschaften ideologisch ausgerichtet, am stärksten ist die kommunistische Gewerkschaft CGT. Ihr neuer Chef Thierry Lepaon gilt zwar als realistischere Funktionär, der die ökonomischen Zusammenhänge von Wettbewerb und Kostendruck in den Betrieben nicht rundweg verneint. Aber seine Prioritäten liegen anders. Als bekennender Kommunist und Marxist kämpft er für die Arbeiterklasse, und gegen die CGT sind grundlegende Reformen in Frankreich kaum durchzusetzen. Industrieminister Arnaud Montebourg erhielt denn auch von dieser Seite offenen Applaus, als er dem Stahlunternehmen Arcelor Mittal im vergangenen November mit Verstaatlichung drohte.

Solch eine Politik führt zu einer De-Industrialisierung, die Arbeitsplätze kostet. In den letzten 30 Jahren sind mehr als zwei Millionen Arbeitsplätze in der Industrie verloren gegangen. Die Euro-Krise hat zudem die Motorfunktion der Achse Bonn-Paris in ihrer Singularität abgeschwächt, es haben sich andere politische Cluster und Pole gebildet. Da sind die starken Euro-Länder wie Deutschland, Niederlande, Finnland, Österreich und die Krisenländer im Süden, zu denen mittlerweile auch Frankreich zumindest tendiert. Dennoch bleiben die Erwartungen an den Staat immens und führen zu einem ausufernden Staatsapparat und einem Sozialsystem, das in solchen Zeiten nicht mehr zu finanzieren ist. 8,6 Millionen Franzosen gelten als arm, die Sozialhilfe wird weiter aufgestockt. Die Regierung folgt einem Gesellschaftsmodell, das global nicht mehr wettbewerbsfähig ist. In Krisenzeiten werden solche Unterschiede und Grundsätze sichtbar.

**Konstante Freundschaft** Der Élysée-Vertrag hat in diesem Bereich zu wenig vorgezeichnet, die Systeme sind substantiell verschieden geblieben. Dennoch ist die Freundschaft zwischen Frankreich und Deutschland eine Konstante geworden, unabhängig von der politischen Couleur der Machthaber an Spree und Seine. Auch für das Duo Merkel-Hollande bleibt, wie schon Bismarck es formulierte, die Geographie die einzige Konstante der Außenpolitik. Allerdings bringt die Globalisierung eine Rivalität zwischen den großen Handelsräumen mit sich, die Fakten schafft. Da ist Geschlossenheit im Euro-Raum, mithin das karolingische Kernbündnis Voraussetzung für dauerhaften Erfolg. Annäherung im Wirtschaftsdenken ist daher europäische Politikerpflicht. Denn da bleibt noch viel zu tun.

Jürgen Liminski  
Der Autor ist Redakteur beim Deutschlandfunk.

## Misstrauen über den Wolken

**LUFTFAHRT** Die Beziehung zwischen Paris und Berlin beim gemeinsamen Luft- und Raumfahrtunternehmen EADS ist nicht im Himmel geschlossen worden. Sie beruhte von Anfang an auf einer sorgfältig austarierten und argwöhnisch beäugten Machtbalance. Dieses Grundmuster liegt auch der neuen Eigentümer- und Aufsichtsstruktur der EADS zugrunde, die als Reaktion auf das Bestreben im Herbst 2012, die beiden führenden Luftfahrt- und Verteidigungs-Systemhäuser in Europa – EADS und BAE Systems – zusammenzuführen, Ende 2012 beschlossen worden ist. Ge-scheitert ist die Fusion am deutschen Veto, da man in Berlin das Gleichgewicht mit Frankreich – und damit letztlich deutsche Arbeitsplätze – in Frage gestellt sah. Künftig halten Paris und Berlin jeweils zwölf Prozent und Madrid vier Prozent an EADS. Damit liegt der Staatsanteil unterhalb von 30 Prozent. Die Parität zwischen Paris und Berlin bleibt gewahrt. Wichtig war bei den Seiten die Sicherung nationaler Interessen im Bereich der Wehrtechnik: So haben Deutsche keinen Einblick in EADS-Aktivitäten für die nukleare Abschreckung Frankreichs; Franzosen ist im Gegenzug Zugang zum Vorhaben Kampfflugzeug Eurofighter verwehrt. Den Eurofighter produziert EADS (deutsch/spanisch) gemeinsam mit Briten und Italienern. Frankreich bietet das Flugzeug Rafale an. Künftig werden spezielle jeweilige Sicherheitsinteressen durch so genannte „nationale Verteidigungsunternehmen“ geschützt. Die Regierungen nominieren zu diesem Zweck drei externe Direktoren im jeweiligen Aufsichtsgremium der nationalen Unternehmensbereiche innerhalb der EADS.



Thomas Enders

Die Causa EADS steht für ein latentes Misstrauen zwischen Paris und Berlin mit Blick auf die wirtschaftspolitische Grundausrichtung. Für Frankreich ist die Luft- und Raumfahrtbranche eine strategische Industrie von nationalem Interesse („industrie de souveraineté“), wobei Frankreich den Begriff der nationalen Industrie sehr weit fasst. In Berlin hat man mit industriepolitischer Kooperation über den Rhein hinweg schlechte Erfahrungen gemacht: Bei der Pharmazie und der Kernenergie, so ist zu hören, sei man von den Franzosen „über den Tisch gezogen worden“. Dieses grundsätzliche Misstrauen macht es dem Chef der EADS, dem Deutschen Thomas Enders, schwer, das Unternehmen nicht nur europäisch sondern auch international aufzustellen. Die Unternehmensphilosophie von Enders war von Anfang an, EADS – mit den beiden wesentlichen Aktivitäten Airbus und Eurocopter – europäisch zu denken und zu führen: Man spricht Englisch und die Konzernzentrale wurde nach Toulouse in der französischen Provinz verlegt. Letzteres konnte man in Paris nicht verstehen; in München sorgte man sich um die Verlagerung von Kompetenzen nach Toulouse. Nationales Kirchturndenken erregte die politische Klasse in Paris und Berlin zu einem Zeitpunkt, an dem Enders mit der Fusion EADS/BAE Systems ein europä- und industriepolitisches Signal nicht nur über den Atlantik hinweg, sondern nach Asien senden wollte. Die Karten für EADS werden neu gemischt; und bekanntlich können Vernunftfehen lange halten. Heinz Schulte

Der Autor ist Chefredakteur der „Griphan-Briefe“ (Informationen zum Geschäftsfeld äußere & innere Sicherheit).

Anzeige

**DAS WILL ICH ONLINE LESEN!**

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.  
Mehr Themen.  
Mehr Hintergrund.  
Mehr Köpfe.  
Mehr Parlament.

www.das-parlament.de  
parlament@fs-medien.de  
Telefon 069-75014253

Direkt zum E-Paper

## Der nukleare Rheingraben

**ATOMKRAFT** Frankreich kann auf die Kernenergie noch lange nicht verzichten. Gewerkschaften gegen AKW-Schließung

Im September 2011, ein halbes Jahr nach Fukushima, kommt es auf dem Gelände der südfranzösischen Atomanlage Marcoule zu einer Explosion. Ein Arbeiter verbrennt, vier Menschen werden verletzt. Alle deutschen Medien berichten darüber. Die französischen auch, aber nicht sehr groß. Es sei keine Radioaktivität ausgetreten, erklärt die französische Atomaufsichtsbehörde ASN. Der Mitbetreiber von Marcoule, der Stromriese Électricité de France (EDF), spricht von einem „industriellen Zwischenfall“ und nicht von einem Atomunfall. Das war's.

**Zustimmung wächst** Wenig unterscheidet die Franzosen so sehr von den Deutschen wie ihre Haltung zur Atomenergie. Nicht, dass sie alle begeisterte Befürworter der Kernkraft wären. Schon vor Fukushima äußerte sich in Umfragen nur knapp die Hälfte der französischen Bevölkerung positiv zur Atomenergie, der Rest war skeptisch oder unentschieden. Kurz nach Fukushima, im Juli 2011, stellte das IFOP-Institut mit 32 Prozent Kernkraft-Befür-

wortern einen Tiefstand fest. Im März 2012 waren dann aber schon wieder 37 Prozent für Kernenergie, 13 Prozent dagegen und 36 Prozent unentschieden. Auch Franzosen, die Bedenken gegen Atomenergie haben, wollen sie deswegen nicht um jeden Preis loswerden. Schließlich werden gut drei Viertel des Stroms im Land mit Kernspaltung erzeugt, er ist dadurch relativ preiswert, und bisher ist nichts Gravierendes passiert. Zudem ist die Atomwirtschaft auch eine Sache des Prestiges, entstanden im Zusammenhang mit dem Aufbau der Atomstreitmacht. Und schließlich ist die Atomindustrie, auch wenn sie nur ein Prozent zum Bruttoinlandsprodukt beiträgt, ein Exportschlager, den man angesichts eines Außenhandelsdefizits von 70 Milliarden Euro (2011) nicht aus der Hand geben will. Proteste gegen Atomanlagen gab es auch westlich des Rheins immer wieder, die größte Aktion 1977 auf der Baustelle des Schnellen Brütters Superphénix in Creys-Malville. Aber nie wurde das Land mit „Atomkraft-nein-danke“-Aufklebern zugeklebt. Und ein Atomausstieg wie in Deutschland ist in Frank-

reich nach wie vor undenkbar. Jedoch ist jetzt mit François Hollande erstmals ein Präsident angetreten, der den Anteil der Kernenergie reduzieren will. Auf einer Konferenz kündigte er im September die „Diversifizierung der Produktions- und Versorgungsquellen“ an. Der Anteil der Kernenergie an der Stromversorgung solle „bis 2025 von 75 Prozent auf 50 Prozent heruntergefahren werden“. Das ist nicht weniger ehrgeizig als das deutsche Vorhaben, von rund 25 Prozent auf Null zu kommen. Erreichen will Hollande das vor allem mit zwei Maßnahmen: „Energieeffizienz zum einen und Vorrang für erneuerbare Energien zum anderen.“ Rund 30 Prozent der Wohnungen in Frankreich werden elektrisch beheizt, viele sind miserabel isoliert. Jezt solle jährlich eine Million Wohnungen nach hohen Energiestandards saniert werden, kündigte Hollande an: „Die Wärmanierung von Wohnraum wird eine der großen Prioritäten meiner Amtszeit sein.“ Hollande verspricht sich davon auch Arbeitsplätze, ebenso wie vom Ausbau der erneuerbaren Energien. Bei letzterem kam es 2011 zu einem Einbruch, weil Präsident Sarkozy die Förderung

»Weniger Steuern auf Arbeit, mehr auf Umweltverschmutzung.«  
Präsident François Hollande

massiv gesenkt hatte. Hollande will den Trend wieder umkehren. Flankieren will er die Energiewende durch eine ökologische Steuerreform: „Weniger Steuern auf Arbeit, mehr auf Umweltschutz.“ Als erste konkrete Maßnahme kündigte Hollande an, das Atomkraftwerk Fessenheim nahe der deutschen Grenze, das älteste des Landes, bis Ende 2016 zu schließen. Dabei gelte es, „die Versorgungssicherheit der Region zu gewährleisten und alle Arbeitsplätze zu erhalten“. Der Teilausstieg aus der Atomenergie wird kein Spaziergang für die französische Regierung. Unmittelbar nach Hollandes Ankündigung kam es in der Region um Fessenheim zu Protesten. Alle großen Gewerkschaften unterschrieben eine Erklärung, die das Aus für Fessenheim verurteilt und ankündigt, man werde sich zur Wehr setzen. Auch hier zeigt sich der nukleare Rheingraben: Östlich von ihm stand schon seit vielen Jahren die IG Bergbau, Chemie, Energie einsam unter den Gewerkschaften für die Kernkraft; inzwischen ist auch sie verstummt. Und während in Deutschland mittlerweile alle Parteien den Atomausstieg mittragen, ist in Frankreich die bürgerliche Opposition klar gegen Hollandes Schwenk. Ein Machtwechsel in knapp fünf Jahren könnte alles wieder ändern. Peter Stützel

Der Autor ist freier Journalist.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





# Brücken über den Rhein

**OBERRHEIN** Grenzüberschreitungen gehören im Elsass und in Südbaden zum Alltag. Die Zollhäuser wurden in Restaurants umfunktioniert. Die Zöllner arbeiten als Gärtner. Doch einige Hindernisse bleiben. Ein Essay

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs verbinden zahlreiche neue Brücken Deutschland und Frankreich. Sie führen über die Grenzflüsse und tragen Namen wie Freundschafts- oder Europabrücke. Die „Passarelle“ (s.o.) für Fußgänger verbindet Kehl mit Straßburg

Möge Frankreich überzeugt sein, dass wir Deutsche nicht die geringste Lust an Eroberungen jeglicher Art pflegen. Ohne Rachedenken an Vergangenes, wünschen wir uns ehrlich und für immer mit unseren Nachbarn in Frieden und Freundschaft zu leben.“ – Wer ist wohl der Urheber der Botschaft? Vielleicht Konrad Adenauer, im Januar 1963, als er mit Charles de Gaulle den Élysée-Vertrag unterschrieb? Nein, der Autor ist Eduard Fauler, seinerzeit Bürgermeister von Freiburg im Breisgau. Der Empfänger: Henri de Peyrimhoff, Bürgermeister von Colmar im Elsass. Sendedatum: 22. August 1867. Es ging um die neue Bahnstrecke Paris-Budapest. Das Projekt war schon finanziert. Der deutsch-französische Krieg von 1870 verhinderte das Vorhaben.

**Sprachbrücke** Frankreich und Deutschland sind nicht allein zwischen 1870 und 1945 zu betrachten. Man darf auch den ersten „deutsch-französischen Gipfel“ im Jahre 842 keinesfalls vergessen: Zwei der drei Enkel Karls des Großen, Karl von Frankreich und Ludwig der Deutsche, verbinden sich gegen den dritten, Kaiser Lothar. Die Urkunde, die als „Straßburger Eide“ in die Geschichte eingehen sollte, wurde zweisprachig verfasst. Damals wurde eine erste gemeinsame sprachliche Brücke gebaut.

Heute strotzt die Oberrheinregion nur vor kleinen und großen Brücken und grenzüberschreitende Projekte schießen wie Pilze aus der Erde. Sogar die Schweiz klinkt sich ein, obwohl sie nicht zur EU gehört. Um Basel soll bis 2050 gar eine neue deutsch-französisch-schweizerische Metropole entstehen. Der Flughafen ist schon trinational: Basel-Mulhouse-Freiburg.

**Prix Bartholdi** Zwischen dem baden-württembergischen Hartheim und Fessenheim im Elsass planen Madame le Maire Fabienne Stich und Bürgermeister Harald Kraus einen deutsch-französischen Themenpark. Sie werben dafür in ihrer zweisprachigen Zeitung „Le pont – die Brücke“: „...um so den Menschen links und rechts des Rheins die Möglichkeit zu geben, sich über ihre Nachbarn zu informieren, oder besser noch, sie zusammenzubringen.“

Die deutsch-französische Polizei, mit Sitz in Kehl am Rhein, fahndet mehrsprachig. Die Beamten beherrschen beide Sprachen. Allein die Handschellen sind noch nicht kompatibel. Aber das wird auch noch. Der Elsässer Frédéric Auguste Bartholdi, Schöpfer der Freiheitsstatue in New-York,

ist Namensgeber des „Prix Bartholdi“. Mit diesem Preis werden besondere – beispielsweise bi- oder trilinguale – Studiengänge der Region ausgezeichnet. „Die Auszeichnung“, sagte einst Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), stärke „Wissenschaft und Wirtschaft und fördert die Entwicklung einer europäischen Metropolregion am Oberrhein, die wir mit unseren Partnerländern weiter vorantreiben wollen.“ Passend dazu bildet das deutsch-französische Gymnasium in Freiburg die Crème de la Crème aus der Region aus, zweisprachig, bien sûr.

**Nach 1945 schnitt sich jeder Elsässer freiwillig seine deutsche Zunge ab.**

**Erasmus** Hunderte von deutsch-französischen Liebespaare etablieren sich zwischen Schwarzwald und Vogesen. Die Kinder wachsen zweisprachig auf. Der italienische Sprachakrobat Umberto Eco schreibt einmal über das europäische Studentenaustauschprogramm „Erasmus“, dass es sich nicht nur intellektuell, sondern auch sexuell oder, wenn man so will, genetisch auszahlte: „Ich habe viele Studierende kennengelernt, die nach einer gewissen Zeit im Ausland dort geheiratet haben. Wenn dieser Trend sich verstärkt, und immer mehr zweisprachige Kinder geboren werden, können wir in 30 Jahren eine europäische

Führungsschicht haben, deren Mitglieder in der Regel mindestens zweisprachig sind. Das wäre nicht wenig.“

**Kooperation der Kirchen** Die Kirchen machen mit. Die Reformation hat im Elsass unter der Schirmherrschaft von Martin Luther stattgefunden. Damals gehörte „le beau jardin“, wie der Sonnenkönig Louis IX. das „Ländle“ bezeichnete, noch zum Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation. Ein grenzüberschreitender Kirchenführer durch das Nordelsass und die Pfalz wurde 2008 von der evangelischen Kirche der Pfalz und den elsässischen Kirchen herausgegeben. Darin steht: „Kirche leben im Herzen Europas“. Heute arbeiten 15 deutsche Pfarrer oder Pfarrinnen im Elsass.

Trotz guter Nachrichten werfen dunkle Wolken ihren Schatten über die Region zwischen Schwarzwald und Vogesen. In dem Augenblick, in dem tausend Brückenträume wahr werden, verstärken sich bei der Mehrheit der Bevölkerung die mentalen Grenzen – wenn man davon ausgeht, dass die Sprache der Schlüssel zur Kultur des Nachbarn ist. Die Elsässer sprechen heute weder Elsassisch noch Hochdeutsch. Sie sprechen nur noch Französisch.

Und das ist eine Folge der Anektion des Elsass durch Nazi-Deutschland: Die jungen Elsässer wurden ab 1942 in die Wehrmacht zwangsrekrutiert, ab 1944 sogar in die Waffen-SS. Wer nicht mitmachte, dessen Familie wurde bestraft. Die Nazis deportierten Elsässer ins „Alt-Reich“, wie es hieß. Jene, die überlebten, kamen in der Uniform der Verlierer in das Land der Sieger zurück: Frankreich. Dieses Trauma wurde nie verkraftet.

**Verwechslung** Nach 1945 schnitt sich jeder Elsässer freiwillig seine deutsche Zunge ab, um zu verhindern, je wieder von Deutschen in einen Krieg eingezogen zu werden, bloß wegen der Sprache. Doch das Bekenntnis zur deutschen Kultur und die Gefolgschaft gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland wurden in Paris gnadenlos verwechselt. Schließlich saß den übrigen Franzosen die „Collaboration“ mit den Nazis noch im Nacken. Der friedliche Akt von De Gaulle und Adenauer kam erst Jahre später. Zu spät für die Elsässer. Aber auch auf der deutschen Rheinseite verlor man das Interesse an der Sprache des Nachbarn. Ein Elsassisch ersetzt Französisch und das deutsch-französische Gymnasium

in Freiburg wird die sprachliche Verarmung der Mehrheit nicht verhindern. Wir stehen also vor einem Paradoxon: politisch und wirtschaftlich sind wir auf Tuchfühlung. Wir haben noch nie so eng zusammen gearbeitet. Sprachlich aber wächst die Distanz: Im Sommer 2011 organisierte Deutsch-Französische Jugendwerk in Straßburg ein „Poetry Slam“. Deutsche und französische Künstler trafen sich in der elsässischen Hauptstadt, um das Beste von sich zu geben. Die Texte sollten gemischt auf Deutsch und Französisch sein. Dabei gab es nur ein Problem: Kein Künstler beherrschte beide Wettbewerbssprachen. So mussten sie sich auf Englisch unterhalten.

**Europäischer Geist** Es sind also vielmehr die deutsch-französischen Familien, die die europäische Hoffnung der Region tragen. Wie sagte Olivier aus Freiburg? „Premièrement, je suis de coeur français. Deuxièmement mon âme est allemande. Troisièmement mon esprit est européen!“ Und Bernadette aus Colmar formuliert es umgekehrt: „Erstens, mein Herz ist deutsch. Zweitens, meine Seele ist französisch. Drittens, mein Geist ist europäisch!“ Auf den dritten Punkt kommt es an.

Martin Graff

Der Elsässer Martin Graff ist Publizist und mehrfacher Preisträger des deutsch-französischen Journalistenpreises.

## Vom »Eurodistrikt« und »Dreyeckland«: Das Leben in der Grenzregion

**ZUSAMMENARBEIT** Parlamentarier sind sich der besonderen Verbindung zu Frankreich bewusst. Zu Hause den Wahlkreisen ist sie geliebter Alltag

Ganze zehn Wahlkreise in drei Bundesländern grenzen an das Nachbarland Frankreich: Pirmasens und Südpfalz in Rheinland-Pfalz, Saarbrücken, Saarlouis und Homburg im Saarland sowie Rastatt, Offenburg, Emmendingen-Lahr, Freiburg und Lörrach-Müllheim in Baden-Württemberg. Stellvertretend für alle Bundestagsabgeordneten der Region berichten fünf Parlamentarier von der deutsch-französischen Zusammenarbeit vor Ort und den Erfahrungen aus ihren Wahlkreisen (von Norden nach Süden).

**Thomas Lutze (Die Linke), Saarbrücken**

Als ich 1991 nach Saarbrücken gezogen bin, war es das Erste, was man mir zeigte: Die offene Grenze nach Frankreich. Zwar musste man damals noch mit Francs bezahlen, aber die Saarländer kannten sich eigentlich besser jenseits der Grenze als im eigenen Land aus. Und heute? Neidisch kann man schon sein, wenn man über die nicht vorhandene Grenze schaut: Zum Jahreswechsel wurde der gesetzliche Mindestlohn auf 9,34 Euro angehoben. „Bei uns“ wird vielerorts noch für sechs bis sieben Euro pro Stunde gearbeitet. Man muss aber auch kritisch nach drüber schauen. Genau im Dreiländereck Lothringen, Luxemburg und Saarland steht mit dem Atomkraftwerk Cattenom eine ticken-



de Zeitbombe. Ein Pannereaktor, der wöchentlich negative Schlagzeilen produziert. In dieser Hinsicht steckt Europa noch in den Kinderschuhen, weil die französische Seite leider nicht bereit ist, die Sorgen und Ängste der Menschen ernst zu nehmen. Schade eigentlich.

**Sibylle Laurischk (FDP), Offenburg**

Die Vereinbarung zwischen Deutschland und Frankreich zum 40. Jahrestag lautete, dass ein „Eurodistrikt Straßburg-Kehl“ gegründet wird. Als frisch in den Bundestag gewählte Abgeordnete war dies für mich ein Signal, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu intensivieren und dies auch politisch zu begleiten. Nach einer Legislaturperiode war für mich deutlich, dass der Schwerpunkt der Arbeit auf kommunaler Ebene liegen wird, was ich dann auch als Kreisrätin begleiten konnte. Mittlerweile gibt es einen Eurodistrikt Straßburg/Ortenau, der grenzüberschreitend wichtige Fragen unter starker kommunaler Beteiligung bearbeitet. Dazu gehören beispielsweise der grenzüberschreitende öffentliche Personennahver-

kehr und die Entwicklung entsprechendem Kartenmaterials. Die Förderung der Zweisprachigkeit und das Erlernen der jeweiligen Sprache des Nachbarn sind weitere Schwerpunkte, weil auch die grenzüberschreitende wirtschaftliche Kooperation wesentlich vom wechselseitigen Verständnis abhängt. Aber auch Fragen der Drogen- und Suchtkampfung und die Einrichtung eines sozialmedizinischen deutsch-französischen Zentrums mit Standort in Straßburg sind praktische Themen.



Das Treffen des französischen Parlaments und des Deutschen Bundestages vor zehn Jahren in Paris hat für meinen Wahlkreis mit der Gründung des Eurodistrikts Straßburg/Ortenau eine Fülle von Anregungen gebracht und die Kooperation mit den französischen Nachbarn intensiviert. Ich freue mich auf das Treffen der Parlamente am 22. Januar 2013!

**Kerstin Andreae (Die Grünen), Freiburg**

Die Region Freiburg und die benachbarte Region im Elsass zwischen Colmar und Mulhouse haben 2006 mit dem Eurodistrikt ei-

ne Vereinbarung geschlossen, um die bestehende Zusammenarbeit zu intensivieren. Der Schnellzug TGV hält ab Ende August 2013 vier Mal täglich direkt in Freiburg, drei Stunden und 40 Minuten später ist man in der französischen Hauptstadt. Auch beim Bereich Berufliche Mobilität arbeitet man nun enger zusammen: ein Grenzüberschreitendes Forum zur Beschäftigung und eine Kooperation zwischen der Industrie- und Handwerkskammer südlicher Oberrhein, der Arbeitsagentur und ihrem französischen Pendant haben zu etlichen Job-Vermittlungen geführt. Ganz besonders eng arbeitet man in Stadt- und Kreisverwaltungen von Freiburg, Mulhouse und den umliegenden Kreisen über Mitarbeiteraustausch zusammen.

**Gernot Erler (SPD), Freiburg**

Es war der Plan eines deutschen Chemiekonzerns, auf der anderen Seite des Rheins in Marckolsheim (Elsass) ein Blei-Chemiewerk zu bauen, der im Sommer 1974 zur Gründung eines Internationalen Komitees der 21 Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen führte. Der Protest dieser Gruppen, die im „Drey-

eckland“ Baden-Elsass-Nordwestschweiz alle Grenzen überwinden, durchweg gewaltlos agierten, aber die Betreiber mit Bauplatzbestimmungen von ihren Plänen abbringen wollten, war erfolgreich: Weder in Marckolsheim wurde gebaut, noch die Atomkraftwerke in Wyhl (Kaiserstuhl) oder in Kaiseraugst (Schweiz). Ein später Erfolg dieser „Anderen Wacht am Rhein“ (Walter Mossmann) stellt die Ankündigung des französischen Staatspräsidenten François Hollande im September 2012 dar, das grenznahe älteste französische AKW Fessenheim bis Ende 2016 zu schließen. Der Erfolg der Anti-Atomkraftbewegung von Wyhl wirkt bis heute weit über die Grenzen auch international. Hier dabei gewesen zu sein, prägte eine ganze Generation, die erfahren hat, was grenzüberschreitende Kooperation engagierter Bürger leiten kann: kein zu vernachlässigender „Erinnerungsort“ („lieu de mémoire“) zum großen Jahrestag des Élysée-Vertrages!



**Armin Schuster (CDU), Lörrach-Müllheim**

Samstagsmorgens auf der Dreiländerbrücke. Zur Linken thront das Basler Münster über dem Rhein, vor mir liegt das Mittelmeer: In einer guten Viertelstunde radle ich mit dem Velo zu meinem elsässischen Fischhändler. Die Auswahl beeindruckt mich immer wieder. Ich entscheide mich für eine Dorade, daheim wartet schon ein kräftiger Grauburgunder aus meiner südbadischen Heimat. Die Gäste können kommen. Wir im Dreiländereck leben Europa – jeden Tag. Seit Mitte der 1990er Jahre arbeiten Politiker aus dem südlichen Südbaden, dem Südelass und der Nordwestschweiz bei der interkommunalen Planung über die Grenzen hinweg zusammen. Daraus entstand 2007 der „Trinationale Eurodistrikt Basel“: Vertreter der Region entwickeln Lösungen für die Alltagsprobleme der Menschen im Dreiländereck. Adenauer und de Gaulle haben die Gräben der Feindschaft zugeschüttet. Auf diesem Fundament bauen wir unser Europa. Ich möchte an keinem anderen Ort leben.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper







Ein Sprach-Tandem erstellt ein ganz persönliches Glossar/ Die DFJW-Kinderkiste mit den Handpuppen Tom und Lilou sensibilisiert schon die Jüngsten für die andere Sprache



**JUGENDPROJEKTE**

**Kinderkiste**

Um schon die jüngsten Deutschen und Franzosen mit der Sprache des jeweiligen Nachbarn vertraut zu machen, hat das DFJW Anfang 2011 die „Kinderkiste“ entwickelt. Darin finden sich die Handpuppen Lilou und Tom – ein französisches Mädchen und ein deutscher Junge, die mit Kindern im Vorschulalter eine Fantasiereise ins Nachbarland unternehmen. Die Puppen sprechen dabei ihre „Muttersprachen“. Zu den weiteren Materialien der Kiste gehört unter anderem eine CD mit deutschen und französischen Kinderliedern. Auch Spiele sind enthalten sowie verschiedene Plakate, etwa mit Alltagsszenen aus beiden Ländern. Hinter dem Projekt steht die Idee, auch Kinder, die nicht zufällig bilingual aufwachsen oder in Grenznähe wohnen, möglichst früh mit dem Nachbarland und insbesondere mit der anderen Sprache in Kontakt zu bringen. Eine Fortbildung bereitet Erzieher auf den Einsatz bei der Kinderkiste vor. Begleitet wird das Projekt von einer binationalen Forschergruppe.

**Schülerparlament**

Deutsche und französische Jugendliche können nicht nur zusammen Sprachen lernen, Sport treiben oder Kunst gestalten – sie können auch Politik üben. Im September 2012 trafen sich knapp 130 von ihnen in Stuttgart zum ersten deutsch-französischen Schülerparlament. Das Motto der Veranstaltung lautete: „WIR gestalten unsere Zukunft“. Die Teilnehmer diskutierten über Umweltschutz, Berufe der Zukunft sowie Integration und Identität. Zu den Forderungen des Abschlussdokuments gehören: Angaben auf Lebensmittelverpackungen zur Umweltbilanz des jeweiligen Produktes, der komplette Atomausstieg beider Länder, kostenloser öffentlicher Nahverkehr, ein national einheitliches Schulsystem in Deutschland, eine europaweit vernetzte Arbeitsagentur, mehr Transparenz bei politischen Prozessen in Europa und eine bessere Förderung für Integrationsprojekte.

# Nahtstelle zweier Kulturen

**JUGENDWERK** Die deutsch-französischen Projekte sorgen für den Nachwuchs der Freundschaft

Die Annäherung zwischen jungen Deutschen und Franzosen begann vor knapp 50 Jahren im Schnee. Im Winter 1963/64 brachte das frisch gegründete Deutsch-Französische Jugendwerk (DFJW) erstmals Jugendliche aus beiden Ländern zum Skifahren zusammen. Auf verschnittenen Hängen in Bayern, im Harz und im Schwarzwald sollten sich die jungen Leute in entspannter Atmosphäre näher kommen – oder wie es der Élysée-Vertrag beschreibt: „Der deutschen und französischen Jugend sollen alle Möglichkeiten geboten werden, um die Bande, die zwischen ihnen bestehen, enger zu gestalten und ihr Verständnis füreinander zu vertiefen.“

der jungen Leute hat sich gewandelt. „Die Jugendlichen fragen sich heute viel gezielter, was ihnen die Teilnahme an einem bestimmten Projekt bringt“, sagt Harald Schmidt, der seit mehr als 20 Jahren für das DFJW arbeitet und das Referat „Kommunikation und Veranstaltungen“ leitet. Zudem sei eine Reise über den Rhein nicht mehr allzu aufregend, meint Schmidt. Viele junge Deutsche und Franzosen hätten ja die Möglichkeit, die ganze Welt zu entdecken. Für DFJW-Generalsekretär Markus Ingenlath steht dennoch außer Frage, dass die Beziehung zwischen Deutschland und Frankreich eine ganz besondere ist. „Wenn wir die Zukunft Europas sichern wollen, dann muss auch die deutsch-französische Freundschaft festigt werden“, sagt er. Es handle sich um eine „Nahtstelle zwischen zwei verschiedenen Lebensweisen und zwei verschiedenen Kulturräumen“.

Deutsche und Franzosen müssten „einen so intensiven Austausch haben, dass sie auch Spannungen oder sogar mögliche Verteilungskämpfe aushalten und einander gleichwohl weiterhin mit Wohlwollen begegnen“. Das DFJW versucht, den veränderten Rahmenbedingungen mit neuen Ideen Rechnung zu tragen. Ein Beispiel ist das Projekt „Clichy-sous-Bois trifft Neukölln“, das im Jahr 2010 begann. Es bringt die Bewohner des Pariser Vororts, der in Deutschland vor allem durch heftige Krawalle bekannt wurde, und des als Problembezirk verschrienen Berliner Stadtteils zusammen. Neben Jugendlichen werden dabei unter anderem Lehrer, Sozialarbeiter, Lokalpolitiker und Polizisten einbezogen. Viele junge Leute mit Migrationshintergrund nähmen sich im Rahmen des Projekts erstmals bewusst als Deutsche beziehungsweise Franzosen wahr, weil sie im jeweiligen Nachbarland ganz selbstverständlich so gesehen würden, berichtet Ingenlath.

Seiner Auffassung nach ist gerade die Arbeit mit Jugendlichen wichtig, um die guten Beziehungen langfristig zu garantieren. „Jede neue Generation muss an die deutsch-französische Freundschaft herangeführt werden. Unsere Länder sind durch Geschichte, Kultur und Staatsverständnis zu unterschiedlich geprägt, als dass sie ein Selbstläufer werden kann“, sagte Ingenlath, der sich die Aufgaben im Generalsekretariat mit seiner französischen Kollegin Béatrice Angrand teilt. Vorurteile über lockere Franzosen und perfekt organisierte Deutsche gebe es heute ge-

nau so wie vor Jahrzehnten, berichtet DFJW-Veteran Schmidt. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Andreas Schockenhoff, Vorsitzender der deutsch-französischen Parlamentariergruppe, hält es für unabdingbar, junge Menschen immer wieder neu für die guten nachbarschaftlichen Beziehungen und die europäische Einigung zu begeistern. „Viele junge Menschen sehen die Reisefreiheit als selbstverständlich an oder halten die gleich hohe Qualität des Trinkwassers an jedem Ort in der Europäischen Union für völlig normal – nur zwei Beispiele zu nennen“, sagt Schockenhoff, der auch im Verwaltungsrat des DFJW sitzt. „Was jedoch dahinter steckt, welche Rolle Europa in solchen Fragen spielt, welche Bedeutung Brüssel dafür hat – das muss immer wieder neu ins Bewusstsein gebracht werden“, meint der Abgeordnete.

Weitere Veranstaltungen in Straßburg und Thessaloniki sind geplant. Unterdessen läuft die Debatte zeitgemäß im Internet weiter – auf einer eigen eingerichteten Facebook-Seite. Das DFJW bekommt die Eurokrise unmittelbar zu spüren. Die Institution arbeitet mit zahlreichen Partnern wie Jugendverbänden, Schulen und Hochschulen, Unternehmen und Ämtern zusammen. „Viele sind aufgrund der Sparbedingungen nicht mehr so in der Lage wie früher, Kofinanzierungen zu leisten“, sagt Generalsekretär Ingenlath. Es sei deutlich zu spüren, „dass der ganze Jugendsektor stark betroffen ist. Und wir können das nicht alles kompensieren.“ Denn während das Geld knapp ist, besteht ungebrochen großes Interesse an den Angeboten des DFJW. Seit mehreren Jahren bewegt sich die Teilnehmerzahl um 200.000, im Jahr 2011 beteiligten sich etwa 195.000 Jugendliche an den Programmen. Es hätten noch mehr sein können, sagt Ingenlath: „Es sind immer mehrere Millionen zu wenig in der Kasse gewesen.“ Entsprechend erfreut ist das DFJW über die Zusagen von deutscher und französischer Seite, das Budget, das seit Jahrzehnten bei 20 Millionen Euro liegt, im Jahr 2013 um jeweils eine Million Euro zu erhöhen.

**»Die Jugendlichen fragen heute, was ihnen ein Projekt bringt.«**

Harald Schmidt  
(Dt.-Franz. Jugendwerk)

**Viele Projekte** Diesem Anspruch ist das DFJW bis heute verpflichtet. Die Organisation wird mit jeweils gut zehn Millionen Euro im Jahr vom deutschen und vom französischen Staat finanziert und fördert eine Vielzahl von Projekten wie Schüleraustausche, Sprachkurse, Studienaufenthalte und Praktika. Daneben werden Begegnungen junger Menschen in der Wissenschaft, der Kunst oder im Sport unterstützt. All dies ist seit Jahrzehnten gleich geblieben. Doch ansonsten hat sich viel geändert. So geht es fast 70 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg kaum mehr um das lange Zeit heikle Thema Aussöhnung. Auch die Einstellung

der Jugendlichen hat sich gewandelt. „Die Jugendlichen fragen sich heute viel gezielter, was ihnen die Teilnahme an einem bestimmten Projekt bringt“, sagt Harald Schmidt, der seit mehr als 20 Jahren für das DFJW arbeitet und das Referat „Kommunikation und Veranstaltungen“ leitet. Zudem sei eine Reise über den Rhein nicht mehr allzu aufregend, meint Schmidt. Viele junge Deutsche und Franzosen hätten ja die Möglichkeit, die ganze Welt zu entdecken. Für DFJW-Generalsekretär Markus Ingenlath steht dennoch außer Frage, dass die Beziehung zwischen Deutschland und Frankreich eine ganz besondere ist. „Wenn wir die Zukunft Europas sichern wollen, dann muss auch die deutsch-französische Freundschaft festigt werden“, sagt er. Es handle sich um eine „Nahtstelle zwischen zwei verschiedenen Lebensweisen und zwei verschiedenen Kulturräumen“.

Deutsche und Franzosen müssten „einen so intensiven Austausch haben, dass sie auch Spannungen oder sogar mögliche Verteilungskämpfe aushalten und einander gleichwohl weiterhin mit Wohlwollen begegnen“. Das DFJW versucht, den veränderten Rahmenbedingungen mit neuen Ideen Rechnung zu tragen. Ein Beispiel ist das Projekt „Clichy-sous-Bois trifft Neukölln“, das im Jahr 2010 begann. Es bringt die Bewohner des Pariser Vororts, der in Deutschland vor allem durch heftige Krawalle bekannt wurde, und des als Problembezirk verschrienen Berliner Stadtteils zusammen. Neben Jugendlichen werden dabei unter anderem Lehrer, Sozialarbeiter, Lokalpolitiker und Polizisten einbezogen. Viele junge Leute mit Migrationshintergrund nähmen sich im Rahmen des Projekts erstmals bewusst als Deutsche beziehungsweise Franzosen wahr, weil sie im jeweiligen Nachbarland ganz selbstverständlich so gesehen würden, berichtet Ingenlath.

Seiner Auffassung nach ist gerade die Arbeit mit Jugendlichen wichtig, um die guten Beziehungen langfristig zu garantieren. „Jede neue Generation muss an die deutsch-französische Freundschaft herangeführt werden. Unsere Länder sind durch Geschichte, Kultur und Staatsverständnis zu unterschiedlich geprägt, als dass sie ein Selbstläufer werden kann“, sagte Ingenlath, der sich die Aufgaben im Generalsekretariat mit seiner französischen Kollegin Béatrice Angrand teilt. Vorurteile über lockere Franzosen und perfekt organisierte Deutsche gebe es heute ge-

weiteren. „Viele sind aufgrund der Sparbedingungen nicht mehr so in der Lage wie früher, Kofinanzierungen zu leisten“, sagt Generalsekretär Ingenlath. Es sei deutlich zu spüren, „dass der ganze Jugendsektor stark betroffen ist. Und wir können das nicht alles kompensieren.“ Denn während das Geld knapp ist, besteht ungebrochen großes Interesse an den Angeboten des DFJW. Seit mehreren Jahren bewegt sich die Teilnehmerzahl um 200.000, im Jahr 2011 beteiligten sich etwa 195.000 Jugendliche an den Programmen. Es hätten noch mehr sein können, sagt Ingenlath: „Es sind immer mehrere Millionen zu wenig in der Kasse gewesen.“ Entsprechend erfreut ist das DFJW über die Zusagen von deutscher und französischer Seite, das Budget, das seit Jahrzehnten bei 20 Millionen Euro liegt, im Jahr 2013 um jeweils eine Million Euro zu erhöhen.

Das DFJW bringt Deutsche und Franzosen seit Mitte der 1970er-Jahre auch mit Jugendlichen aus Drittstaaten zusammen. Dahinter steht unter anderem der Gedanke, dass die deutsch-französische Aussöhnung eine Inspiration für Südosteuropa sein könnte. Ein Schwerpunkt liegt auf dem Balkan. Seit dem Jahr 2000 bemüht sich das Jugendwerk, dort die Zivilgesellschaft zu stärken und die friedliche Entwicklung zu unterstützen. Im Herbst 2012 beispielsweise nahmen junge Journalisten aus Deutschland, Frankreich, Mazedonien, Bosnien-Herzegowina, Serbien und dem Kosovo an einem multimedia-Projekt teil und widmeten sich unter dem Motto „Face the Balkans“ dem Alltag von Angehörigen verschiedener Minderheiten. Das DFJW engagiert sich in zahlreichen weiteren Drittländern. Ein Schwerpunkt ist etwa Nordafrika, wo der Gedanke der Aussöhnung gerade im Rahmen des „Arabischen Frühlings“ eine große Rolle spielt. Weitere Teilnehmerländer sind unter anderem die Türkei und China.

Das Deutsch-Französische Jugendwerk im Internet: [www.dfjw.org](http://www.dfjw.org)

## Über die Sprache zur Kultur

**FRANZÖSISCH** Für Schüler steht bei der Wahl von Fremdsprachen der Nutzen im Vordergrund

Lorène Lemor ist optimistisch. „Rund 28 Prozent der Schüler an deutschen Sekundarschulen lernen Französisch“, sagt der Sprachattaché der Französischen Botschaft in Berlin. Damit halte die Sprache immer noch den zweiten Platz nach Englisch. Immerhin 15,5 Prozent der französischen Sekundarschüler lernten Deutsch und 2.000 Schüler in beiden Ländern hätten im Sommer 2012 das deutsch-französische Abitur „Abibac“ abgelegt. Die Gründe, warum Menschen die Sprache des Nachbarn lernen, hätten sich im Laufe der Zeit verändert. „Lange Zeit lernte man Französisch aus elitären Gründen“, sagt Lemor. Auch seien viele Menschen „irgendwie in Frankreich verliebt“ gewesen. Heute seien sie mehr auf den beruflichen Nutzen der Sprache fixiert.

Wiebke Ewering, Sprecherin des Deutsch-Französischen Jugendwerkes (DFJW) in Berlin, sagt, die Zahlen der deutschen Schüler, die Französisch lernten, gingen leicht zurück. Nicht in jedem Bundesland werde Französisch als erste Fremdsprache angeboten, Spanisch sei außerdem für viele inzwischen interessanter. Im Laufe der Jahrzehnte habe sich der Fokus der Sprachförderung auf Grund- und berufsbildende Schulen erweitert. „Es sind immer mehr außerschulische Programme dazugekommen, weg vom klassischen Schüleraustausch“, sagt Ewering. So biete das DFJW ab Januar 2013 ein

Programm für deutsche Praktikanten in Frankreich an. Über das DFJW erhielten Abiturienten den in Frankreich nötigen Praktikantenstatus. Deutsche Anbieter von Sprachreisen zeichnen eine konstante Nachfrage. „In der Rangfolge erscheint die Nachfrage nach Französisch-Sprachkursen im Ausland während der letzten fünf Jahre immer auf Rang drei“, sagt Julia Richter vom Fachverband Deutscher Sprachreise-Veranstalter (FDSV) in München. Noch immer wählten fünf Prozent der Kunden Französischkurse.

**Neuer Ansatz** Das Institut Français, das Pendant zum Goethe-Institut, versuche daher auch in Real- und Berufsschulen Menschen zu erreichen. Mit Film-, Literatur- und Comicveranstaltungen wolle es zusätzlich Kultur vermitteln, „damit die Sprache nicht für sich gelernt wird“. Die Lehrbücher behandelten inzwischen neben Frankreich auch noch andere französischsprachige Länder. „Das gehört zur Zukunft der französischen Sprache“, sagt Lemor.



Münchener Grundschüler protestieren 2007 gegen Kürzung des Französischunterrichts.

## FÜNF FRAGEN ZUM: SCHÜLERAUSTAUSCH



**WULF CONRAD**  
Lehrer am Reichenbach-Gymnasium Ennepetal (Nordrhein-Westfalen)

**Herr Conrad, ist Französisch für die Schüler von heute eigentlich noch attraktiv?**  
Ja, auf jeden Fall. Die Konkurrenz ist gewachsen, wir bieten neben Englisch, Französisch und Latein heute auch Russisch an. Gerade in Konkurrenz zu Latein hat Französisch aber einen klaren Vorteil: Sie können über den Schüleraustausch an unserer Schule praktische Erfahrungen sammeln. Da ist es durchaus attraktiv, die Sprache zu lernen. Die Kinder gehen an die Entscheidung, welche Sprache sie lernen wollen, auch intuitiv heran.

**Wie hat sich der Schüleraustausch im Laufe der Jahre verändert? Gibt es neue Konzepte?**  
Man legt mittlerweile mehr Gewicht auf einen projektorientierten Schüleraustausch, der darauf abzielt, dass junge Menschen möglichst früh gemeinsam lernen und mit Hilfe des Partners etwas auf die Beine stellen. Wir greifen dabei auf die Erfahrungen des Deutsch-Französischen Jugendwerkes und der Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit zurück. Diese neuen Überlegungen müssen jedoch nicht im Widerspruch zu einem traditionellen Schüleraustausch stehen, wo Gastfamilien und der spannende Aufenthalt in einem deutschen oder französischen Haushalt kulturell wichtige Einblicke gewähren.

**Was waren die schönsten Erlebnisse für Sie als Leiter eines Austauschs?**  
Da gibt es viele. Als ich das erste Mal mit Schülern nach Frankreich gefahren bin, war das toll: Sie hatten die Sprache zwei Jahre in der Schule gelernt, machten ihre ersten Schritte und merkten, dass sie sich verständigen können. Oder dieses Jahr, da hatten wir das Thema „Küche“. Die Schüler standen gemeinsam am Herd und merkten, dass man die Sprache gar nicht perfekt beherrschen muss.

**»Man kann sich auch mit wenigen Worten und vielen Gesten verständigen.«**

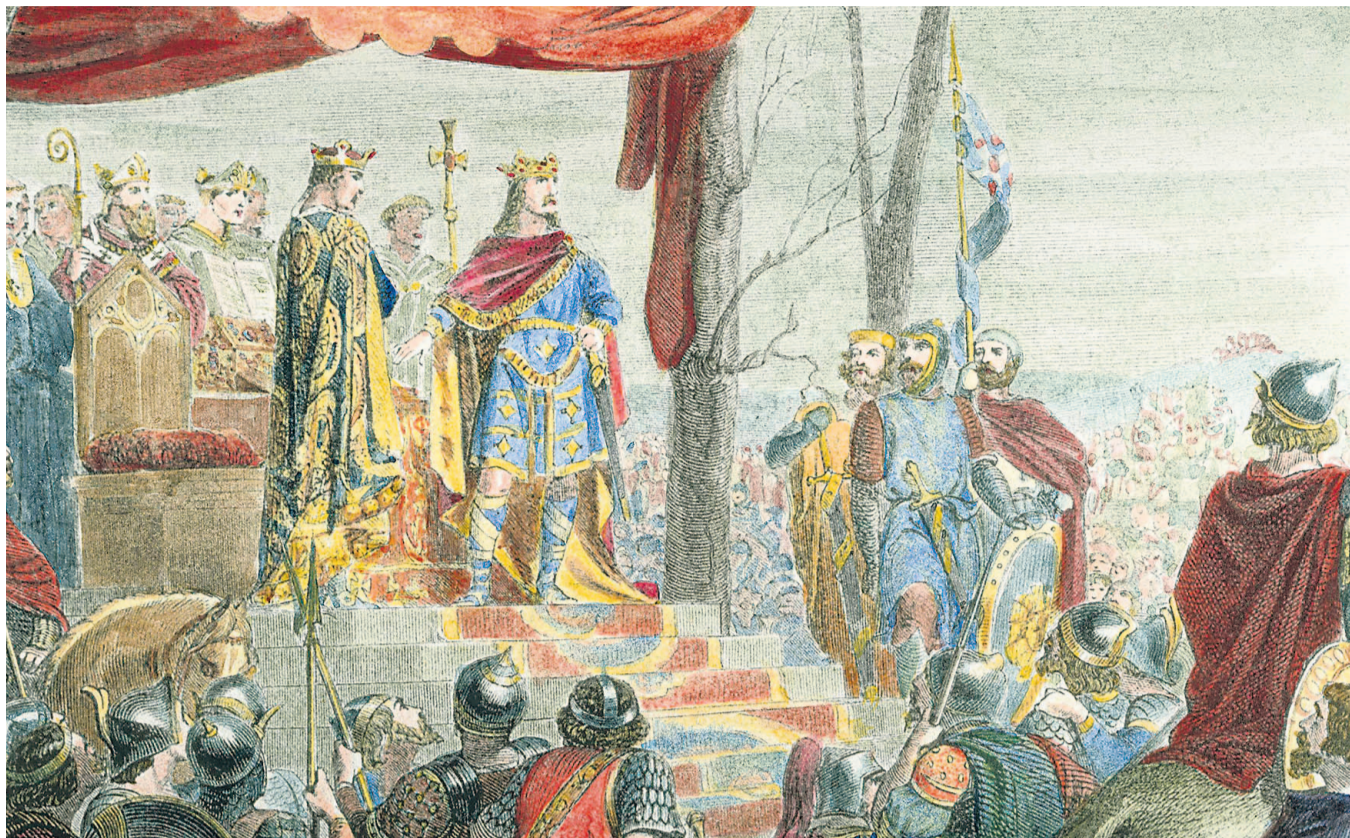
**Es heißt immer, der Stress für die Schüler steigt, die Schulzeit wurde um ein Jahr verkürzt. Haben Sie überhaupt noch Zeit für einen Schüleraustausch?**  
Für den Schüleraustausch spielt das zum Glück noch keine Rolle. Im Gegenteil. Wir hatten dieses Jahr wieder 80 Anmeldungen, konnten aber nur 40 Schüler mitnehmen. Bei den französischen Schülern besteht meistens weniger Interesse. Deutsch

**Haben Sie als Schüler auch schon an einem Austausch teilgenommen?**  
Ja, ich hatte Französisch als dritte Fremdsprache gewählt. Nach gerade einmal sechs Wochen hatte ich das Glück, mit der Schule nach Frankreich fahren zu dürfen. Ich hatte eine nette Gastfamilie, in der ich gemerkt habe, dass man sich auch mit wenigen Worten und vielen Gesten gut verständigen kann. Das war für mich sehr motivierend.

**Die Fragen stellte Sandra Ketterer**







Waffenbrüder in grauer Vorzeit: Am 14. Februar 842 legen Karl der Kahle und Ludwig der Deutsche vor ihren versammelten Heeren die sogenannten „Straßburger Eide“ ab. Kolorierter Holzstich aus einem französischen Geschichtsbuch von 1866



Waffenbrüder der Neuzeit: Französische und deutsche Soldaten des Eurocorps sind am 8. Juli 2012 in Reims anlässlich der Feierlichkeiten zur 50-jährigen deutsch-französischen Freundschaft angetreten

# Mär von der geerbten Feindschaft

**GEMEINSAME GESCHICHTE** Über Jahrhunderte bekriegten sich Deutsche und Franzosen – aber das ist nur die halbe Wahrheit

Die Geschichte Frankreichs und Deutschlands ist seit Jahrhunderten nur ein beständiges Bemühen, sich zu nähern, sich zu begreifen, sich zu vereinen, sich ineinander zu verschmelzen, die Gleichgültigkeit war ihnen immer unmöglich, sie müssen sich hassen oder lieben, sich verbrüden oder sich bekriegen.“ Die Worte des deutschen Publizisten Ludwig Börne aus dem Jahr 1836 haben bis heute nichts an Gültigkeit verloren. Doch für keinen Abschnitt der Geschichte passt diese Charakterisierung des deutsch-französischen Verhältnisses wohl so treffend wie für das 19. Jahrhundert – vor allem aus deutscher Sicht. Als Börne diese Zeilen schrieb, lag der Befreiungskrieg gegen Frankreichs Kaiser Napoleon I., der von Politikern wie dem Freiherrn vom Stein zum „Volkskrieg“ und Literaten wie Carl Theodor Körner gar zum „Kreuzzug“ und „heiligen Krieg“ stilisiert worden war, gerade mal 20 Jahre zurück. 1840 verschlechterte sich die Stimmung noch einmal extrem, als Frankreich vehement eine Wiederherstellung der durchgehenden Rheingrenze forderte. In den Staaten des Deutschen Bundes, der 1815 vom Wiener Kongress aus den Trümmern des von Napoleon hinweggefegten Heiligen Römischen Reichs deutsche Nation geschaffen worden war, schürte dies erneut den gesamtdeutschen Patriotismus. Max Schneckenburger dichtete „Die Wacht am Rhein“ und Heinrich Hoffmann von Fallersleben

brachte 1841 unter dem Eindruck der Drohungen aus Paris das „Lied der Deutschen“ zu Papier. „Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt, wenn es stets zum Schutz und Trutze Brüderlich zusammenhält.“ Gegen Frankreich zum Beispiel. **Exportierte Revolution** Die Franzosen rangierten auf der Beliebtheitskala der Deutschen dieser Zeit auf den untersten Plätzen – einerseits. Andererseits stießen die politischen Ideen und Ideale, die sie mit ihrer Revolution von 1789 in die Welt gesetzt und die Napoleons Soldaten gewaltsam exportiert hatten, bei liberal gesinnten Deutschen auf Zustimmung bis Begeisterung. Auf dem Wiener Kongress hatte sich zwar die alte Ordnung noch einmal gegen diese revolutionäre Stimmung durchsetzen können. Doch die Februarrevolution von 1848 in Frankreich ließ einen Monat später auch im Deutschen Bund die revolutionäre Stimmung explodieren. In Preußen, Baden und anderen Staaten gingen die Deutschen auf die Barrikaden. Mit den ersten freien Wahlen zur Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche, die eine konstitutionelle Monarchie für ein zu schaffendes Deutsches Reich ausarbeitete, war der Traum vom demokratischen Nationalstaat in greifbare Nähe gerückt. Doch Preußens König Friedrich Wilhelm IV. ließ diesen Traum 1849 mit seiner Weigerung, eine Kaiserkrone aus den Händen des Volkes anzunehmen, wieder platzen. Auf einen Nationalstaat musste die Deutschen noch einmal rund 20 Jahre länger

warten. Und demokratisch wurde er auch nicht. Erneut aber sollte Frankreich dabei eine entscheidende Rolle spielen. Diesmal allerdings nicht als revolutionärer Ideengeber. Preußens Ministerpräsident Otto von Bismarck hatte andere Pläne. Nachdem er Österreich bereits 1866 durch einen Krieg aus dem zu schaffenden Nationalstaat hinausgedrängt hatte, provozierte er das Kaiserreich Frankreich unter Napoleon III. 1870 bewusst zu einer Kriegserklärung. Den folgenden kurzen aber brutalen Waffengang propagierte er wie geplant zum nationalen Einigungskrieg. Am 18. Januar 1871 ließ Bismarck Preußens König Wilhelm I. zum Kaiser der neuen Reichs ausrufen – ausgerechnet im Spiegelsaal des französischen Königsschlosses von Versailles.

**Elsass und Lothringen** Mit zur deutschen Kriegsbeute gehörten das Elsass und Lothringen, die als Reichsland unter preußische Verwaltung kamen. Bismarck rechtfertigte die Annexion in einem Brief an den preußischen Botschafter in London Albrecht von Bernstorff mit den folgenden Worten: „Wir stehen heute im Felde gegen den 12. oder 15. Überfall und Eroberungskrieg, den Frankreich seit 200 Jahren gegen Deutschland ausführt. 1814 und 1815 suchte man Bürgschaften gegen Wiederholung dieser Friedensstörungen in der schonenden Behandlung Frankreichs. Die Gefahr liegt aber in der unheilbaren Herrschsucht und Anmaßung, welche dem französischen Volkscharakter eigen ist und sich von jedem Herrscher des Landes zum Angriff auf friedliche Nachbarstaaten missbrauchen lässt.“ Mit der Einverleibung von Elsass-Lothringen legen die Deutschen zugleich den Grundstein für einen weiteren Dauerkonflikt mit den Franzosen, die auf „Revanche“, auf Rache sann. Frankreichs Innenminister Léon Gambetta brachte die Gefühlslage der besiegten und gedemütigten „Grande Nation“ auf den Punkt: „Toujours y penser, jamais en parler!“ („Immer daran denken, niemals davon sprechen.“)

**Erster und Zweiter Weltkrieg** Die Zeche zahlen für diese Politik mussten die Menschen im Elsass und in Lothringen. Bis 1945 sollten sie noch dreimal die Staatsangehörigkeit wechseln. Und bei jedem Wechsel sahen sie sich Repressalien von der einen wie der anderen Seite ausgesetzt. Nach der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg holte sich Frankreich mit dem Vertrag von Versailles (1919) das Elsass und Lothringen wieder zurück. Zähneknirschend mussten die Deutschen den von ihnen als „schändlichen Diktatfrieden“ empfundenen Vertrag

im Spiegelsaal des Versailler Schlosses unterzeichnen. Eine bewusste Demütigung. Mit der Besetzung des Ruhrgebiets durch französische Truppen im Januar 1923 als Straffaktion wegen säumiger Reparationszahlungen des Deutschen Reichs erreichten die Beziehungen zwischen beiden Völkern einen weiteren Tiefpunkt. Nur 21 Jahre nach dem Ende der Ersten Weltkriegs wurde die Geschichte der wechselseitigen Demütigungen fortgeschrieben. Adolf Hitler zwang die Franzosen 1940 nach ihrer Niederlage, die Kapitulation in jenem Eisenbahnwagen bei Compiègne zu unterzeichnen, in dem die Deutschen im November 1918 bereits das Waffenstillstands-Abkommen mit den Westmächten hatten unterzeichnen müssen. Nordfrankreich einschließlich Paris und die gesamte Atlantikküste kamen unter deutsche Besatzung, das sogenannte Vichy-Frankreich unter Führung des Marschalls Philippe Pétain im Süden wurde mehr oder weniger freiwillig zum Zwangsverbündeten des Deutschen Reichs degradiert. Der Umstand, dass im Mai 1945 die Überreste der SS-Division „Charlemagne“ (Karl der Große), in der freiwillige Franzosen „gegen den Bolschewismus“ kämpften, zu den letzten Verteidigern Berlins gehörten, bildete den bitter-ironischen Abschluss des dunkelsten Kapitels deutsch-französischer Geschichte.

**Erbfeindschaft** Ohne Zweifel lassen sich die Beziehungen zwischen Franzosen und Deutschen als eine schier unendliche Abfolge von Kriegen und Konflikten beschreiben. Schon deshalb hat man heute meist die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg im Sinn, wenn von den deutsch-französischen Beziehungen die Rede ist. Die Zeit vor 1945 rangiert links und rechts des Rheins meist unter dem Begriff der „Erbfeindschaft“, der „inimicitie héréditaire“ – und zwar geich, ob sie bedauert oder voll Inbrunst beschworen wurde. Doch unabhängig davon, wie absurd die Vorstellung einer durch die Jahrhunderte von Generation zu Generation vererbten Feindschaft zwischen zwei Völkern ist, so unhistorisch ist sie letztlich auch. Mit dem gleichen Recht ließe sich auch eine „Erbfreundschaft“ konstruieren. Immerhin wird in den Geschichtsschreibungen beider Länder Karl der Große gerne als gemeinsamer Urvater bemüht. Nun war der fränkische König zwar weder Franzose noch Deutscher, aber sein Reich, das sich von der Atlantikküste bis an die Elbe und von der Nordsee bis nach Rom erstreckte, bildete zumindest die Keimzelle für beide Nationen. Seine Enkel Lothar, Karl und Ludwig teilten dieses Reich schließlich unter sich auf. Im

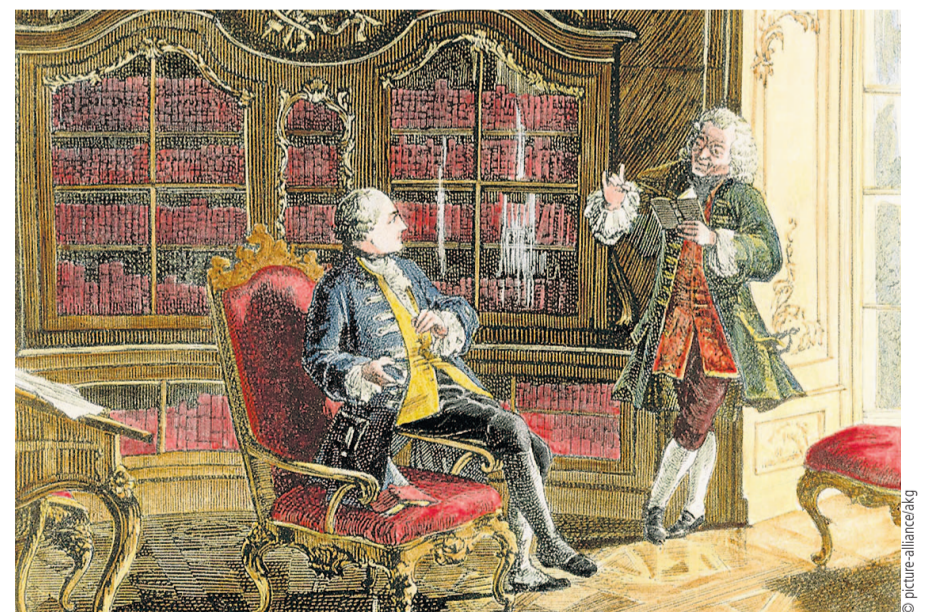
Vertrag von Verdun entstanden im Jahr 843 das West- und das Ostfränkische Reich; dazwischen lag das Reich Lothars, aus dem sich namentlich das spätere Lothringen entwickeln sollte. Karl der Kahle bekam das Westreich und Ludwig, der in späteren Jahrhunderten den Beinamen „der Deutsche“ erhielt, die östliche Reichshälfte. Das West- und das Ostfränkische Reich gingen in den folgenden Jahrhunderten zwar getrennte Wege. Eine Feindschaft wurde deshalb jedoch nicht vererbt. Ein Jahr vor der Reichsteilung hatten Karl und Ludwig gar eine gegenseitige Beistandspflichtung gegen ihren Bruder Lothar abgelegt. Dieses als „Straßburger Eide“ in die Geschichtsbücher eingegangene Bündnis gilt als das erste schriftliche Dokument für die Entstehung der alt-französischen und althochdeutschen Sprache. Auch im Hoch- und Spätmittelalter wird man vergeblich nach einer geerbten Feindschaft suchen. Im Gegenteil: Frankreichs Könige und die „deutschen“ Stauffer standen beispielsweise Seite an Seite gegen die englische Krone. Und während des Hunderjährigen Krieges zwischen England und Frankreich starben 1346 bei Crécy deutsche Ritter an der Seite ihrer französischen Mitstreiter im Pfeilhaag der englischen Langbogenschützen. Die Ursprünge für die vermeintliche Erbfeindschaft finden sich erst im habsburgisch-französischen Gegensatz, der sich im 16. Jahrhundert entwickelte, und den Kriegen des französischen Königs Ludwig XIV. Diese Kriege folgten jedoch der Logik dynastischer und machtpolitischer Ambitionen und nicht nationalistischen oder gar völkischen Überzeugungen.

**Kultur und Sprache** Abseits der Schlachtfelder fühlten sich die Deutschen von ihren Nachbarn eh seit jeher angezogen. Die deutschen Minnesänger des Mittelalters orientierten sich an ihren südfranzösischen Vorbildern, den Troubadours. In der frühen Neuzeit wurde wie überall in Europa auch an deutschen Königs- und Fürstenhöfen durchgängig französisch gesprochen und Preußens Friedrich der Große holte sich den Erbfürstentum bestimmt schien, wurde an deutschen Schulen neben Latein meist Französisch als erste Fremdsprache unterrichtet. Diesen Zustand hat selbst die deutsch-französische Freundschaft in den vergangenen fünf Jahrzehnten nicht mehr herstellen können. Alexander Weinlein

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Pfälzischer Erbfolgekrieg: Zerstörung Heidelbergs im Jahr 1689 durch französische Truppen unter General Melac. Holzstich nach einem Gemälde von Feodor Dietz (1857)



Kulturelle Anziehung: Friedrich der Große und der Philosoph Voltaire im Gespräch. Holzstich nach einer Zeichnung von Philipp Grotjohann (um 1900)



Szenen einer Feindschaft (v.l.n.r.): Napoleon zieht 1806 nach der Schlacht von Jena und Auerstedt in Berlin ein (Gemälde von Charles Menier, 1810). Bismarck im Gespräch mit dem geschlagenen Napoleon III. nach der Schlacht von Sedan 1870. Blutige Kämpfe um das Fort de Vaux bei Verdun während des Ersten Weltkriegs (Gemälde von Henri Georges Jacques Chartier, 1916). Truppenparade der Wehrmacht auf den Champs-Élysées nach dem Einzug in Paris am 14. Juni 1940



Das politische Großereignis des Jahres 2013 ist in Deutschland zweifellos die Bundestagswahl im Herbst – dann hat der Souverän das Wort, und von seinem Votum hängt der Kurs der deutschen Politik in der folgenden Legislaturperiode ab. Zuvor aber muss der Gesetzgeber für die Bundestagswahl ein neues Wahlrecht verabschieden.

Nachdem das Bundesverfassungsgericht im Juli 2012 das alte, von Schwarz-Gelb im Vorjahr gegen die Opposition durchgesetzte Wahlrecht als verfassungswidrig einkassierte, ist eine in weitgehendem Einvernehmen gefundene Lösung schon in Sicht. Schließlich hat der Bundestag in seiner letzten Sitzung vor der Winterpause bereits einen gemeinsamen Gesetzentwurf von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen (17/11819) sowie einen weiteren Entwurf der Linksfraktion (17/11821) in erster Lesung beraten. Unmittelbar nach der parlamentarischen Winterpause ist für den 14. Januar eine Sachverständigen-Anhörung des Innenausschusses zu den Vorlagen angesetzt, nach deren Auswertung der Ausschuss möglicherweise am 30. Januar seine Beschlussempfehlung für das Plenum verabschiedet wird. Dann könnten sich der Bundestag am 31. Januar oder 1. Februar und der Bundesrat am 1. März abschließend mit der Wahlrechtsreform befassen.

**Größerer Bundestag möglich** Dabei geht es im Kern um die Vermeidung von Überhangmandaten, die entstehen, wenn eine Partei mehr Direktmandate erringt als ihrem Zweitstimmenergebnis entspricht. Vermieden werden soll zudem der aus den Überhangmandaten resultierende Effekt des „negativen Stimmgewichts“, bei dem mehr Wählerstimmen für eine Partei dieser weniger Mandate im Parlament beschern beziehungsweise weniger Stimmen zu mehr Mandaten führen können. Nach der Vier-Fraktionen-Vorlage soll zur Vermeidung des negativen Stimmgewichts die mit der Wahlrechtsreform von 2011 eingeführte länderweise Verteilung der Sitze auf die Landeslisten der Parteien in modifizierter Form als erste Stufe der Sitzverteilung beibehalten werden. Zur Vermeidung von Überhangmandaten wird laut Entwurf „in einer zweiten Stufe die Verteilung der Gesamtzahl der Sitze so weit erhöht, bis bei anschließender bundesweiter Oberverteilung an die Parteien und Unterverteilung auf die Landeslisten alle Wahlkreismandate auf Zweitstimmenmandate der Partei angerechnet werden können“ – Überhangmandate sollen also durch sogenannte Ausgleichsmandate neutralisiert werden, was zu einer spürbaren Vergrößerung des Bundestages führen könnte.

Nach dem Gesetzentwurf der Linksfraktion soll künftig die Anrechnung von Direktmandaten auf das Zweitstimmenergebnis einer Partei auf der Bundesebene erfolgen. „Soweit dennoch – im Ausnahmefall – Überhangmandate entstehen, erfolgt ein Ausgleich, der sich nach den auf der Bundesebene erzielten Zweitstimmenanteilen der Parteien richtet“, heißt es in der Vorlage weiter. Dieses Modell führe „in der Regel zu keiner Vergrößerung des Bundestages“. Vor der Wahl festgelegt werden muss notgedrungen auch noch der genaue Wahltermin.

# Spannung in beiden Häusern

**WAHLEN** Nicht nur der Bundestag wird 2013 neu bestimmt. Auch über die Bundesratsmehrheit entscheidet der Souverän



In beiden Gesetzgebungsorganen werden 2013 die Karten neu gemischt: der Sitz des Bundestages (o.) und das Bundesratsplenum

Bayern möchte die Bundestagswahl auf den 29. September gelegt sehen, während fast alle Länder den 22. oder 15. September bevorzugen. An letzterem Termin sollen die Bayern nach dem Willen der CDU/FDP-Koalition ihren Landtag wählen, doch will der Freistaat keine Landtagswahl am Tag der Bundestagswahl. Bis zum 17. Januar sollen nun die Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen ihre Positionen Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) mitteilen. Offen ist auch noch der Termin für die hessische Landtagswahl, die ebenfalls im Herbst auf der Agenda des neuen Jahres steht. Klar dagegen ist, dass bereits am 20. Januar die Niedersachsen ein neues Lan-

desparlament wählen. Damit werden 2013 nicht nur im Bundestag die Karten neu gemischt, sondern auch im Bundesrat – schließlich geht es bei den absehbar drei Landtagswahlen auch um 17 der insgesamt 69 Stimmen in der Länderkammer.

**Kampf um Mehrheit** Dort verfügt Bayern ebenso wie Niedersachsen über sechs und Hessen über fünf Stimmen. Die für die meisten Bundesratsbeschlüsse erforderliche absolute Mehrheit von 35 Stimmen erreichen derzeit weder die wie der Bund schwarz-gelb regierten Länder noch die rot-rot beziehungsweise rot-rot geführten: Während der „neutrale Block“ der großen

Koalitionen in fünf Ländern auf 18 Stimmen kommt, verzeichnet das schwarz-gelbe Lager 21 Stimmen und Rot-Grün zusammen mit Hamburgs SPD-Regierung und dem rot-rot geführten Brandenburg 30 Stimmen. Da sich bei allen drei Landtagswahlen eine Koalition aus Union und FDP dem Wähler stellen muss, kann Schwarz-Gelb seine Position im Bundesrat 2013 maximal halten, aber nicht ausbauen. Sollte dagegen auch nur in einem der drei Länder die Regierung Parteien der Bundestagsopposition zufallen, hätten sie die 35-Stimmen-Marke erreicht. Nicht nur die Bundestagswahl verspricht 2013 also Spannung auch für die Bundespolitik. Helmut Stoltenberg

## Google protestiert

**MEDIENRECHT** Strittiges Leistungsschutzrecht weiter Thema

Seitenfüllend sind die Anzeigen, die der Internetkonzern Google in der letzten Zeit in auflagenstarken Tageszeitungen geschaltet hat. Sie sind Teil der konzerninternen Kampagne „Verteidige Dein Netz“. Diese startete Google medienwirksam Anfang Dezember – pünktlich zur ersten Lesung eines Gesetzentwurfes der Regierung im Bundestag. Mit diesem will die Bundesregierung sicherstellen, dass Presseverlage im Online-Bereich nicht schlechter gestellt sind als andere Werkvermittler. Deshalb hat sie einen „Entwurf eines Siebenten Gesetzes zur Änderung des Urheberrechts“ (17/11470) in den Bundestag eingebracht. Um den Schutz von Presseergebnissen im Internet zu verbessern, „soll ein Leistungsschutzrecht für Presseverlage eingeführt werden“, schreiben die Gesetzesinitiatoren zur Begründung. Mit diesem, heißt es in der Vorlage weiter, werde den Presseverlagen das ausschließliche Recht eingeräumt, „Presseergebnisse zu gewerblichen Zwecken im Internet öffentlich zugänglich zu machen“. Die Neuregelung gelte jedoch nur als Schutz vor „systematischen Zugriffen auf die verlegerische Leistung“ durch Anbieter von Suchmaschinen und Diensten, die Inhalte entsprechend einer Suchmaschine aufbereiten. Denn deren Geschäftsmodell, argumentiert die Regierung, sei „in besonderer Weise darauf ausgerichtet“, für die eigene Wertschöpfung „auch auf die verlegerische Leistung zuzugreifen“.

Blogger, private und ehrenamtliche Nutzer sowie Rechtsanwaltskanzleien, Verbände und Unternehmen der sonstigen gewerblichen Nutzung würden nicht erfasst und die Verbraucherrechte sowie das Zitatrecht unberührt bleiben. Google findet in seinem Protest gegen die Pläne, die gewerbliche Nutzung von Publikationen der Presseverlage zu unterbinden beziehungsweise kostenpflichtig zu machen, auch Unterstützung im Parlament selbst. Denn was der Parlamentarische Staatssekretär Max Stadler (CSU) einen „schlanken“ Entwurf zum Schutz der Verleger nennt, ermet in der ersten Lesung von der Opposition harsche Kritik. Der SPD-Abgeordnete Marin Dörmann sagte dagegen, der Gesetzentwurf sei „völlig kontraproduktiv“ und schränke „hilfreiche Suchmaschinenfunktionen faktisch“ ein. Zudem schaffe er „neue Rechtsunsicherheiten“. Dieser Ansicht ist auch Tabea Rößner, Medienexpertin von Bündnis 90/Die Grünen. Sie nannte den Entwurf „halbherzig, halbgar und halbfertig“. Er könne in der Ausgestaltung „nicht unklarer sein“ und verschaffe großen Verlagen wie Springer massive Gewinne. Auch Petra Sitte von der Linksfraktion war der Regierung vor, „Springer und Co“ eine „schöne Beschneidung“ bereitet zu haben. Auch in den eigenen Reihen der Koalition ist die Gesetzesinitiative nicht ganz unumstritten. Und so wird sie 2013 wieder auf der Agenda des Bundestages stehen. ver

## Vorsorge und Früherkennung

**GESUNDHEITSPOLITIK** Prävention steht im Zentrum

Im Wahljahr 2013 stehen in der Gesundheitspolitik keine großen Reformen mehr an. In einigen Teilgebieten soll sich aber noch etwas bewegen. Im Zentrum steht die Präventionsstrategie, auf die sich die Koalition und der Gesundheitsminister Mitte Dezember 2012 verständigt haben. „Jeder Einzelne trägt die Verantwortung für die Chancen und Risiken seines Lebens. Diese Eigenverantwortung gilt es zu stärken.“ So beschreiben Koalition und Minister das Ziel der Strategie. Die Maßnahmen müssten primär dort greifen, wo die Menschen „große Teile ihres Lebens verbringen, etwa in Kindertageseinrichtungen, Schulen, Städten und Gemeinden“. Ferner wollen die Verfasser darauf hinwirken, „dass sich die Präventionsakteure auf gemeinsame Präventions- und Gesundheitsförderungsziele verständigen“. Vorgesehen ist auch eine Aufstockung der Finanzmittel. Die für Präventionsleistungen der Krankenkassen gesetzlich vorgesehenen Mittel sollen von bisher gut vier auf sechs Euro pro Versicherten angehoben werden. Die Koalition plant, zur Umsetzung einiger dieser Maßnahmen in den kommenden Monaten noch Änderungen im Sozialgesetzbuch V vorzunehmen. Das Thema Prävention beschäftigt die Politik seit längerem. Der Gesundheitsaus-

schuss hatte dazu bereits im November 2011 eine Anhörung durchgeführt. Beraten wurden entsprechende Anträge der SPD (17/5384), der Linken (17/6304) und von Bündnis 90/Die Grünen (17/5529). Darin fordern die Oppositionsparteien übereinstimmend ein eigenes Präventionsgesetz, das die zahlreichen bestehenden Präventionsprojekte und -ansätze vereinheitlichen und mit einem soliden finanziellen Fundament ausstatten soll. Die Koalition hatte hingegen wiederholt klar gemacht, dass sie ein eigenes Gesetz für den Bereich Prävention und Gesundheitsförderung ablehnt. Mit ihrer Strategie will sie vor allem Ziele präzisieren, Akteure zusammenführen und bestehende Institutionen stärken. Den im August 2012 beschlossenen Gesetzentwurf zur Krebsfrüherkennung und zu den klinischen Krebsregistern versteht die Koalition als Element ihrer Präventionsstrategie. Das Gesetz (17/11267), das im Frühjahr 2013 verabschiedet werden soll, schaffe die Voraussetzungen dafür, dass die Krebsfrüherkennungsangebote besser und sicherer würden. Ergänzend werde der Ausbau der klinischen Krebsregister dazu beitragen, die Qualität der onkologischen Versorgung zu steigern, erklärt die Bundesregierung. tw

## Wechsel in Mainz

**RHEINLAND-PFALZ** Es war ein genialer Schachzug: Der scheidende Ministerpräsident Kurt Beck (SPD) präsentierte mit Sozialministerin Malu Dreyer (SPD) im September völlig überraschend eine Frau als designierte Nachfolgerin, die bei den Rheinland-Pfalzern und in der Partei außerordentlich beliebt und in ihrem Arbeitsbereich immer auf dem letzten Stand ist. Dass Dreyer den über Monate gehandelten Männern in Mainz den Rang abgelaufen hat, gibt dem Wechsel am Rhein eine besondere Würze. Attribute wie Teamgeist und leidenschaftliches soziales Engagement fallen, wenn von der „Queereinsteigerin“ Dreyer die Rede ist, die mit 34 Jahren in die SPD eingetreten ist. Seit Jahren leidet sie an Multipler Sklerose (MS), was sie aber nicht an ausgedehnten Dienstreisen hindert. Wie die 51-Jährige die schwere Krankheit und ihr riesiges Arbeitspensum meistert, nötigt nicht nur ihrer näheren Umgebung großen Respekt ab. 2016 steht die nächste Landtagswahl an – Beck hatte 2011 nur hauchdünn gegen die CDU-Herausforderin Julia Klöckner gewonnen. Diese wird sich nun umstellen müssen: Frau gegen Frau – das wird eine Wahlkampfpremiere in Deutschland. Wenn Dreyer am 16. Januar die Regierungsgeschäfte in Mainz übernimmt, wird sie neben Hannelore Kraft (SPD, NRW), Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU, Saarland) und Christine Lieberknecht (CDU, Thüringen) die fünfte Ministerpräsidentin in der Geschichte der Bundesrepublik sein. Als erste Frau regierte Heide Simonis (SPD, Schleswig-Holstein) ab 1993 in einem Bundesland. Robert Luchs

## Zwangsbehandlungen als »Ultima Ratio«

**PSYCHIATRIE** Koalition will Rechtssicherheit schnellstmöglich wieder herstellen

Der Fall Gustl Mollath bewegt seit Wochen die Republik: Der heute 56-Jährige ist, nachdem er unter anderem Schwarzgeld-Geschäfte bei der Hypovereinsbank angegründet hatte, seit 2006 wegen angeblicher Gemeingefährlichkeit in der Psychiatrie untergebracht. Er habe gefährliche Wahnvorstellungen, urteilten wiederholt Gutachter und Gerichte.

**Gesetzesinitiative** Der Fall Mollath wurde zur gleichen Zeit publik, in der die Zwangsbehandlung psychisch erkrankter Menschen 2012 erstmals auf der Agenda des Bundestages stand. Und auch im neuen Jahr wird die Zwangsbehandlung sofort wieder ein zentrales Thema sein. Am Donnerstag, 17. Januar, ist eine 45-minütige Plenardebatte zum Thema vorgesehen. Ein Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen „zur Regelung der betreuungsrechtlichen Einwilligung in eine ärztliche Zwangsmaßnahme“ (17/11513) wird dann in zweiter und dritter Lesung beraten und voraussichtlich auch verabschiedet. Diese Gesetzesinitiative war bereits Ende November des vergangenen Jahres im Plenum diskutiert worden. Das Gesetz soll möglichst schnell den Bundestag passieren, damit alsbald eine neue Regelung zur Zwangsbehandlung psychisch Kranker gelten kann. Union und FDP-Fraktion wollen „eine hinreichend bestimmte Regelung für die Einwilligung des Betreuten in eine Behandlung des Betreuten, die dieser ablehnt“, schaffen. Bis vor kurzem wurde die gesetzliche Regelung nach der bisherigen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs in Paragraph 1906 des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) ges-

hen. Demnach durften „Betroffene im Rahmen einer Unterbringung und unter engen Voraussetzungen auch gegen ihren natürlichen Willen behandelt werden“, heißt es in der Vorlage. Allerdings hat der Bundesgerichtshof in zwei Entscheidungen im Juni 2012 seine bisherige Rechtsprechung aufgegeben. Er entschied, dass es an einem Gesetz, das den verfassungsrechtlichen Anforderungen genügt, fehle. Seither sei „eine auf das Betreuungsrecht gestützte Behandlung von Betroffenen, die aufgrund einer psychischen Krankheit oder einer seelischen oder geistigen Behinderung die Notwendigkeit der ärztlichen Maßnahme nicht erkennen oder nicht nach dieser Einsicht handeln können und denen ein erheblicher gesundheitlicher Schaden droht“ nicht möglich, schreiben die Abgeordneten.

**Eindeutige Rechtsgrundlagen** In Anlehnung an das BGB müsse eine Zwangsbehandlung weiterhin „im Rahmen einer Unterbringung nach Paragraph 1906 Absatz 1 BGB erfolgen“. Sowohl Unterbringung, als auch Zwangsmaßnahme bedürften der gerichtlichen Genehmigung. Zudem, halten die Verfasser der Vorlage fest, dürften ärztliche Zwangsmaßnahmen nur das letzte Mittel sein, da mit ihnen ein „erheblicher Grundrechtseingriff“ verbunden sei. Sie sollten insbesondere in Situationen drohender erheblicher Selbstgefährdung infrage kommen. Die Gesetzesinitiative schaffe „keine neuen Eingriffsmöglichkeiten, sondern lediglich eine eindeutige Rechtsgrundlage, damit die bisher geübte und bewährte Praxis rechtssicher fortgeführt werden

kann“, erklärte Thomas Silberhorn (CSU) in der ersten Lesung. Zudem betonte er die Dringlichkeit des Anliegens.

**Kein Omnibusgesetz** Die SPD-Parlamentarierin Sonja Steffen argumentierte damals, die beiden Gerichtsurteile hätten „die Selbstbestimmungsrechte betreuter Personen völlig zu Recht erheblich gestärkt“. Mit Verweis auf die UN-Behindertenkonvention erklärte sie, es sei wichtig, „dass die Betroffenen selbst vor dem Erlass des Gesetzes gehört werden“. Daher begrüße sie, dass die Regelung nicht, wie ursprünglich vorgesehen, sondern „den ganz normalen Gang des Gesetzgebungsverfahrens gehen wird“. Der federführende Rechtsausschuss veranstaltete Anfang Dezember eine Expertenanhörung zum Thema. Zehn Fachleute waren eingeladen und legten in der einhalbstündigen öffentlichen Diskussion ihre Standpunkte dar. Die Anordnung ärztlicher Zwangsmaßnahmen müsse als „Ultima Ratio“ zulässig sein – so lautete ihr Tenor. Über den Gästen, auf der Besucher- und Presstribüne des Sitzungssaales herrschte zu Beginn ein großes Durcheinander. Etwa ein Dutzend Menschen protestierten gegen den Regierungsentwurf. Die Anhörung musste unterbrochen werden. Einige Besucher, die nicht auf die Aufforderung, sich ruhig zu verhalten, reagierten, mussten vom Sicherheitsdienst aus dem Saal entfernt werden. Sie alle hatten sich zuvor solidarisch mit Gustl Mollath gezeigt und die Abgeordneten auf sein Schicksal hingewiesen. Kurz vor Weihnachten wurde bekannt, dass der renommierte Strafverteidiger Gerhard Strate aus Hamburg Gustl Mollath bei dessen Bemühungen um ein Wiederaufnahmeverfahren vertreten wird. Strate erklärte, er sehe „sehr gute Chancen“ für die Wiederaufnahme. Verena Renneberg

## Der Klapperstorch streikt

**FAMILIE** Geburtenrate sinkt trotz mehr staatlicher Leistungen

Familienpolitikern treibt der Befund Sorgenfalten auf die Stirn. Die Geburtenrate in Deutschland ist mit statistischen 1,39 Kindern pro Frau eine der niedrigsten in Europa. In Sachen Fortpflanzung liegen die Deutschen weit abgeschlagen hinter den Iren (2,2 Kinder), Türken (2,04) und Franzosen (2,01). Weder die Erhöhung des Kindergeldes, noch die Einführung des Elterngeldes, noch der Ausbau von Kindertagesstätten hatte in den vergangenen Jahre daran etwas ändern können. Am 1. August 2013 dürfen sich Deutschlands Mütter und Väter über neue staatliche Leistungen freuen. Zum einen tritt der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr in Kraft. Zeigleich wird das Betreuungsgeld fällig. Eltern, die für ihre Kinder zwischen dem ersten und dritten Lebensjahr keine öffentlich geförderte Betreuungseinrichtung in Anspruch nehmen, erhalten zunächst 100 Euro, ab dem Jahr

2014 dann 150 Euro monatlich. Verknüpft werden soll das Betreuungsgeld zudem mit dem sogenannten Bildungssparen. So erhalten diejenigen Eltern, die auf eine Barauszahlung des Betreuungsgeldes verzichten, eine zusätzliche Prämie von 15 Euro pro Monat, wenn sie das Geld in private Altersvorsorge investieren oder für die spätere Ausbildung des Kindes ansparen. Der entsprechende Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP (17/11315) muss allerdings noch abschließend durch den Bundestag beraten und verabschiedet werden. Ob die neuen staatlichen Wohltaten jedoch auch die Geburtenrate nach oben drücken können, ist fraglich. Denn eine aktuelle Studie des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung zeigt, dass der Kinderwunsch der Deutschen offensichtlich auch unabhängig von den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen prinzipiell niedriger ausgeprägt ist als früher. So glauben gerade noch 45 Prozent der 18- bis 50-Jährigen, dass eigene Kinder zu mehr Lebensfreude führen würden. Ebenso offen ist, ob das Betreuungsgeld das Jahr 2013 überhaupt überleben wird. Nachdem auch der Bundesrat Mitte Dezember der neuen Leistung grünes Licht erteilt hatte, kündigte das SPD-regierte Hamburg eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht an. Auch die SPD und Bündnis 90/Die Grünen hatten mit Klagen gedroht. In dem Fall abschaffen wollen sie das Betreuungsgeld im Fall eines Sieges bei der Bundestagswahl. aw



Neue Studie: Immer weniger Deutsche wollen Kinder





Die Krise des Euro wird auch 2013 die politische Agenda in Europa bestimmen. Bundeskanzlerin Angela Merkel hält dabei weiter die Fäden fest in der Hand, wie dieses Bild an einer Hauswand in Lissabon zeigt.

# Strippenziehen geht weiter

**EURO 2013** muss Europa die Weichen für den Umbau der Wirtschafts- und Währungsunion stellen

Für Entwarnung ist es zu früh. „Es ist einiges geschafft“, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) zum Abschluss des jüngsten EU-Gipfels, „aber ich glaube, es liegt nach wie vor noch eine schwere Zeit vor uns.“ Auch 2013 wird die Politik auf europäischer Ebene im Zeichen der Krisenbewältigung stehen. Das abgelaufene Jahr hat bei der Bekämpfung der Eurokrise Fortschritt gebracht, teilweise auch unerwartet. So hatte Anfang des Jahres noch niemand von einer Bankenunion gesprochen. Mitte Dezember, in der Nacht vor dem EU-Gipfel, haben die Finanzminister der Eurozone deren ersten Pfeiler, die gemeinsame Bankenaufsicht, beschlossen.

Zentralbank (EZB), Mario Draghi ein Anleihekaufprogramm an. Draghi nahm damit die so genannte „Bazooka“, in die Hand, die stärkste Waffe der Währungspolitik im Kampf gegen die Euro-Spekulanten – gegen die ESM-Hilfen ebenfalls notwendig machen könnten. Spanien, das im Juni Unterstützung für seine notleidenden Banken beantragt hat, wird vielleicht im neuen Jahr ein größeres Programm benötigen. Die Regierung hat dies jüngst nicht mehr so kategorisch ausgeschlossen wie zuvor.

handlungen der Troika zum Rettungsprogramm für Zypern, das im Sommer Hilfe beantragt hatte, ziehen sich. Slowenien befindet sich in einer wirtschaftlichen Schiefelage, die ESM-Hilfen ebenfalls notwendig machen könnten. Spanien, das im Juni Unterstützung für seine notleidenden Banken beantragt hat, wird vielleicht im neuen Jahr ein größeres Programm benötigen. Die Regierung hat dies jüngst nicht mehr so kategorisch ausgeschlossen wie zuvor.

wann der ESM Banken direkt unterstützen darf. Die südlichen Mitgliedsstaaten möchten, dass dies so schnell wie möglich der Fall ist. 2013 will die EU-Kommission einen Vorschlag für einen gemeinsamen Abwicklungsmechanismus präsentieren, dem zweiten Baustein der Bankenunion. Die Bundesregierung hat sich bisher erfolgreich gegen eine gemeinsame Einlagensicherung gewehrt. Voraussichtlich beim EU-Gipfel im Februar werden sich die Staats- und Regierungschefs ums Geld streiten. Im November war es ihnen nicht gelungen, sich auf eine

Finanzplanung für die Jahre 2014 bis 2020 zu verständigen. Sollte es zu einer Einigung kommen, muss das Europäische Parlament (EP) das Zahlenwerk absegnen. Zum ersten Mal, denn der Vertrag von Lissabon sichert den Europa-Abgeordneten zusätzliche Kompetenzen im Bereich Haushalt zu. Der Vorsitzende des Haushaltsausschusses, Alain Lamassoure, hat bereits angekündigt, das Budget nicht einfach durchzuwinken. Die Mitgliedstaaten setzen dagegen darauf, dass das EP einen mühsam errungenen Deal nicht aufschütten wird. *Silke Wettach*



»Es liegt nach wie vor eine schwere Zeit vor uns.«

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU)

brechlich alleine die Hilfskonstruktion für dieses Land ist. Aktuell zeichnet sich nicht ab, wie es je seine Schulden ganz wird abbezahlen können. Die im Herbst aufgetragene Diskussion über einen Schuldenschnitt – diesmal für die öffentlichen Gläubiger – möchte die Bundesregierung gerne bis nach der Bundestagswahl im September 2013 aufschieben. Es ist unklar, ob das funktionieren wird. Der permanente Rettungsschirm ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus) nahm im September seine Arbeit auf und wird 2013 neue Kundschaft bekommen. Die Ver-

**Baustelle Währungsunion** Neben diesen Kriseneinsätzen wird der Umbau der Eurozone ganz oben auf der Liste der politischen Prioritäten stehen. Die vergangenen Jahre haben deutlich gezeigt, dass die Eurozone eine neue Architektur benötigt. Beim jüngsten EU-Gipfel wollten die Staats- und Regierungschefs dazu eigentlich einen genauen Terminplan ausarbeiten, doch dazu ist es nicht gekommen. Die Ansichten der Mitgliedstaaten divergierten zu stark. Deutschland, aber auch die Niederlande und Finnland lehnen einen umfangreichen und dauerhaften Umverteilungsmechanismus ab, wie ihn sowohl EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy als auch die EU-Kommission in ihren Blaupausen vorgeschlagen hatten. Bis zum Juni soll Van Rompuy nun neue Pläne vorlegen.

Alleine die weiteren Schritte zur Bankenunion dürften sich als kompliziert erweisen. Die Umsetzung der beschlossenen Aufsicht steckt im Detail noch voller Schwierigkeiten. Bisher ist auch noch nicht geklärt, ab

## STICHWORT

### Europa 2013 – Arbeitsprogramm der neuen Trio-Präsidentschaft

> **Trio-Präsidentschaft** In den kommenden 18 Monaten werden Irland, Litauen und Griechenland den Dreiervorsitz im Europäischen Rat übernehmen. Ihr Präsidentschaftsprogramm wurde im Dezember 2012 in Brüssel verabschiedet.

> **Euro-Krise** Beim Kampf gegen die Krise in Europa sollen Maßnahmen zur Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion sowie die Rechtsvorschriften für die neue Bankunion konkretisiert werden. Die Mechanismen zur wirtschaftspolitischen Steuerung sollen weiter verstärkt werden.

> **MFR 2014 - 2020** Im Februar steht erneut der Mehrjährige Finanzrahmen (MFR) der Europäischen Union von 2014 bis 2020 auf der Agenda. Dabei handelt es sich nicht um den EU-Haushalt, sondern um Ausgabenobergrenzen.



## Schrittweiser Abzug aus Afghanistan

**AUSWÄRTIGES** Bundespräsident Joachim Gauck hat es bei seinen Afghanistan-Besuch im Dezember 2012 in aller Deutlichkeit gesagt: Die Menschen am Hindukusch dürfen nicht allein gelassen werden. „Und wer meint, dass nach 2014 in Afghanistan nichts mehr gestaltet werden kann, oder nichts mehr gestaltet werden müsste, der ist entweder überoptimistisch oder leichtsinnig oder er ist schlicht und einfach unsolidarisch“, erklärte der Bundespräsident bei seinem Überlassungsbesuch bei den deutschen Soldaten.

Elf Jahre dauert der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan nun schon. Im nächsten Jahr beginnt der Abzug. Oder doch nicht? Die Bundesregierung beabsichtigt jedenfalls unter dem neuen Mandat ab Ende Februar 2013, die Zahl der eingesetzten Bundeswehrosoldaten in Afghanistan zu verringern. Künftig sollen als Obergrenze nur noch bis zu 4.400 Männer und Frauen in das Land am Hindukusch entsandt werden, heißt es im Antrag (17/11685) der Bundesregierung.

Gegenwärtig umfasst das Kontingent als Teil der Nato-geführten Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe (Isaf) noch 4.900 Soldaten. Darüber hinaus plant die Bundesregierung, zum Ende des Mandatszeitraums Ende Februar 2014 das Kontingent auf bis zu 3.300 Soldaten zu reduzieren, „soweit die Lage dies erlaubt und ohne dadurch unsere Truppen oder die Nachhaltigkeit des Übergabeprozesses zu gefährden“, heißt es von der Bundesregierung. Wenn der jetzt eingeschlagene Weg „konsequent“ weiter beschritten werde, werde Afghanistan am Ende des Jahres 2014 in der Lage sein, die Sicherheitsverantwortung landesweit und vollständig wahrzunehmen, erklärt die Bundesregierung weiter.



Bundespräsident Joachim Gauck

Polizei und Armee in Afghanistan verfügen derzeit über mehr als 337.000 Angehörige. Damit sind 96 Prozent des Ziels von 352.000 Sicherheitskräften erreicht. Polizei und Armee sollen bis Ende 2013 „voll einsatzbereit“ sein. 85 Prozent der Ausbildung der Sicherheitskräfte erfolgt inzwischen durch die Afghanen selber. Auch die Ausbildung des Personals macht Fortschritte: Bei der Armee seien rund 2.700 Ausbilder im Dienst, bei der Polizei arbeiten rund 1.500 dieser speziellen Ausbilder. Bis Ende 2014 sollen die afghanischen Kräfte im ganzen Land die Sicherheitsverantwortung von der Nato-geführten Isaf übernommen haben. Experten äußern daran Zweifel. Zwar stimme es, dass sich mit Blick auf die Sicherheitslage 2012 der „leicht positive Trend“ fortgesetzt habe. Doch es bleibe weiterhin viel zu tun etwa in der Landwirtschaft. So gebe es nur wenige Felder, die von den Bauern in Ruhe bestellt werden könnten, weil sie wissen, dass sie sicher seien. Auch das Training der Sicherheitskräfte wird nach Einschätzung von Beobachtern noch mehr Zeit als geplant in Anspruch nehmen. Als ein weiteres Problem gilt in Afghanistan die Korruption, was Entwicklungshilfeorganisationen bestätigen. Weiterhin ist auch der Anbau von Drogen eine wichtige Einnahmequelle. Und auch die Tabakanne kontrollieren weiterhin ganz Landstriche. Viele Beobachter in Afghanistan beschleichen daher das Gefühl, dass die Taliban nur darauf warten, den Abzug der Alliierten abzuwarten, um dann in aller Seelenruhe „wieder das Rad zurückzudrehen“. *Bernard Bode*

## Frühlingsmüdigkeit in Nordafrika

**UMBRUCH** Der Weg Ägyptens ist ein Maßstab für Erfolg oder Misserfolg des »Arabischen Frühlings«. Ein Vorbild ist das Land in der Region derzeit nicht

Was 2011 mit Massenprotesten und bewaffnetem Aufstand begonnen hatte, sollte 2012 in geordnete institutionelle Bahnen gelenkt werden – so sahen es zumindest die Protagonisten und Unterstützer des sogenannten „Arabischen Frühlings“. Ihre Hoffnungen haben sich aber nur zum Teil erfüllt. Scher jetzt steht fest, dass auch 2013 für die Araber ein Jahr voller politischer Wechselbäder sein wird. Möglicherweise wird der Wind des Wandels auch einige der islamisch-konservativen Staaten der Golfregion erfassen. Dass ein Umbruch dort demokratische Reformen bringen würde, bezweifeln jedoch viele Beobachter. Sie befürchten, dass es dort eher zu sektiererischer Gewalt und einer Machtübernahme durch radikale Islamisten kommen könnte.

moderaten Islamisten vor, diese hätten ein falsches Spiel betrieben und ihre wahren Absichten vor den Wahlen verborgen. Libyen hat 2012 dagegen eine beeindruckende Entwicklung genommen. Zwar ist die Sicherheitslage nach wie vor prekär, vor allem in Bengasi, der Hauptstadt der Revolution. Doch die radikal-islamischen Salafisten sind in Libyen genau wie in Tunesien nicht mehr als eine schrille Randerscheinung. In beiden Staaten spielte die Bewegung mit ihrer männerbündlerischen Machokultur bei den Wahlen keine Rolle. Ein liberales Parteienbündnis gewann den Urnengang. Die Muslimbrüder mussten sich mit dem zweiten Platz begnügen. Die Bildung der Übergangsregierung in Libyen war keine einfache Operation. Der erste designierte Ministerpräsident Mustafa Abu Scharaf fand für seine Kabinetsliste nicht genügend Unterstützung im Parlament. Vier Kandidaten seines Nachfolgers, Ministerpräsident Ali Zeidan, wurden von einer Kommission durchleuchtet, deren Aufgabe es ist, Korruptionsfälle und andere Vergehen aus der Ära von Staatschef Muammar al-Gaddafi zu untersuchen. Doch die erste freie, demokratische Wahl in der Geschichte des nordafrikanischen Landes lief nach Ansicht von Beobachtern vor Ort geradezu mustergültig ab.

Bei der Parlamentswahl in Ägypten landeten die Salafisten dagegen mit 27,8 Prozent der Stimmen auf dem zweiten Platz hinter der Partei der Muslimbrüder, die 37,5 Prozent der Wähler überzeugen konnten. Aus diesem Erfolg beziehen die Salafisten die Überzeugung, sie könnten jetzt auf der Straße den Ton angeben. Sie protestieren, randalieren und spielen sich mancherorts sogar als Religionspolizisten auf, die ihre Mitbürger zu einem frommen Lebenswandel zwingen wollen.

**Übergangszeit** Im Jemen fehlt immer noch die für einen echten Neuanfang notwendige Dynamik. Zwar hatten es die Oppositionellen geschafft, Langzeitpräsident Ali Abdullah Salih aus dem Amt zu drängen. Als Parteivorsitzender des Allgemeinen Volkskongress (GPC) blieb Salih jedoch aktiv. Der UN-Gesandte in Sanaa, Jamal Benomar, drohte kürzlich sogar mit Sanktionen, falls die Umsetzung des Fahrplans für die Übergangszeit weiter behindert werden sollte. Präsident Abed Rabbo Mansour Hadi reagierte prompt und setzte mehrere einflussreiche Militärs ab. Ägypten ist als bevölkerungsreichstes arabisches Land ein Maßstab für den Erfolg oder Misserfolg des Arabischen Frühlings. Ein Vorbild ist Ägypten nicht. Den regierenden Islamisten mangelt es an Kompromissbereit-

schaft, die säkulare Opposition ist desorganisiert. Einigen Oppositionellen fehlt der Kontakt zur Basis. So hat der Friedensnobelpreisträger und ehemalige Chef der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA), Mohammed al-Baradei, erst jetzt voller Empörung festgestellt, was viele seiner Mitstreiter schon 2011 beklagt hatten: Wenn ihre Macht gefährdet ist, entwickeln die Muslimbrüder

und ihr Präsident Mohammed Mursi die gleichen Abwehrreflexe wie der 2011 gestürzte Präsident Husni Mubarak. Als Verlierer fühlen sich in Ägypten jetzt vor allem die Angehörigen der christlichen Minderheit. Für viele syrische Christen ist die Entwicklung in Ägypten deshalb ein abschreckendes Beispiel, trotz der viel blutigeren Konflikte in ihrem eigenen Land. Obwohl die

Christen unter den syrischen Regimegegnern gerne betonen, „dass unsere Muslimbrüder nicht so zurückgeblieben sind wie die Islamisten in Ägypten“, befürchten etliche Angehörige der christlichen Kirchen, dass der sunnitische Islam zum dominierenden Element des syrischen Staates in der Post-Assad-Ära werden könnte. Daran, dass der alawitische Präsident Baschar al-Assad und seine Entourage wahrscheinlich nicht mehr lange durchhalten werden, zweifelt inzwischen niemand mehr. Nach dem grausamen Gemetzel der vergangenen Monate wird es schwer sein, Racheakte zu verhindern. Die westlichen Verbündeten der Opposition drängen deshalb darauf, dass möglichst schnell eine Übergangsregierung gebildet wird, die schon vor dem Sturz von Assad in den „befreiten Gebieten“ die Verantwortung übernehmen soll. *Anne-Béatrice Clasmann*



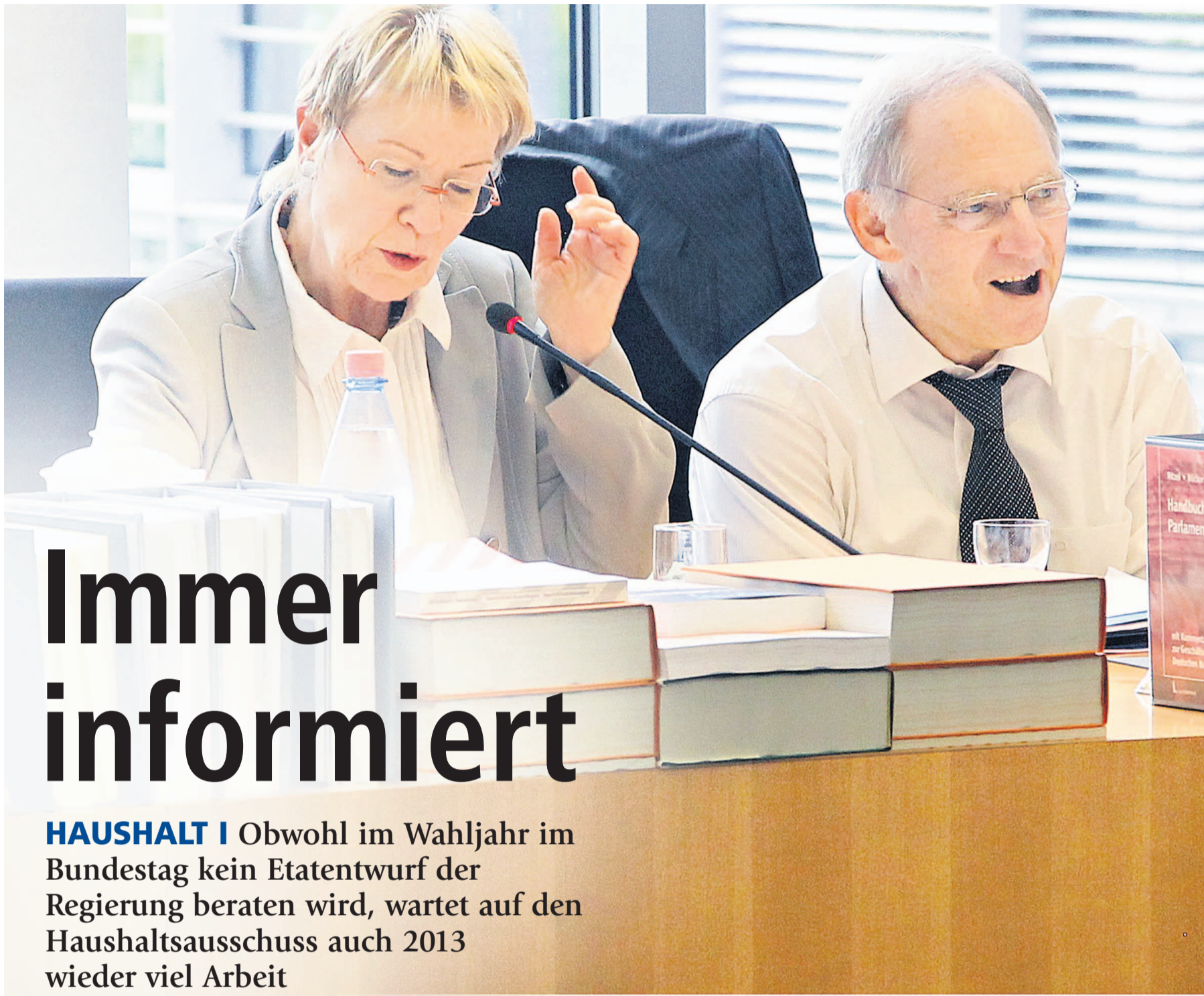
Ein Soldat wartet auf seinen Einsatz zum Schutz des Präsidentenpalastes in Kairo.

Die Autorin ist dpa-Korrespondentin für die Arabische Welt.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper







# Immer informiert

**HAUSHALT I** Obwohl im Wahljahr im Bundestag kein Etatentwurf der Regierung beraten wird, wartet auf den Haushaltsausschuss auch 2013 wieder viel Arbeit

WIRTSCHAFT UND FINANZEN 2013 ▶▶

Termin im Haushaltsausschuss: Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) und die Vorsitzende Petra Merkel (SPD)

Es ist sicher: Auch im neuen Jahr hat der Haushaltsausschuss viel zu tun. Wenn vielleicht auch nicht so viel wie normalerweise. Denn in Nicht-Wahljahren debattiert der Haushaltsausschuss in der zweiten Jahreshälfte intensiv den Etatentwurf der Bundesregierung für das kommende Jahr: 2012 waren es allein 56 Sitzungsstunden im Ausschuss, dazu kamen noch unter anderem sogenannte Berichterstattergespräche. Dies ist im Wahljahr 2013 anders. Der Etatentwurf der Regierung für das Folgejahr (2014) wird im Bundestag in der Regel nicht mehr debattiert. Er wird erst im Frühjahr des dann folgenden Jahres beraten, den der Finanzminister der neuen Regierung zuvor vorgelegt hat – wer auch immer das 2014 sein mag. Aber auch dessen Haushaltsentwurf basiert auf dem Entwurf der derzeitigen Regierung, dessen Eckpunkte das Kabinett im März verabschiedet wird. Anschließend wird Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) den Haushaltsausschuss, der von Petra Merkel (SPD) geleitet wird, dann darüber informieren.

**Die Leistungen des Bundes für die Soziale Sicherung ist der größte Posten.**

**Finanzplan** Ein wesentlicher Baustein der Eckpunkte ist der Finanzplan des Bundes 2012 bis 2016. Die Bundesregierung geht darin von einem Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts (BIP) von rund 1,5 Prozent aus. Laut den bisherigen Pla-

nungen sollen 2014 die Ausgaben des Bundes 302,9 Milliarden Euro betragen. Dies bedeutet gegenüber diesem Jahr keine wesentliche Veränderung. Die Steuereinnahmen sollen auf rund 270 Milliarden Euro steigen, und die Nettokreditaufnahme soll 13,1 Milliarden Euro betragen. Für Investitionen sind nach der mittelfristigen Finanzplanung 29,7 Milliarden Euro eingeplant. Darin enthalten sind auch die Mittel in Höhe von 4,3 Milliarden Euro für die Kapitalbeteiligung am Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM. Die Leistungen des Bundes für die Soziale Sicherung ist und bleibt der größte Ausgabenposten des Bundeshaushalts. Dafür werden auch 2014 wieder mehr als 145 Milliarden Euro aufgewendet werden. Dabei sind alleine für Rentenversicherungsleistungen 83,1 Milliarden Euro vorgesehen. Das sind rund 31 Prozent der Gesamtausgaben der Rentenversicherung. Für den Arbeitsmarkt sollen 30,2 Milliarden Euro vom Bund ausgegeben werden. Dabei geht die Regierung von rund 2,72 Millionen Arbeitslosen aus. Für die Gesetzliche Krankenversicherung sind knapp zwölf Milliarden Euro und für sogenannte familienpolitische Leistungen etwa mehr als sechs Milliarden Euro eingeplant. Die Ausgaben für Verteidigung soll bei 27,8 Milliarden Euro liegen. Ein großer Ausgabenposten sind auch die Zinszahlungen des Bundes. Dafür sollen nach der Planung der derzeitigen Regierung im kommenden Jahr 34,4 Milliarden Euro

ausgegeben werden. Das sind rund 2,7 Milliarden Euro mehr als in diesem Jahr. Die Einnahmen müssen nach dem Haushaltsrecht die Ausgaben decken. Trotz aller Diskussionen über die Neuverschuldung ist und bleiben die Steuern die größte Einnahmequelle des Bundes. Laut den derzeitigen Planungen sollen diese im kommenden Jahr insgesamt 269,1 Milliarden Euro betragen. Davon kommen aus dem Bundesanteil der Umsatzsteuer 87,3 Milliarden Euro und aus dem Bundesanteil an der Lohnsteuer und der veranlagten Einkommensteuer 87,3 Milliarden Euro. Eine weitere wichtige Einnahmequelle ist die Energiesteuer, die 2014 für den Bund rund 32 Milliarden Euro bringen soll. Trotz Rauchverbots und Zigarettensteuern soll die Tabaksteuer weiterhin mehr als 14 Milliarden Euro bringen. Diese prognostizierten Einnahmen werden nochmals neu justiert. Im Mai gibt es wieder eine Steuerschätzung. Die Ergebnisse werden dann in den endgültigen Haushaltsentwurf der Bundesregierung eingearbeitet, der wahrscheinlich im Juni vom Kabinett verabschiedet wird. Die Planungen der Bundesregierung sind natürlich auch mit Risiken behaftet. Zu den Risiken zählt der Bundesrechnungshof (BRH) unter anderem eine ungünstigere gesamtwirtschaftliche Entwicklung sowie einen Anstieg des Zinsniveaus. Der BRH gibt zu bedenken, dass ein steigendes Zinsniveau aufgrund der jährlichen Bruttokreditauf-

nahmen von 250 Milliarden Euro „erheblich“ auf die Zinslast des Bundes durchschlägt. Ein weiteres Risiko für den Bundeshaushalt sind laut BRH die möglichen negativen Effekte der Staatsschuldenkrise auf den Bundeshaushalt.

**Schuldenkrise** Die Frage, welche Auswirkungen die europäische Staatsschuldenkrise im Bundeshaushalt hat, wird deshalb den Haushaltsausschuss weiter beschäftigen. Sicher ist, dass das Hilfspaket für Griechenland 2013 den Bund rund 760 Millionen Euro kostet. Über die weitere Entwicklung dort und in weiteren Krisenländern im Euroraum muss der Finanzminister regelmäßig dem Bundestag insgesamt berichten und in vielen Fällen dessen Zustimmung einholen. Wie sich die Staatsschuldenkrise weiterentwickelt, ist aber nicht vorhersehbar. Die Opposition von SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen zweifelt an, ob das im November 2012 verabschiedete Griechenlandpaket ausreichend ist. Unklar ist auch, ob noch weitere Länder wie zum Beispiel Zypern finanzielle Hilfe benötigen. In der Vergangenheit führten entsprechende Entscheidungen der europäischen Finanzminister zu Sondersitzungen des Haushaltsausschusses.

**Die Schuldenkrise bleibt wichtiges Thema im Haushaltsausschuss.**

Mehr zum Thema: [www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17](http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17)

## Thermometer der Krise

**HAUSHALT II** Unbekannte Risiken durch »Target 2«

Die wirtschaftlichen Ungleichgewichte im Euro-Raum sind nach wie vor gewaltig. Nicht nur an den Defiziten und hohen Schulden, an der Rezession und der Massenarbeitslosigkeit in den Krisenstaaten zeigt sich die Misere. Auch im System der Europäischen Zentralbank (EZB) haben sich riskante Ungleichgewichte aufgebaut. Die Verbindlichkeiten der Krisenländer im Zahlungsverkehrssystem »Target 2« betragen rund eine Billion Euro. Durch Target ist somit in den vergangenen fünf Jahren mehr Geld in die Krisenländer geflossen als über die offiziellen Rettungspakete und -fonds. Ifo-Präsident Hans-Werner Sinn nennt Target eine „goldenen Kreditkarte“, die den Krisenländern unbegrenzt Kredit über die Notenpresse ermöglicht.

Seit Ausbruch der Krise sind die Target-Forderungen besonders der Deutschen Bundesbank explosionsartig gestiegen. Nach den jüngsten verfügbaren Zahlen lagen sie bei 715 Milliarden Euro – 50 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. „Besorgniserregend“ sei die Höhe des Target-Saldos, meint Thomas Mayer, der ehemalige Deutsche-Bank-Chefvolkswirt. Die Target-Kurve sei ein „Fieberthermometer“ der Krise. Hauptschuldner sind die Peripherieländer: Spanien mit 366 Milliarden Euro, Italien mit 247 Milliarden Euro, Griechenland mit 108 Milliarden Euro, Irland mit 90 Milliarden Euro und Portugal mit 70 Milliarden Euro.

Target steht für „Trans-European Automated Real-time Gross settlement Express Transfer system“. Dahinter verbirgt sich das Abwicklungssystem für grenzüberschreitende Zahlungen der Zentralbanken im Euroraum. Es ist so etwas wie das unterirdische Kanalsystem der Eurozone. Wenn sich zum Beispiel eine griechische Bank bei der Athener Zentralbank Geld leiht und ihr Kunde das neu geschaffene Geld dann nach Deutschland überweist, entsteht ein negativer Target-Saldo für Griechenland und umgekehrt eine Forderung der Bundesbank. Bis zum Ausbruch der Krise Mitte 2007 pendelten die Target-Salden um die Null-Linie. Die hohen Leistungsbilanzdefizite in Südeuropa wurden durch private Kreditflüsse aus Nordeuropa finanziert. Somit war die Zahlungsbilanz der Peripherie ausgeglichen.

**Misstrauen** Seit der Krise ist dieser Kapitalfluss aber ausgetrocknet. Die nordeuropäischen Banken misstrauen den Peripheriebanken und leihen ihnen kein Geld mehr. Damit standen die Bankensysteme in den Euro-Waekeländern vor dem Kollaps. In die Lücke ist das Zentralbanken-System gesprungen. Die Notenbanken in der Peripherie haben ihre Refinanzierungsgeschäfte drastisch ausgeweitet und versorgen die angeschlagenen Banken mit frischem Geld. Dabei werden immer fragwürdige Sicherheiten akzeptiert. Das neu geschaffene Geld blieb aber nicht in der Peripherie, sondern wurde – um Warenimporte zu bezahlen oder im Zuge von Kapitalflucht – ins Euro-Zentrum transferiert. Der Deutsche-Bank-Volkswirt Mayer hat das System einmal

ganz einfach so erklärt: „Das ist wie in einem Laden, wo man unbegrenzt anschreiben kann.“ Die Peripherie kauft in Deutschland Waren ein oder erwirbt Vermögenswerte, und die Bundesbank erhält zweifelhaft besicherte Target-Forderungen. Ifo-Chef Sinn formuliert drastischer: Deutschland habe seine Druckerpresse an Krisenländer ausgeliehen. Er sieht Deutschland in einer „Target-Falle“ sitzen: Es stehe so viel auf dem Spiel, dass die deutsche Regierung erpressbar werde und immer neuen Rettungspaketen zustimmen müsse. Diese hat hingegen stets verneint, dass durch Target-Salden ein zusätzliches Risiko entstehe. Sie seien nur ein Symptom der Krise, sagt Finanzstaatssekretär Steffen Kampeter (CDU).

**Verluste befürchtet** Auch einige Ökonomen sehen das so: Target sei kein eigenständiges Risiko, sondern nur ein Reflex der Vertrauenskrise. „Die Verrechnungssalden im Zahlungssystem der Euro-Zentralbanken drücken einen gestörten Markt für Kredite unter Banken sowie die Kapitalflucht aus Italien und Spanien nach Deutschland aus“, sagt Holger Schmieding, Chefvolkswirt der Berenberg Bank. Inzwischen haben sich Spaniens und Italiens Target-Saldo etwas zurückgebildet, weil netto Geld in diese Länder zurückfließt. Hauptgrund

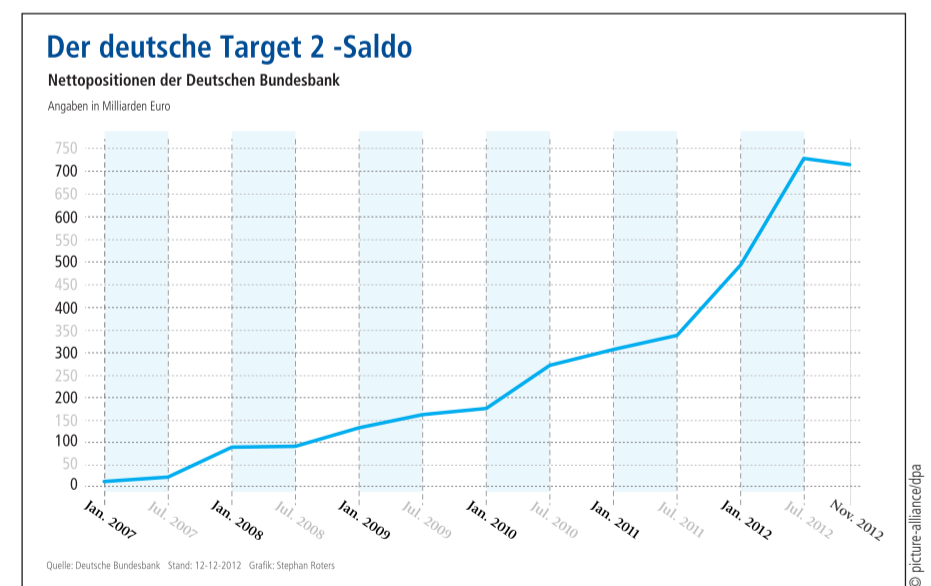
**»Das ist wie in einem Laden, wo man unbegrenzt anschreiben kann.«**

Thomas Mayer

dafür ist, dass die EZB angekündigt hat, unter Bedingungen unbegrenzt Staatsanleihen zu kaufen. Diese Ankündigung von EZB-Präsident Mario Draghi hat die Kurse gestützt und die Renditen der Krisenländer kräftig gesenkt. Für Kritiker wie Ifo-Präsident Sinn werden damit aber die Risiken nur verlagert. Statt der „goldenen Kreditkarte“ habe die EZB die „Platinkarte“ gezückt. Bundesbank-Präsident Jens Weidmann hat angesprochen, dass aus Target-Salden Verluste entstehen können: „Die EZB hat Target-Forderungen in Höhe von rund 100 Milliarden Euro gegen Griechenland. Verluste würden die EZB treffen, wie die griechische Notenbank ihren Verpflichtungen nicht mehr vollumfänglich nachkommen würde.“ Diese Verluste drohten unmittelbar der EZB, dann mittelbar der Bundesbank als den größten Anteilseigner (mit 27 Prozent) und „damit letztlich für die deutschen Steuerzahler“, sagte Weidmann. Wegen der gestiegenen Risiken aus geldpolitischen Geschäften hat die Bundesbank im vergangenen Jahr ihre Risikovorlage deutlich erhöht. Als Folge hat sie dem Bund für 2011 nur noch einen kleinen Gewinn von 643 Millionen überwiesen. Im Geschäftsjahr 2010 betrug der Überschuss noch 2,2 Milliarden Euro. Im Haushalt für 2013 hat die Bundesregierung den erwarteten Reingewinn mit 1,5 Milliarden Euro angesetzt – eine Milliarde weniger als im ursprünglichen Finanzplan. Unter Währungsühern wird dies aber als recht optimistisch angesehen. Sollte es im Euro-Raum krachen, dann wären die Abschreibungen so hoch, dass auf viele Jahre eine Gewinnausschüttung nicht mehr denkbar ist.

Philip Plickert

Der Autor ist Wirtschaftsredakteur der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.



## Stadtkämmerer greifen in der Not zum »Dispo«

**KOMMUNEN** Die Finanzlage vieler Städte und Gemeinden in Westdeutschland verschlechtert sich drastisch. In Ostdeutschland wird sparsam gewirtschaftet

Licht am Ende des Tunnels? Städte und Gemeinden in Deutschland scheinen das finanzielle Tal durchschritten zu haben. Basierend auf den jüngsten Zahlen des Statistischen Bundesamtes war schon von einem „goldenen Quartal für Kämmerer“ die Rede. Die Einnahmen der Kommunen sprudelten, so dass nach den Erhebungen des Statistischen Bundesamtes im dritten Quartal 2012 das Finanzierungsdefizit von Städten und Gemeinden auf 1,4 Milliarden Euro schrumpfte. „Für das Jahr 2012 wird erstmals seit Beginn der Krise für die Gesamtheit der Kommunen wieder ein positiver Fi-

nanzierungssaldo erwartet“, heißt es hoffnungsvoll beim Deutschen Städte- und Gemeindebund. **Gewerbesteuer sprudelt** Grund zur Freude bereiten in den ersten drei Quartalen besonders die Steuereinnahmen und hier wiederum die Gewerbesteuer. So kamen die deutschen Städte und Gemeinden auf Einnahmen von zusammen 139,1 Milliarden Euro, die Ausgaben lagen mit 140,4 Milliarden Euro nur noch wenig darüber. Die Steuereinnahmen stiegen insgesamt um 6,9 Prozent, die Gewerbesteuer sogar um 8,5 Prozent. Hinter den aktuellen Zahlen verbirgt sich jedoch ein strukturelles Problem: „Die Kommunen schieben einen riesigen Schuldenberg vor sich her“, erinnert der Städte- und Gemeindebund. Allerdings ist nicht einmal der Gesamtschuldenberg aller Städte und Gemeinden das Problem. Im Gegensatz zum

Bund, der in den letzten Jahren erheblich mehr Schulden machte, blieb die Entwicklung auf der untersten staatlichen Ebene moderat. 2001 hatten Städte und Gemeinden nach Angaben des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im Jahresgutachten 2012/13 (17/11440) 106 Milliarden Euro Schulden. Zehn Jahre später waren es 139 Milliarden. Angesichts des gestiegenen Bruttoinlandsprodukts blieb die Schuldenstandsquote damit konstant. Das Problem ist die regionale Schiefe. Und hier sind es nicht einmal finanzschwache Länder zum Beispiel im Osten, die die höchste Verschuldung aufweisen. „So zeichnen die Kommunen in den ostdeutschen Ländern im Jahr 2011 unterdurchschnittliche Verschuldungsniveaus. In Thüringen und in Sachsen konnte die Verschuldung je Einwohner vom Jahr 2001 bis zum

Jahr 2011 sogar zurückgeführt werden, was ansonsten nur in Bayern und Baden-Württemberg gelang“, stellte der Sachverständigenrat fest. Insgesamt beträgt die Verschuldung der Städte und Gemeinden 1.836 Euro pro Einwohner. Besonders zugelegt haben einige Länder im Westen: So stieg die Verschuldung der Kommunen in Rheinland-Pfalz seit 2001 von 1.362 auf 2.969 Euro pro Kopf und liegt inzwischen 60 Prozent über dem Bundesdurchschnitt. Ähnlich schlechte Werte erreichen inzwischen die Kommunen im eigentlich finanzstarken Hessen, in Nordrhein-Westfalen und im Saarland. Als besonders aussagekräftiger Schuldenindikator werden die kommunalen Kassenkredite angesehen. Städten und Gemeinden sind bei der Verschuldung enge Grenzen gesetzt. Anders als der Bund dürfen sie nur zur Finanzierung von Investitionen Geld lei-

hen. Hinzu kommt die Möglichkeit, zum Ausgleich unterjähriger Liquiditätsengpässe sogenannte Kassenkredite aufzunehmen. Und hier haben die Kämmerer klammer Kommunen einen Ausweg entdeckt: Sie setzen die einem Dispokredit bei Privateuten vergleichbaren Kassenkredite zur dauerhaften Verschuldung ein.

**Weniger Schulden im Osten** Die Kassenkredite nahmen seit 2002 von 10,7 auf 44,7 Milliarden Euro stark zu, während die Kreditmarktschulden unverändert blieben. Konkret heißt das, dass die deutschen Städte und Gemeinden Ende 2011 589 Euro je Einwohner an Kassenkrediten angehäuften hatten, wobei die Ost-Kommunen mit dem „Dispo“ vorsichtiger umgingen (190 Euro je Einwohner) als die West-Kommunen (670 Euro). Die größten Schuldenmacher ragen weit über den Durchschnitt hinaus: Da sind

die saarländischen Gemeinden mit 1.775 Euro Kassenkredite pro Kopf und die rheinland-pfälzischen mit 1.444 Euro. Es folgen die Städte und Gemeinden an Rhein und Ruhr (1.237 Euro) und in Hessen (1.048). Schlusslichter sind Bayern (29 Euro pro Kopf), Baden-Württemberg (13 Euro) und Sachsen (zwölf Euro). In mehreren Bundesländern gibt es inzwischen Fonds zur Rettung gefährdeter Kommunen. Bund und Länder hätten die Gefahr erkannt, „die von einer derartigen Schieflage für den Zusammenhalt der Gesellschaft ausgeht“, freut sich der Deutsche Städtetag. Der Sachverständigenrat verlangt weitergehende Maßnahmen: Von Fonds dürfe es nur Geld geben, wenn Städte und Gemeinden „deutlich unterkapazitär genutzte Einrichtungen“ wie Schwimmbäder, Sportanlagen, Bürgerhäuser und kulturelle Einrichtungen schließen würden. Hans-Jürgen Leersch





## Zehn Milliarden Steuern verjährt

**FINANZEN** Das Arbeitsjahr 2012 endete für die Finanzpolitiker der Koalition mit einem Scherbenhaufen. Eine ganze Serie von Steuererlassen blieb im Vermittlungsausschuss hängen, so dass jetzt überlegt werden muss, was zum Beispiel mit dem Steuerabkommen mit der Schweiz (17/11840) geschehen soll, das im Bundesrat abgelehnt worden war. Die Koalition beklagt den eingetretenen Schaden, weil das Abkommen jetzt nicht mehr wie geplant 2013 in Kraft treten kann, so „dass Rot-Grün und ihre Bundesländer bis zu zehn Milliarden Euro verbrannt haben, die bei einem Zustandekommen des Steuerabkommens Schweiz für Bund, Länder und Kommunen erzielt worden wären“, empört sich der finanzpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Klaus-Peter Flosbach. Hintergrund ist, dass im Steuerabkommen die Nachversteuerung älterer in der Schweiz gelagerter Schwarzgelder vorgesehen ist. Wegen Verjährungsfristen kann ein Teil dieser Ansprüche nicht mehr realisiert werden. Der finanzpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Volker Wissing, schimpft: „Die Länder machen lieber neue Schulden, statt Steuerbetrüger an der Staatsfinanzierung zu beteiligen.“

Das lässt die Opposition nicht gelten und spricht, wie Barbara Höll, die Finanzexpertin der Linksfraktion, von einem „Affront gegen alle ehrlichen Steuerzahler“, weil die anonyme Nachversteuerung von hinterzogenen Geldern nicht nachgeprüft werden könne und zu einem geringen Steuersatz erfolge. „Wir reden hier über 130 bis 180 Milliarden Euro, die schwarz in die Schweiz gebracht wurden. Es geht um hartnäckige Steuerhinterziehung, um begangene Straftaten“, wirft Höll der Koalition vor. Für den SPD-Finanzexperten Joachim Poß steht fest, dass das Abkommen Steuerkriminalität im Dunkeln verschwinden lasse. Für Gerhard Schick (Grüne) handelt es sich um einen klaren Wortbruch gegenüber internationalen Partnern, weil auch die Bundesregierung sich verpflichtet habe, das Bankgeheimnis zu beenden.

Das Steuerabkommen ist nicht die einzige Baustelle im neuen Jahr. Nicht verständlich konnten sich die Mitglieder des Vermittlungsausschusses auch auf Maßnahmen zum Abbau der „Kalten Progression“ (17/8683) bei der Einkommensteuer, mit der Inflationsbedingte und „nicht gewollte“ Steuererhöhungen abgebaut werden sollten. Während die Koalition darauf verweist, dass diese Steuerentlastung kleinen und mittleren Verdienern zugute gekommen wäre, lehnt die Opposition die Entlastung wegen zu hoher Steuerbefreiungen für Länder und Kommunen ab. Im Vermittlungsausschuss blieb auch das Gesetz zur steuerlichen Förderung energetischer Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden (17/11843) hängen. Schließlich erwachte es das SEPA-Begleitgesetz (17/100038). Die Koalition wollte damit unter anderem Versicherungsunternehmen schützen, damit diese angesichts der Niedrigzinsphase nicht zu hohe Teile ihrer Bewertungsreserven an die Versicherten auszahlen müssen. Der Bundesrat verwies darauf, dass auch Versicherungsnehmer Probleme mit den niedrigen Zinsen hätten, weil deren Überschussbeteiligung schon spürbar zurückgehe: „Wenn die Versicherungsnehmer nun auch noch auf die Beteiligung an den Bewertungsreserven verzichten müssen, geht die aktuelle Kapitalmarktsituation einseitig zu ihren Lasten.“

Im Vermittlungsausschuss blieb auch das Gesetz zur steuerlichen Förderung energetischer Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden (17/11843) hängen. Schließlich erwachte es das SEPA-Begleitgesetz (17/100038). Die Koalition wollte damit unter anderem Versicherungsunternehmen schützen, damit diese angesichts der Niedrigzinsphase nicht zu hohe Teile ihrer Bewertungsreserven an die Versicherten auszahlen müssen. Der Bundesrat verwies darauf, dass auch Versicherungsnehmer Probleme mit den niedrigen Zinsen hätten, weil deren Überschussbeteiligung schon spürbar zurückgehe: „Wenn die Versicherungsnehmer nun auch noch auf die Beteiligung an den Bewertungsreserven verzichten müssen, geht die aktuelle Kapitalmarktsituation einseitig zu ihren Lasten.“

## BER und Stuttgart im Fokus

**VERKEHR UND BAU** Großprojekte bleiben Thema

Die Arbeit des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung ist ein weites Feld: Auto- und Bahnfahrer, Mieter, Hausbesitzer und Stadtbewohner – alle sind betroffen. Damit ist der Ausschuss unter Leitung von Anton Hofreiter (Bündnis 90/Die Grünen) auch mitverantwortlich für die größten Investitionen des Bundes bei der Infrastruktur. Und zwei dieser Projekte werden den Ausschuss im Jahr 2013 beschäftigen: Der Bahnhof Stuttgart 21 und die Fertigstellung des neuen Flughafens in Berlin (BER). Zum Stuttgarter Bahnhof erwartet der Ausschuss in Januar die Verantwortlichen der Deutschen Bahn AG (DB AG). Diese hatten in Dezember Mehrkosten von 1,1 Milliarden Euro errechnet. Die Bundesregierung erklärte, dass sie sich an diesen Kosten nicht beteiligen wird, da dies ein Projekt hauptsächlich der Bahn sei. Diese wiederum will für die Mehrkosten aufkommen. Die Bundestagsfraktionen befürchten nun, dass bei anderen Infrastrukturprojekten der Bahn gespart werden muss. Außerdem sehen die Abgeordneten sich in der Pflicht, die Arbeit der DB AG, die zu 100 Prozent dem Bund gehört, kritisch zu begleiten. Beim Flughafenneubau BER ist der Bund zu 26 Prozent beteiligt. Deshalb trägt er auch einen Teil der Mehrkosten, die durch Bauverzögerungen verursacht wurden. Bisher soll



Verpartnert, aber nicht gleichgestellt: Die Änderungen im Steuerrecht für homosexuelle Paare lassen auf sich warten. Alle Blicke richten sich auf das nächste Urteil des Bundesverfassungsgerichts.

# Warten, warten, warten...

**FINANZEN** In der Steuerpolitik bleibt nicht nur das Splitting für Lebenspartnerschaften stecken

**F**inanziell gesehen geht es um nicht viel, aber in der Politik wird um das Thema Ausweitung des Ehegattensplittings auf eingetragene Lebenspartnerschaften gestritten wie um kaum ein anderes. Damit wird es zu einer der schwierigsten Baustellen in der Arbeit des von der FDP-Politikerin Birgit Reinemund geleiteten Finanzausschusses des Bundestages im neuen Jahr. Allerdings sind auch die anderen Themen nicht ohne Brisanz, und da in den Ländern zudem die Neigung wächst, Steuererhöhungen in den Vermittlungsausschuss zu schicken (siehe nebenstehender Bericht), dürfte die Arbeit der Finanzpolitiker im Jahr 2013 genauso turbulent werden wie sie 2012 war.

**Einfache Lösung** Allein das Thema Ehegattensplittings könnte – in der Theorie – ganz einfach gelöst werden. Im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat hatten die Vertreter von SPD und Grünen in den Entwurf des Jahressteuergesetzes (17/10000) die Ausweitung des Ehegattensplittings auf eingetragene Lebenspartnerschaften eingefügt. Das Splitting bei der Einkommensteuer funktioniert ganz einfach: Die Einkünfte der Ehepartner werden zusammengelegt und durch zwei geteilt. Dann wird der (relativ niedrige) Steuersatz aus der Tabelle abgelesen, die Steuer errechnet und mit zwei multipliziert. Die Summe ergibt die Steuerschuld. In der Praxis heißt das: Verdient der eine Ehepartner alles und der andere nichts, wird der größtmögliche Steuervorteil erzielt. Verdienen beide Ehepartner

gleich viel, beträgt der Splittingvorteil gegenüber Unverheirateten null. Kosten würde die Ausweitung des Splittings auf homosexuelle Partnerschaften nicht viel: Die Einführung der Zusammenveranlagung würde rechnerisch Steuermindereinnahmen von jährlich rund 30 Millionen Euro verursachen, schrieb die Bundesregierung in ihrer Antwort (17/9006) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke (17/9006). Die Zahlen sind nicht das Problem. Auf dem CDU-Parteitag in Hannover sprach sich eine Mehrheit der Delegierten gegen die Ausweitung des Splittings auf Partnerschaften aus, auch wenn eine Gruppe von CDU-Abgeordneten dafür plädiert hatte. Die FDP-Fraktion ist auch dafür, die Opposition ebenfalls. Die Mehrheit wäre also da, wenn nicht die Koalition rät. Daher spricht eigentlich alles dafür, dass die Empfehlung des Vermittlungsausschusses im Bundestag keine Mehrheit finden wird. Dafür, dass das Thema bald wiederkommt, wird schon das Bundesverfassungsgericht sorgen, das in diesem Jahr ein Urteil zum Splitting für Lebenspartnerschaften verkündet wird. Dass es die bisherige Position der Union und des Bundesfinanzministeriums bestätigt, wird nur noch von wenigen Prozessbeobachtern erwartet, nachdem sich die Richter kürzlich bei einer anderen Verhandlung sehr offen für das Adoptionsrecht für Homosexuelle gezeigt haben sollen. Warten müssen bei einer Ablehnung des Jahressteuergesetzes auch andere Gruppen. Dabei geht es um Klarstellungen und Änderungen für Soldaten: Vorgesehen ist, dass Wehresold und Dienstgeld für freiwillig

Wehresoldleistende und Reservisten in Zukunft steuerfrei bleiben sollen. Weitere Bezüge der freiwillig Wehresoldleistenden des hohen Preises für Batterien und Brennstoffzellenantriebe aus der Bewertungsgrundlage (ein Prozent des Listenpreises) sollten die Nutzer weniger belastet werden. Dazu kommt es nun ebenso wenig wie zu

brüdifahrzeuge wegen ihres höheren Listenpreises benachteiligt. Durch Herausnahme des hohen Preises für Batterien und Brennstoffzellenantriebe aus der Bewertungsgrundlage (ein Prozent des Listenpreises) sollten die Nutzer weniger belastet werden. Dazu kommt es nun ebenso wenig wie zu

Eine ganze Reihe weiterer Gesetzentwürfe befindet sich bereits in der Beratung und soll demnächst verabschiedet werden. Da ist etwa das Altersvorsorge-Verbesserungsgesetz (17/1081), in dem es um die Erhöhung von Freibeträgen für die Altersvorsorge geht und um eine bessere Verbraucherinformation durch einheitliche Produktinformationsblätter. Auch die von den Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP geplanten Erleichterungen des zivilgesellschaftlichen Engagements durch Entbürokratisierung und Flexibilisierung der rechtlichen Rahmenbedingungen (17/11316) sind noch nicht verabschiedet. Dazu gehört eine Anhebung der sogenannten Übungsleiterpauschale von 2.100 auf 2.400 Euro jährlich und der Ehrenamtszuschale von 500 auf 720 Euro (60 Euro monatlich). Zu regeln sind auch noch die von der Koalition geplanten Gewinnentnahmen aus der staatlichen Kreditanstalt für Wiederaufbau zu Gunsten des Bundeshaushalts, die Abschaffung des Brantweinmonopols, Eigenkapitalvorschriften für Banken (CRD IV-Umsetzungsgesetz) (17/10974) und die Abbremsung des Hochfrequenzhandels (17/11631). Damit sollen extreme Kurschwankungen ohne jeden Bezug zu realwirtschaftlichen Entwicklungen verhindert werden. Soeben vom Kabinett beschlossen und damit bereits auf dem Weg befindlich sind Maßnahmen zur Förderung der Honorarberatung bei Geldanlagen. Honorarberater erhalten keine Provisionen von Banken oder Versicherungen, sondern einen festen Geldbetrag vom Kunden. *Hans-Jürgen Leersch*



Beratung nur noch gegen Honorar kann vor gefährlichen Finanzanlagen schützen.

den Bundesfreiwilligendienst und andere freiwillige zivile Dienste gezahlte Taschengeld steuerfrei gestellt werden. Die Neuregelungen für private Nutzung von Geschäftsfahrzeugen blieb ebenfalls auf der Strecke. Nach der bisherigen Regelung sind Elektrofahrzeuge und extern aufladbare Hy-

Regelung, die der Wirtschaft am Herzen lag: die Reduzierung von Aufbewahrungsfristen steuerlich wichtiger Unterlagen. Vermutlich werden die Finanzpolitiker einen neuen Anlauf unternehmen, um ihre im Jahressteuergesetz formulierten Ziele doch noch umzusetzen.

## Projekt für Jahrzehnte

**UMWELT** Minister sehen Energiewende auf gutem Weg und wollen 2013 eine Reform des EEG

Bundsumweltminister Peter Altmaier (CDU) und Bundeswirtschaftsminister Philip Rösler (FDP) haben sich wenige Tage vor Weihnachten nochmals in demonstrativer Einigkeit gezeigt. Kurz vor Jahresende zogen die beiden Minister Bilanz und stellten den ersten Monitoringbericht zur Energiewende vor – einem der umstrittensten Projekte der Bundesregierung. „Wir sind bei der Umsetzung ein gutes Stück vorangekommen“, sagte Rösler und Umweltminister Altmaier stimmte ein: „Die Energiewende ist und bleibt richtig.“ Gleichzeitig sieht der Umweltminister aber auch erheblichen Handlungsbedarf, und so soll das kommende Jahr entscheidende Weichenstellungen für die Ausgestaltung des Milliardenprojekts bringen. Mit dem Wechsel an der Spitze des Umweltministeriums von Norbert Röttgen (CDU) zu Peter Altmaier hatte das Thema im Mai 2012 eine neue Dynamik bekommen. Insbesondere der große Zuwachs an Photovoltaikanlagen und die damit verbundenen gestiegenen Vergütungen nach dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) machen der Regierung zunehmend Sorgen: Denn der Strompreis für die Verbraucher wird 2013 durch die höhere EEG-Umlage weiter steigen. Nachdem das Gesetz 2012 zweimal novelliert worden war, kündigten die Minister

für 2013 eine neue Reform des EEG an, die „so ambitioniert wie eine Gesundheits- oder Rentenreform“ sei, sagte Altmaier. Entscheidend ist dabei, auch die Länder mit ins Boot zu bekommen. Im März soll geklärt werden, wann das Ausbauplan mit den Ländern beschlossen werden wird. Erst dann könne die Frage beantwortet werden, ob es noch einen Gesetzentwurf vor der Bundestagswahl geben werde, sagten die Minister. Im Früh-

jahr will sich die Bundesregierung auch über die Reform des Emissionshandels äußern, über dessen Zukunft Wirtschafts- und Umweltministerium unterschiedliche Auffassungen haben. Dabei soll erst abgewartet werden, welche Positionen das Europaparlament und die Europäischen Kommission in dieser Frage haben, sagte Altmaier. Neben der Energiewende muss Altmaier 2013 noch andere „heiße Eisen“ anpacken: Mit einem neuen Wertstoffgesetz soll die Kreislaufwirtschaft gestärkt werden. Es ist zwischen kommunalen und privaten Entsorgern noch strittig, und daher ist unklar, ob ein Gesetzentwurf noch vor der Bundestagswahl kommt. Um „strahlenden Müll“ geht es hingegen bei der Frage der Endlagerung für radioaktive Abfälle, worüber 2013 ein möglicherweise breiter Konsens gefunden werden soll. Vor der Niedersachsenwahl im Januar ist damit aber nicht zu rechnen. Und so sind auch die Erkundungsarbeiten im Atommülllager Gorleben erstmal bis zum September 2013 eingestellt. *Annette Sach*



Wirtschaftsminister Rösler (li.) und Umweltminister Altmaier vor der Presse

Anzeige

**DAS WILL ICH LESEN!**

Mehr Information.  
Mehr Themen.  
Mehr Hintergrund.  
Mehr Köpfe.  
Mehr Meinung.  
Mehr Parlament.\*

Bestellen Sie unverzüglich vier kostenlose Ausgaben. Lieferung immer montags druckfrisch per Post.

Telefon 069-75014253  
parlament@mediatime.de  
www.das-parlament.de



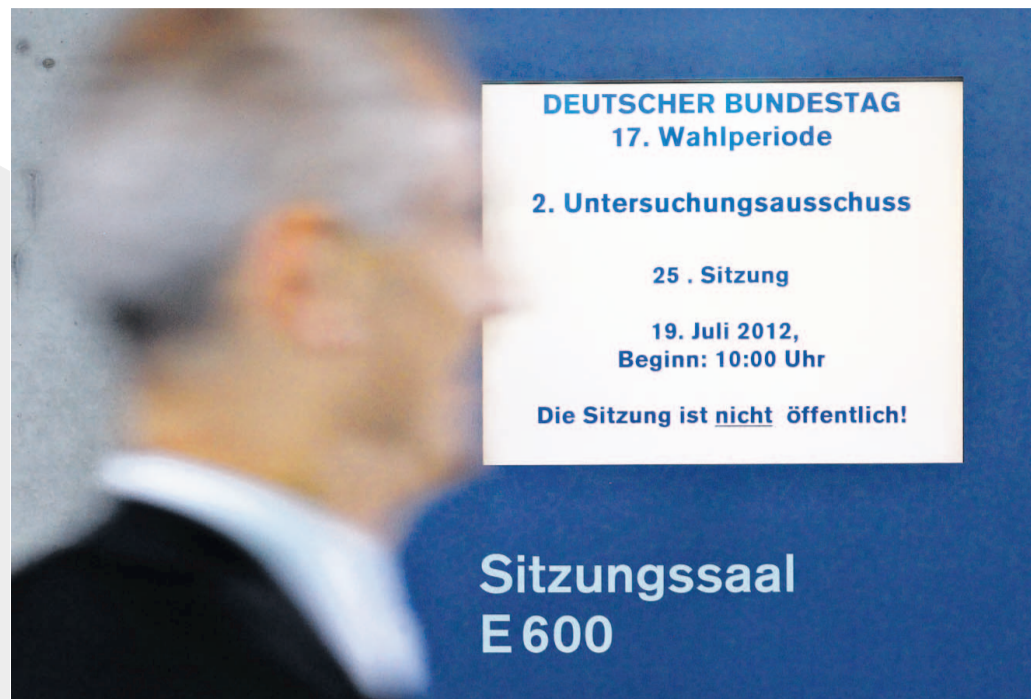
Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



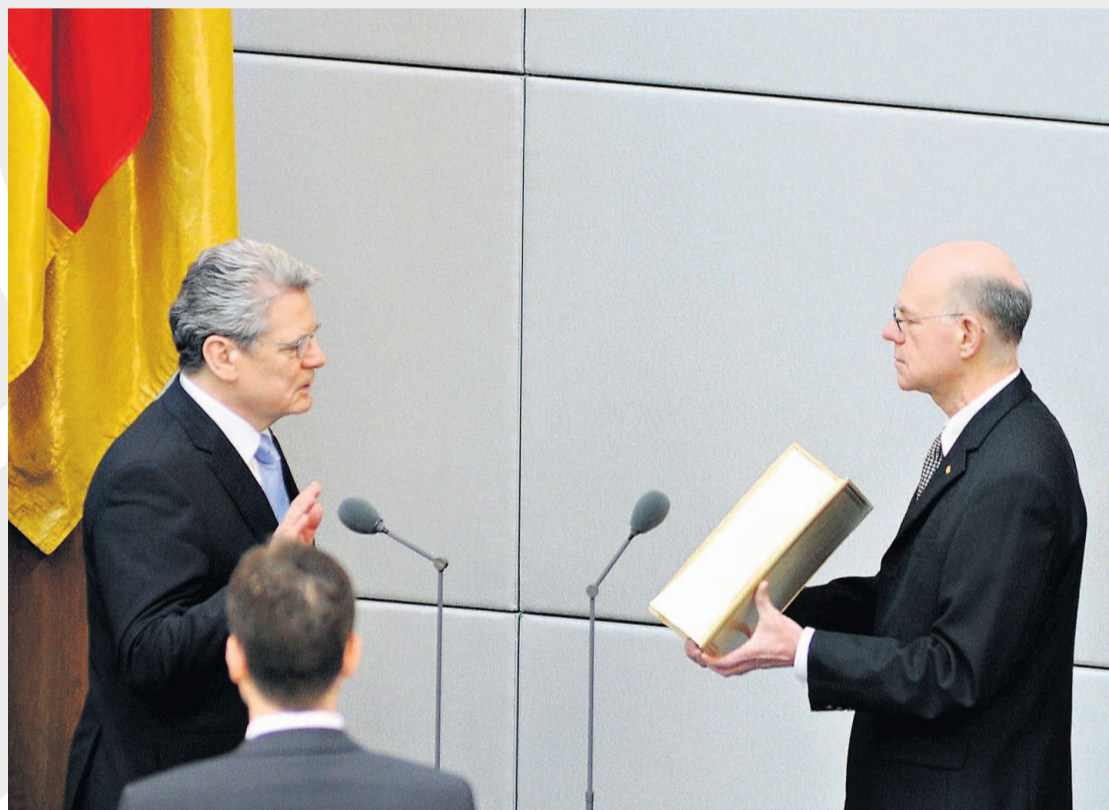
Mit einem Rückblick auf das Jahr im Bundestag wünscht die Redaktion alles Gute für 2013



Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank (links, neben Bundestagspräsident Norbert Lammert), stellte im Oktober im Bundestag die Strategien bei der Bekämpfung der Euro-Krise vor.



Die Morde der rechtsextremistischen Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) gaben Anlass, den 2. Untersuchungsausschuss in dieser Legislaturperiode einzurichten.



Im März wurde Joachim Gauck (links) nach seiner Wahl in der Bundesversammlung von Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) als Bundespräsident vereidigt.



Im Januar sprach Marcel Reich-Ranicki im Bundestag zum Gedenken an die Opfer des Holocaust.



Im Dezember beriet das Parlament ein neues Wahlrecht, durch das der Bundestag künftig größer werden könnte.



Die Euro-Krise hielt 2012 das Parlament in Atem.



Bundessozialministerin Ursula von der Leyen (CDU) erhitze die Gemüter mit ihren Vorschlägen zum Betreuungsgeld.



Der Tag der Ein- und Ausblicke am 9. September 2012 zog fast 23.000 Besucher in den Bundestag.

NACHRUF

Peter Struck gestorben



Peter Struck

Der langjährige SPD-Bundestagsabgeordnete und ehemalige Verteidigungsminister Peter Struck ist am Mittwoch, 19. Dezember 2012, nach einem schweren Herzinfarkt im Alter von 69 Jahren in Berlin gestorben. Seit 1964 Parteimitglied, gehörte der Sozialdemokrat von 1980 bis 2009 dem Bundestag an und war zuletzt Fraktionsvorsitzender seiner Partei. Unter der rot-grünen Bundesregierung diente der gelernte Jurist von 2002 bis 2005 als Verteidigungsminister. Als Parlamentarier prägte er das sogenannte „Strucksche Gesetz“, wonach kein Gesetz den Bundestag so verlasse, wie es hineinkommt. Nach seinem Ausscheiden aus dem Parlament leitete Struck seit 2010 die Friedrich-Ebert-Stiftung. Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) äußerte seine Bestürzung und Trauer: „Mit Peter Struck verliert unser Land einen verdienten Parlamentarier, viele langjährige Kollegen im Bundestag – auch ich – einen guten politischen Freund.“ jbb

PERSONALIA

>Otto Wulff Bundestagsabgeordneter 1969-1990, CDU

Am 5. Januar feiert Otto Wulff seinen 80. Geburtstag. Der promovierte Jurist aus Schwerde trat 1953 der CDU bei. Von 1970 bis 1986 amtierte er als Landesschatzmeister seiner Partei in Westfalen-Lippe und gehörte von 1982 bis 1986 dem CDU-Präsidium in Nordrhein-Westfalen an. Im Bundestag engagierte sich Wulff überwiegend im Auswärtigen Ausschuss. Von 1980 bis 1991 amtierte Wulff als Präsident der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft.

>Norbert Otto Bundestagsabgeordneter 1990-2002, CDU

Am 6. Januar wird Norbert Otto 70 Jahre alt. Der Dipl.-Ingenieur trat 1964 der CDU der DDR bei. Der ersten frei gewählten Volkskammer gehörte er von März bis Oktober 1990 an. Otto arbeitete im Bundestag im Ausschuss für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau sowie im Verkehrsausschuss mit.

>Rudi Schmitt Bundestagsabgeordneter 1980-1987, SPD

Rudi Schmitt vollendet am 8. Januar sein 85. Lebensjahr. Der aus Frankfurt a. Main gebürtige Lehrer trat 1947 der SPD bei. Von 1954 bis 1968 gehörte er dem hessischen Landtag an, ehe er danach bis 1980 als Wiesbadener Oberbürgermeister amtierte. Im Bundestag war Schmitt in beiden Legislaturperioden Mitglied des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau.

>Helmut Schäfer Bundestagsabgeordneter 1977-1998, FDP

Am 9. Januar wird Helmut Schäfer 80 Jahre alt. Der aus Mainz stammende Gymnasiallehrer und spätere Ministerialrat im rheinland-pfälzischen Kultusministerium trat 1964 der FDP bei. Schäfer, im November 1977 für den Abgeordneten und Wirtschaftsminister Hans Friderichs in den Bundestag nachgerückt, war von 1987 bis 1998 Staatsminister im Auswärtigen Amt. Im Bundestag engagierte sich Schäfer vorwiegend im Auswärtigen Ausschuss. bmh

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 21. Januar.

BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 14.-17.01.2013  
50 Jahre Elysée-Vertrag (Mi),  
Europäische Bankunion (Do)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf www.bundestag.de:  
Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

